Nr. 118. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Mai 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Unser Tag.

Ende rot, alles rot! So war's, und ein Sinnbild war es für die eben geschlossene Session, der der trotzige Keil der roten Hundertzehn auf der äußersten Linken des Parlaments sein Gepräge verlieh, daß dieser letzte Tag unbestritten und unbedingt der Sozialdemokratie gehörte.

Man könnte, um diesen Punkt nachzuweisen, an manchen Punkten der an Umfang und Erregung reichen Sitzung einhaken. Man könnte auf die Ablehnung eines scharfmacherischen Angriffs der äußersten Rechten gegen das Koalitionsrecht hinweisen, der in Form eines konservativen Antrags zur Not 63 Stimmen auf sich vereinigte. Man könnte sich darauf berufen, wie die Genossen Schulz und Dr. Frank in einem Fall geradezu hyperbrutaler Intoleranz der Militärbehörden — es handelt sich um die Entziehung der Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung bei einem Sohn des Genossen Düwell — den Kriegsminister auf den Sand setzten, wo er, hilflos gleich einem Fisch auf dem Trockenen, hin- und herzappelte. Man könnte auch auf das Begräbnis hinweisen, das der Ostmarkenzulage unter tatkräftiger Beihilfe unserer Genossen bereitet wurde. Aber über all das hob sich hinaus die vernichtende Abfuhr, die in der allgemeinen Etatsdebatte der Reichskanzler — hoffentlich zu seiner und seiner Freunde Beschämung! — bezog.

Er hat es sich sicher nicht träumen lassen, der neugebackene Großkomtur des Hohenzollernschen Hausordens, daß ihm zu seiner „Auszeichnung" eine solch unsanfte Musik gemacht würde. Vielleicht hoffte er auch noch einmal, so billige Lorbeeren zu ernten, wie am vergangenen Freitag, wo er ob der kernigen Rede des Genossen Scheidemann nur, mit einem Ausdruck des Volksmundes zu reden, das gefrorene Handtuch zu spielen brauchte, um des stürmischen Beifalls der bürgerlichen Mehrheit des Hauses sicher zu sein. Diesmal kam's anders! Mit Recht ließ es sich Genosse Ledebour nicht nehmen, all sein schweres Geschütz gegen die Burgen des persönlichen Regiments spielen zu lassen, und ob er nun, artilleristisch gesprochen, direkt oder indirekt feuerte, daß seine Brisanzgeschosse an der richtigen Stelle aufschlugen und explodierten, zeigte sich an der steigenden Unruhe der Rechten und an dem sichtlich in sich zusammensinkenden Kanzler. Eine Generalabrechnung war es, die Genosse Ledebour mit allem hielt, was morsch und faul und vermodert ist im preußischen Staat und im Deutschen Reich, und als er zeigte, was ein politisch selbständiges Volk wie die Briten den Seitensprüngen des persönlichen Regiments entgegensetzen würde, da diente der hin- und herwabernde Jupiter auf dem Präsidentenstuhl, der mit den Donnerkeilen willkürlicher Ordnungsrufe dazwischenfuhr, nur dazu, den Eindruck der Ausführungen des sozialdemokratischen Wortführers zu verstärken. Ein Mann, der ehrlichen Herzens eine Bromberger Vendée gegen die Sozialdemokratie schaffen möchte, der Reichsparteiler Schultz, warf sich mehr kühn als klug in die Bresche, um mit ein paar sicheren Degenstößen Ledebours abgefertigt zu werden. Nachdem er noch aus melancholischen Eulenaugen einen letzten hilfeflehenden Blick in den Saal geworfen, rollte sich Herr v. Bethmann Hollweg zu seiner ganzen Länge auf und legte los. Aber ach! Nur ein klanglos Wimmern von Erz entquoll dem metallenen Munde. Die Fleisch gewordene Hilflosigkeit — so stand der sozusagen leitende Staatsmann da und stammelnd stieß er sein Bekenntnis hervor. Für meinen Kaiser eintreten — Mehrheit des Volkes hinter mir — Volk will vom sozialdemokratischen Regiment nichts wissen — Volk wird Antwort geben auf Angriffe gegen Kaiser und Reich! Und es war ein eigentümliches Bild, zu sehen, wie dieser Vertrauensmann eines kleinen Klüngels von politischen und sozialen Schmarotzern in seines Herzens Aengsten mit einem Male an das Volk appellierte, das sonst getreten, gebüttelt und entrechtet wird. Aber die Wasser schlugen über dem Reichskanzler zusammen, als Genosse Dr. Südekum das Wort ergriff. Das Gefechtsfeld verschieben, das könne dem Herrn so passen. Aber hier handele es sich nicht um Angriffe der Sozialdemokraten gegen die Verfassung, sondern um Angriffe gegen die Verfassung, die von der Sozialdemokratie abgewehrt würden — und nun sausten elegant und sicher Terzen und Quarten nieder, daß es eine Freude war zu schauen. Ob wohl die Sozialdemokraten Wilhelm II. einen „valeureux poltron" genannt hätten? — Mumm, der dem Stift des „Simplicissimus". Gulbransson entsprungen zu sein scheint, kräht denunziatorisch dazwischen; schwapp! hat er seinen Knochensplitter weg! — oder nicht vielmehr andere Leute in einem Organ, das Herrn Schultz und eigentlich sogar dem Herrn Reichskanzler nahe stehe? Die Sozialdemokratie kämpfe nicht gegen Personen, sondern für sie handle es sich um weit Größeres, und Millionen hätten bei den letzten Wahlen den Beweis erbracht, daß ihnen an einer Weiterbildung unserer Zustände im demokratischen Sinne gelegen sei. Die zwischenrufsfreudigen Kehlen der Rechten verstummten, als Genosse Südekum derart ins Zeug ging, und ein betretenes Schweigen herrschte in den Reihen der Reaktion, als er geschlossen hatte.

Wieder erhob sich ein verlorener Mann, der eine verlorene Sache verteidigte, Herr v. Bethmann Hollweg. Was wußte er jetzt zu sagen, zu klagen? Ja, die Revisionisten — die mögen sanft und milde sein, als blickte Vollmond drein, aber die Radikalen! Die bösen Radikalen!!! Hat nicht neulich Herr Scheidemann Zentrum — man denke! — und Nationalliberale — man denke!! — und Freisinnige — man denke!!! — aufgerufen, Männer zu werden und zur Tat zu schreiten?! Daß Nationalliberale und Freisinnige Männer werden sollen, erscheint dem Kanzler der ewigen Verlegenheiten als ein „scharfer Eingriff in unsere Verfassung", und fröhlich lacht das Volk. Aber Barmherzigkeit ist keine politische Tugend, und so kommt, nachdem Herr Schultz den unseligen „Post"-Redakteur mit wilder Energie von den Rockschößen der Reichspartei abgeschüttelt hat, Genosse Scheidemann, um das Strafgericht zu vollenden. Er stellte fest, ohne ein Jota von seinen Worten zurückzunehmen, daß der Reichskanzler seine Rede gänzlich mißverstanden und grundlos den Saal verlassen habe. Er stellte zum zweiten fest, daß in der Bekämpfung des persönlichen Regiments zwischen Revisionisten und Radikalen kein Unterschied bestehe. Zum dritten stellte er fest, daß nicht die Sozialdemokratie auf eine gewaltsame Entwickelung der Dinge hindränge, sondern just ihre schärfsten Gegner. Und daß auch diese Schläge gesessen hatten, bewies der verlegene Blick, den Herr v. Bethmann Hollweg zu Boden richtete, wo er anscheinend etwas ganz anderes in Scherben liegen sah als die elsaß-lothringische Verfassung.

So geht mit einem vollen und schönen Erfolg die Sozialdemokratie in die Ferien des Reichstags, die ihn — Genosse Haase betonte es zu Beginn der Sitzung in einer pointierten Erklärung — viel zu lange das Volk von der ständigen Kontrolle der Regierungsgeschäfte abschließen. Wenn aber die Sozialdemokratie stolz auf diesen Erfolg in die Ferien gehen darf, so nicht etwa, weil durch Zufall die Ledebour, Südekum und Scheidemann erleuchtete Geister und Herr v. Bethmann Hollweg ein im Finstern umherstolpernder Tapp wäre, sondern weil hier zwei Weltanschauungen, zwei Welten aufeinanderprallten, deren eine frisch und blühend und zukunftsträchtig ist wie draußen der junge Mai und deren andere voll kalten Moders friert wie ein Beinhaus. Der stets daneben treffende Fechter auf der einen Seite wähnt das deutsche Volk hinter sich zu haben und hat in Wahrheit nichts hinter sich als eine kleine Sippe und eines Monarchen Vertrauen — wie lange noch? Denn einer, der aufgewachsen war in den Sonnenstrahlen der Potentatengunst, Leopold v. Gerlach, wußte Bescheid um den Wert solcher Gnade. „Vertraue nicht auf Fürstengunst", sang er, „sie ist wie eine Wiege. Wer morgens Hosiannah ruft, ruft abends crucifige!" Unwandelbar aber wie ein Fels ist das Vertrauen des Volkes. Die Sozialdemokratie hat dieses Vertrauen noch nie verloren und erobert es sich täglich aufs neue.

Unser drum nicht nur der Tag — unser die Zukunft!

Zentrumsverrat!

Als in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Dienstag unser Genosse Hirsch dem Zentrum vorwarf, daß es seine Leute bei der Abstimmung über die Wahlrechtsanträge am Montag abkommandiert hat, um kein Votum für das geheime und direkte Wahlrecht herbeizuführen, da hat der Vertreter des Zentrums in sittlicher Entrüstung die Behauptung unseres Genossen bestritten. Jetzt liegt das amtliche Ergebnis der Abstimmung vor, ein Ergebnis, das geradezu niederschmetternd für das Zentrum ist. **Nicht weniger als 43, also rund die Hälfte der Mitglieder der Zentrumsfraktion** haben bei der Abstimmung gefehlt, davon nur 4 infolge von Krankheit und 6 mit Entschuldigung. Die übrigen 33 fehlten **ohne Entschuldigung.** Es sind das die Herren Bitta, Dr. Boenisch, Euler, Geisler, Giemsa, Glowatzki, Graw, Dr. Hauptmann, Graf Henckel v. Donnersmarck, Hoeveler, Kesternich, Kuhn, Frhr. v. Loë, Mies, Müller-Koblenz, Peter-Gleiwitz, Graf Praschma, Frhr. v. Reitzenstein, Richtersky, Romahn, Schlick, Graf v. Spee, Graf v. Strachwitz, Stupp, Tourneau, Frhr. v. Twickel, Underberg, Wallenborn, Wellstein, Wichert, Wodarcz, Frhr. v. Wolff-Metternich, Graf v. Zieten-Schmolitz.

Angesichts der Behauptung des Herrn Busch, **ein Teil** seiner Freunde hätte deshalb gefehlt, weil sie an einer wichtigen Abstimmung im Reichstage teilnehmen mußten, sei festgestellt, daß von den genannten 33 Drückebergern nur vier — sage und schreibe **vier** — gleichzeitig dem Reichstage angehören. Es sind das die Herren Glowatzki, Graf Praschma, Wallenborn und Wellstein.

Aus diesen tatsächlichen Darlegungen, denen wir, um ihre Wirkung nicht abzuschwächen, kein Wort hinzufügen, ergibt sich einmal, daß bei der Abstimmung über den wichtigen Wahlrechtsantrag genau so viel Zentrumsabgeordnete ohne Entschuldigung fehlten, daß dadurch die Mehrheit für das gleiche und geheime Wahlrecht in eine Minderheit verwandelt wurde, und zweitens, daß die Behauptungen des Herrn Busch, es habe keine Abkommandierung stattgefunden, seine Freunde seien im Reichstage gewesen, gelinde gesagt ein eine Unwahrheit ist. Kommentar überflüssig!

20 Jahre 7 Monate 15 Tage Gefängnis!! 3671 Mark Geldstrafe!

Dortmund, 20. Mai. (Eig. Ber.) Seit acht Wochen arbeitet nun die Streikjustiz und noch immer ist kein Ende abzusehen. Wenn nur die Urteile zusammengezählt werden, die die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung" von den beiden Streikkammern des Dortmunder Landgerichts mitgeteilt hat, so kommt schon die Riesenzahl von 20 Jahren 7 Monaten 15 Tagen Gefängnis und 3671 M. Geldstrafe heraus! Auf Vollständigkeit kann aber diese Liste durchaus keinen Anspruch machen. Einmal würde der Raum der Zeitung allzusehr beansprucht, wenn alle Urteile mitgeteilt werden sollen, dann auch können ja die Berichterstatter bei der Massenjustiz nicht überall zugleich sein. Gar nicht berücksichtigt ist bei dieser Summe auch die Arbeit des Dortmunder Schöffengerichts, sowie der anderen Schöffengerichte im Landgerichtsbezirk Dortmund!

Und so wie das Dortmunder Landgericht, arbeiten auch die anderen Landgerichte und die diversen Schöffengerichte im Streikbezirk an der „Beruhigung" der Bergarbeiter! Es ist eine böse Saat, die da gesät wird. Die herrschende Gesellschaft ist ja blind in ihrer Gier, nur ja die wankende Macht mit allen Mitteln zu erhalten. Noch nie haben noch so harte Urteile eine zeitgemäße Aenderung in den Machtverhältnissen der Gesellschaft verhindern können; sie konnten nur immer den drohenden Umschwung ankündigen. Was Stärke sein will, ist doch nur Schwäche!

Kein Mensch wird ja glauben, daß die Bergarbeiter durch die Streikjustiz nun zu besonderer Ehrfurcht vor dem Kapitalismus und seiner „Gerechtigkeit" gebracht würden. Aber aus eigenem weiß sich die herrschende Kaste eben anders nicht zu helfen. Sie muß ihr eigener Totengräber sein!

•

Was bei dem mechanischen „Arbeiten" der Streikjustiz oft herauskommt, ist auch an folgendem Fall zu erkennen: Wegen **gegenseitiger Streikbrecherbeleidigung** standen der Bergmann Aug. Bath, dessen Sohn Erich und der jugendliche Bergmann Aug. Wild aus Kansel vor einer der Streikkammern des Dortmunder Landgerichts. Die Streikbrecher und zugleich Streikbrecherbeleidiger beschuldigten sich gegenseitig. Wild gab zu, „aus Spaß" zu dem anderen Jungen zweimal „Streikbrecher" gesagt zu haben. Nach den Angaben Wilds soll Bath gesagt haben: „Da kommen die Streikbrecher!" Der junge Bath soll auf die Bemerkung, daß Wild aus dem Krankenhaus gekommen sei und nun wieder arbeiten wolle, erwidert haben: „Dann wirst Du ein netter Streikbrecher!"

Das Gericht war in Schwulitäten. Der Staatsanwalt wollte nur Wild 20 M. Geldstrafe anhängen. Das Gericht sprach alle frei; Wild deshalb, weil es die „erforderliche Einsicht" nicht annahm. Strafantrag hatten alle drei gestellt!

Der Krieg.

Die türkischen Gründe für die Ausweisung der Italiener.

Konstantinopel, 22. Mai. Das Ministerium des Aeußern wird allen türkischen diplomatischen Vertretern, sowie allen hiesigen fremden Botschaftern mittels Zirkularnote die Gründe bekanntgeben, weshalb die Ausweisung der Italiener aus der Türkei erfolgte. Ein Hauptmotiv ist das, daß die Italiener entgegen dem Völkerrecht harmlose Zivilpersonen als Kriegsgefangene fortführten.

In der italienischen Presse tobt jetzt ein Entrüstungssturm gegen die Ausweisung der Italiener aus der Türkei. Wir Sozialisten verurteilen selbstverständlich die grausame Maßregel, die so viele Unschuldige trifft; in Italien aber sollte man sich darüber klar sein, daß an allen Barbareien die Männer schuld sind, die den Tripoliskrieg veranlaßt haben.

Die Dardanellen-Durchfahrt.

Konstantinopel, 22. Mai. Sämtliche hier befindlichen Dampfer haben die Dardanellen passiert. Heute beginnt die Durchfahrt der jenseits der Dardanellen befindlichen Dampfer.

Kämpfe im Roten Meer.

Perim, 22. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Italienische Kriegsschiffe bombardierten am Montag Dubab, aber ohne Schaden anzurichten. Granaten explodierten nicht. Eine Dhau wurde östlich von Perim angehalten; nachdem die Papiere geprüft worden waren, wurde ihr aber erlaubt, weiter zu fahren. Sie landete Vorräte in Dubab. Die Italiener wollten diese an sich bringen, wurden aber von dem Feuer der Türken zurückgeworfen. Die Dhau wurde durch das Feuer der Kriegsschiffe unabsichtlich vernichtet. Eine andere Dhau strandete am Sonntag in der Nähe von Dubab. Die Araber bemächtigten sich der Beute von 2000 Gewehren und 200 Kasten Munition.

Eine italienische Siegesnachricht.

Rom, 22. Mai. Die Agenzia Stefani meldet aus Buchamez von gestern: General Garioni erhielt vorgestern die Nachricht von dem Abmarsch einer feindlichen Karawane aus Ben Gardane. Garioni beschloß, sie am folgenden Tage zu überraschen und zu zerstreuen. Infolgedessen befahl er den Truppen in Buchamez, eine entschlossene Angriffsbewegung nach Südwesten zu machen, um die Karawane zu zerstreuen und die auf der Karawanenstraße zum Schutze des Durchzuges aufgestellten und verschanzten feindlichen Truppenkörper zurückzuschlagen. Diese Ope-

rallon wurde gestern nachmittag glänzend durchgeführt. Die italienischen Bataillone der ersten Linie rückten bis auf zehn Kilometer von Buchamez vor und stürzten sich dann plötzlich kühn auf die vom Feinde angelegten Schanzen, deren sie sich trotz des hartnäckigen Widerstandes bemächtigten. Darauf machten zahlreiche feindliche Gruppen, die sich auf den benachbarten Dünen befanden, einen Gegenangriff. Die Italiener empfingen den Feind mit kräftigem, wohlgezieltem Feuer, wodurch der Feind in die Flucht geschlagen wurde. Eine Batterie Gebirgsartillerie und ein Zug Feldartillerie, die mit den Truppen der zweiten Linie angelangt waren, richteten ihr Feuer auf die Karawane und die feindlichen Gruppen und zerstreuten sie. Bei Anbruch der Nacht wollten sich die italienischen Truppen in ihre Verschanzungen zurückziehen, als plötzlich aus der Richtung von Zelten es Sidi-Said starke feindliche Schwadronen in gestrecktem Galopp herannahten. Es kam zum Kampfe. General Garioni ließ gegen die Feinde ein sehr wirksames Flankenfeuer durch die Gebirgs- und Feldartillerie eröffnen, das den Feinden sichtlich starke Verluste beibrachte und sie zwang, in Hast und Unordnung sich zurückzuziehen. Ein Reservebataillon nahm ihre Verfolgung auf und zerstreute die letzten feindlichen Abteilungen. Am nächsten Morgen zeigten sich in großer Entfernung feindliche Patrouillen, die die Gefallenen bestatten wollten.

Von den weißen Truppen der Italiener wurde ein Mann getötet und 19 verwundet, darunter 2 Offiziere leicht; außerdem wurden 7 Askaris verwundet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Mai 1912.

Lohnbewegung im Junkerparlament.

Die Herren von Preußen, die geschworenen Gegner des Koalitionsrechts, die den Arbeitern die Möglichkeit, durch Streiks ihre Lage zu verbessern, mit Gewalt nehmen möchten, haben am eigenen Leibe erfahren, daß es Fälle geben kann, wo eine Lohnbewegung unbedingt nötig ist. Nicht mehr zufrieden mit ihren bisherigen Diäten und noch weniger zufrieden mit der jetzigen Regelung des Freifahrtkartenwesens, haben Mitglieder aller bürgerlichen Parteien einen Antrag eingebracht, durch den die Regierung um anderweite gesetzliche Regelung der Freifahrtskarten und Anwesenheitsgelder ersucht wird. Die Debatte über den Antrag, der schließlich einer besonderen Kommission überwiesen wurde, lehrt, daß die Antragsteller selbst sich nicht einig sind, was sie eigentlich wollen. Die einen verlangen nur höhere Diäten, die anderen Anwesenheitsgelder nach dem Muster des Reichstags. Die einen wollen Freifahrtkarten für ganz Preußen, andere für ganz Deutschland, die einen wünschen, daß die Fahrkarten nur während der Session gelten, die anderen, daß ihre Geltung sich auf die ganze Legislaturperiode erstreckt. Kurz, es war eine wahre Musterkarte aller möglichen Wünsche, und die Kommissare der Regierung, die die Erörterung mit anhörten, werden jetzt noch weniger schlau sein als zuvor. Die Tendenz des Antrags geht dahin, durch irgendwelche künstlichen Maßnahmen die Frequenz des fast nie beschlußfähigen Hauses zu erhöhen — ein Streben, das unser Genosse Hirsch mit Recht ironisierte. In sachlicher Beziehung stellte sich die sozialdemokratische Fraktion auf den Standpunkt, daß es unbedingt nötig sei, den Abgeordneten Freifahrtkarten zu gewähren, daß dagegen in bezug auf die Diäten der jetzige Zustand in Preußen den Vorzug vor der Regelung im Reichstage verdiene.

Im übrigen erledigte das Haus nur kleinere Vorlagen, darunter in dritter Lesung den Gesetzentwurf betr. die landwirtschaftliche Unfallversicherung, dessen arbeiterfeindliche Tendenz Liebknecht gebührend geißelte.

Am Donnerstag beginnt die Sitzung schon um 10 Uhr. Es sollen Reste aufgearbeitet werden, da das Haus sich nach den Ferien sehnt. Am 7. und 8. Juni werden die Abgeordneten noch einmal zusammentreten und sich dann bis zum 22. Oktober vertagen.

Nur ein Stündchen Eisenbahndebatte.

In einer Stunde hat gestern das Herrenhaus das Eisenbahnanleihegesetz erledigt. Nicht ohne eine Rede des Grafen Mirbach natürlich. Sie richtete sich aber nicht etwa gegen das Bestehen von Eisenbahnen überhaupt und—forderte auch nicht den Ausschluß subversiver Elemente von der Beförderung, sondern beschränkte sich einfach und schlicht auf ein Lob der hölzernen Schwellen und des Ministers v. Breitenbach. Ein anderer Graf, Hutten-Czapski, findet es gesetzwidrig, daß den Eisenbahnbeamten und -arbeitern hier und da Kartoffelland frei zur Verfügung gestellt wird. Die Verwaltung erwiderte, daß dies nur dann geschehe, wenn diese Eisenbahner aus Dienstesrücksichten direkt an der Bahn auf bahnfiskalischem Gelände wohnen müssen. Es ist doch bezeichnend, wann die Gesetzeshüterei unserer Beherrscher erwacht: wenn sich ein paar Eisenbahner einige Scheffel Kartoffeln bauen dürfen!

Das Eisenbahnanleihegesetz wurde natürlich angenommen, und am 7. Juni wird man sich wieder versammeln.

Das Dreiklassenparlament gegen das Frauenstimmrecht.

Wir erinnerlich, hatte die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses vor einigen Wochen beantragt, eine Petition des preußischen Landesvereins für Frauenstimmrecht um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter als ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären. Das Plenum ist diesem Antrage nicht beigetreten, es hat die Petition an die Kommission zurückverwiesen, und die Kommission erstattet nun einen schriftlichen Bericht, der charakteristisch ist für die Geringschätzung, mit der sie eine so wichtige Frage behandelt. Der ganze Bericht umfaßt noch nicht einmal eine Druckseite, er beschränkt sich auf eine gedrängte Wiedergabe der Ansichten der Kommissionsmehrheit und der Regierung. Von einer grundsätzlichen Erörterung hat die Kommission Abstand genommen. Und warum? Hören wir sie selbst:

„Eine grundsätzliche Erörterung über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen für beide Geschlechter würde eine uferlose Diskussion heraufbeschwören, ohne daß die Sache selbst auch nur den allergeringsten Vorteil davon haben würde. Im Gegenteil. Die Ausschreitungen der englischen Suffragetten haben auch in Deutschland die Bestrebungen des Petenten nicht gefördert. Eine grundsätzliche Erörterung würde zurzeit die Gegensätze zwischen den Freunden und Gegnern des geforderten Wahlrechts eher verschärfen als mildern.

Es bleibt daher nur zu untersuchen, ob das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen in Preußen Aussicht auf Einführung hat. Eine solche Aussicht besteht nicht!

Im Abgeordnetenhause ist nicht einmal eine Mehrheit vorhanden für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts der Männer, geschweige denn auch der Frauen. Im Herrenhause hat die Petition erst recht keine Aussicht auf Erfolg. Die Königliche Staatsregierung lehnt gleichfalls ein solches Wahlrecht ab. Der Minister des Innern hat auf eine Anfrage noch folgende Erklärung abgegeben:

> „. . . . Um aber jeden Zweifel nach dieser Richtung hin zu beseitigen, möchte ich heute nochmals ausdrücklich aussprechen, daß die Uebernahme des Reichstagswahlrechts auf Preußen nach wie vor für die preußische Staatsregierung nicht in Frage kommen kann."

Angesichts dieser Tatsachen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Forderung des Petenten jeder Erfolg versagt bleiben wird.

Aus diesen „Gründen" beantragte der Berichterstatter Abg. Gronowsky (Z.) Uebergang zur Tagesordnung und die Kommission schloß sich dem an. Im Plenum wird es hoffentlich zu ernsten Auseinandersetzungen und zu einer wirklichen Würdigung der Gründe der Petenten kommen. Von einem Parlament, das sich jeder Ausdehnung des Wahlrechts für die Männer widersetzt, ist natürlich die Gewährung des Frauenwahlrechts erst recht nicht zu erwarten. Die bürgerlichen Frauen aber sollten aus der ihnen zu teil gewordenen Behandlung endlich lernen, daß sie ihr Ziel nur erreichen können, wenn sie den von den Sozialdemokraten geführten Wahlrechtskampf nach Kräften unterstützen.

Neuwahl in Berlin I?

In parlamentarischen Kreisen wird davon gesprochen, daß Herr Kaempf beabsichtige, schon vor der Beweiserhebung über seine Wahl im 1. Berliner Reichstagswahlkreise, sein Mandat niederzulegen, wodurch im 1. Berliner Wahlkreise eine Neuwahl nötig würde. Diese Neuwahl würde dann noch im Laufe des Sommers erfolgen. Sehr zweifelhaft sei es auch, ob Herr Kaempf nach seiner etwaigen Wiederwahl wieder für das Reichstagspräsidium kandidieren würde. Vielmehr wird als Präsident Herr v. Payer genannt, der bekanntlich eine Wiederwahl im württembergischen Landtag abgelehnt hat.

Essener Polizeischönheiten.

In der Affäre der Listen des Steigerverbandes, die bekanntlich von der Essener politischen Polizei an den Zechenverband gegen hohe Bezahlung ausgeliefert wurden, fand am Dienstag abermals ein Prozeß vor der Essener Strafkammer statt.

Der Staatssekretär des Reichspostamtes, Kraetke, hatte gegen den Essener „Allgemeinen Beobachter" Strafantrag gestellt, weil das Blatt behauptet hatte, daß die Mitgliederlisten nur unter Mitwirkung von Postbeamten in die Hände des Zechenverbandes gelangt sein könnten. Die Verhandlung gestaltete sich zu einer weiteren Bloßstellung der Essener politischen Polizei. Es stellte sich heraus, daß die Liste durch einen besoldeten Polizeispitzel an die Polizei und von da an den Zechenverband gelangt ist. Die Abschrift ist von einem Kriminalbeamten gefertigt worden. Der Polizeispitzel, Beyer heißt der Mann, war früher Mitglied der sozialdemokratischen Partei, er schied aus dieser, als ein Ausschlußverfahren gegen ihn in Vorbereitung war — notabene, nachdem er vergeblich versucht hatte, Anstellung zu erlangen. Diesem Manne wird nun von der Essener Polizei ein Monatsgehalt von 230 M. gegeben, mehr als 60 Proz. aller Staats- und Kommunalbeamten Preußens beziehen! Er steht in Verbindung mit den Führern der gelben Werkvereinsbewegung, auch mit christlichen Führern hat man ihn schon in Verkehr gesehen.

Wie er zu dem Original der Liste kam, konnte in der Verhandlung nicht festgestellt werden, da der Gerichtsvorsitzende keinerlei Fragen zuließ, die sich nicht direkt auf das Verhältnis der Postbeamten zu der Angelegenheit bezogen. Doch konnte der Mann auf die Frage, ob er den Besitz der Liste einem Einbruchsdiebstahl verdanke nicht mit „Nein" antworten — nur das Eingreifen des Vorsitzenden rettete ihn vor der klaren Auskunft über diesen Punkt. Dem Verteidiger war nur möglich zu fragen, ob er mit einem Postbeamten eingebrochen sei, und diese Frage konnte er allerdings mit „Nein" beantworten.

Das Gericht erkannte gegen den angeklagten Redakteur wegen Beleidigung der Postbeamten auf eine Geldstrafe von 100 M. Gegen das Urteil soll Berufung eingelegt werden.

Zentrum und Duell.

Das „Katholische Deutschland", die auf dem Standpunkte Roerens stehende Wochenschrift, kennzeichnet in seiner neuesten Nummer die heuchlerische, rechnungsträgerische Haltung des Zentrums zur Duellfrage. Das Blatt schreibt unter anderem:

„Wir müssen gestehen, daß diese Resolution weit weniger ist, als man erwarten durfte und erwartet hat. Sie stellt einen Erfolg des Kriegsministers dar, welcher durch eine etwas höflichere Erklärung seines bösen Vorstoßes bei der Wehrvorlage erreicht hat, daß das Duell bleibt. Das Zentrum hat die Resolution erst nach Annahme der Wehrvorlage in der Kommission eingebracht, damit es nicht verdächtigt werden könne, daß es beide Sachen verquicke. Unseres Erachtens hätte die „Verquickung" gar nichts geschadet; es wäre so höchst wahrscheinlich gelungen, die Armee von der privilegierten Sünde des Duells ganz zu reinigen.

Jetzt atmet Herr v. Heeringen, der Verteidiger des Duells auf. Ein paar schöne Worte, ein paar loyale Versicherungen, und alles bleibt beim alten. Wie energisch sprach doch vorher die „Germania"! Und nun heißt es in der Resolution vom 9. Mai, „daß der Ehrenhandel erst nach erfolgtem ehrengerichtlichen Verfahren zum Austrag gebracht wird". Man erstaunt: Wie ist das möglich? Auf diese Weise steht ja in der Resolution eine stillschweigende Anerkennung, wenigstens Duldung des Duells! Denn was das bei den oberen Zehntausend bedeutet, einen Ehrenhandel zum Austrag bringen, weiß selbst das einfache Volk. Und nun wird auch auf gesetzliche Festlegung des Duellverbots verzichtet; eine Kabinettsorder wird die Order vom 1. Januar 1897 nochmals „einschärfen" und das Duell blüht weiter."

Das „Katholische Deutschland" vergißt, daß das Zentrum „Rücksichten" zu nehmen hat und daß ihm, wie so oft, die Fraktionsinteressen über die christliche Ethik gehen — trotz seiner vielgerühmten katholischen Weltanschauung.

Eine Kundgebung der Scharfmacher.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hatte sich diesmal in München zu seiner alljährlichen Tagung versammelt, und an Stelle der Delbrück, Sydow usw. waren diesmal bayerische Exzellenzen als Gäste der Scharfmacher erschienen. Sie werden die dort entgegengenommenen Befehle — Wünsche der Scharfmacher sind für die Regierung immer Befehle — bestimmt ihren Kollegen in der preußischen und Reichsverwaltung übermitteln. Der Geschäftsbericht, den der Geschäftsführer des Zentralverbandes, Regierungsrat a. D. Schweighoffer, erstattete, war in seiner Aufmachung ein großes politisches Epos, in dem all die Wünsche und all die Befürchtungen der Scharfmacher zum klaren Ausdruck gelangt sind. Daß die verflossene Reichstagswahl an die Spitze der Betrachtungen gestellt wurde, ist schon daraus erklärlich, daß der Zentralverband enorme Mittel angesammelt hatte, um die ihm genehmen Kandidaten zu unterstützen. Im Wahlkampfe selbst ist natürlich kein einziger Kandidat offen als Beauftragter des Zentralverbandes aufgetreten. Die politischen Bestrebungen des Zentralverbandes sind für die Masse der Wählerschaft derart anrüchig, daß ein solcher Kandidat sehr schlechte Geschäfte gemacht hätte. Aus dem erstatteten Geschäftsbericht erfährt man nun, daß von den 120 Stipendiaten der Zentralverbändler trotzdem 41 gewählt worden sind. Zu bedauern bleibt nur, daß die Namen der ehrenwerten Männer verschwiegen worden sind, denen das Geld des Zentralverbandes den Weg zum Reichstage geebnet hat.

Ohne eine Hetze gegen die Sozialdemokratie ist ein Geschäftsbericht des Zentralverbandes natürlich nicht zu denken. Und auch der diesmal erstattete Bericht befaßte sich sehr eingehend mit der Tätigkeit der Sozialdemokratie, sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Daß so nebenbei die Vertreter des Kathedersozialismus, Schmoller, Brentano und andere, den üblichen Fußtritt bekamen, sei nur nebenbei erwähnt. Für den Zentralverband steht es natürlich fest, daß der Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier lediglich sozialdemokratische Mache gewesen ist, und die christlich organisierten Bergarbeiter können stolz darauf sein, daß sie für ihre Haltung das uneingeschränkte Lob der verbissensten Feinde der Arbeiterklasse einheimsen dürfen. Der angeblich ungenügende Schutz der Arbeitswilligen ist seit Jahren eine stehende Klage der Scharfmacher gewesen und auch jetzt wieder wurde ausdrücklich betont, daß dieser „Mangel" so rasch als möglich beseitigt werden müsse. Der Staat müsse zeigen, daß er Macht sei. Auch von den Tarifverträgen wollen die Scharfmacher nichts wissen,; sie erblicken darin eine Einrichtung, die geradezu schädlich für die Fortentwickelung der Industrie sei. Im Reichstage sind bekanntlich bei seinem Zusammentritt 159 Anträge sozialpolitischen Inhalts eingebracht worden. Man kann den Scharfmachern darin Recht geben, daß diese Anträge, soweit sie von bürgerlichen Parteien stammen, zum weitaus größten Teil nicht ehrlich gemeint sind. Der Geschäftsführer der Scharfmacher, Herr Dr. Schweighoffer, ging aber noch weiter, er benutzte diesen Anlaß zu einer flegelhaften Beschimpfung des Reichstages, indem er höhnisch darauf hinwies, wie weit die Zusammensetzung des Reichstags von der landläufigen Ansicht abweiche, wonach die Erwählten des deutschen Volkes die Elite der Nation, auch an Einsicht und Verstand, bilden sollen.

Wenn die Interessen der industriellen Arbeitgeber im Reichstage nicht genügend gewahrt werden, so liege das an dem Einfluß des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, das die machtvolle Bedeutung des Parlamentarismus völlig in Frage stelle. Unter solchen Umständen ist den Scharfmachern nur eine Hoffnung geblieben, und zwar die Hoffnung auf die Regierung, von der sie erwarten, daß sie auch weiterhin im Sinne der Scharfmacher sich betätigen wird.

Unter den angenommenen Resolutionen verdienen nur zwei Erwähnung, die eine, die sich ganz entschieden gegen den weiteren Ausbau der Sozialpolitik wendet, und die andere, die die Regierung auffordert, so rasch als möglich dem Reichstage ein Gesetz zu unterbreiten, das das Stellen von Streikposten verbietet und den Arbeitswilligen den von den Scharfmachern erwünschten Schutz gewährleistet.

Protest gegen die Kaiserrede.

Die Straßburger Arbeiter protestierten in einer massenhaft besuchten Versammlung am Montag gegen die Drohungen Wilhelms II. Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Peirotes wurde folgende Resolution angenommen:

> „Die heute, am 21. Mai, im Saale der „Reunion" tagende öffentliche Volksversammlung verurteilt aufs entschiedenste die schmachvollen Vorkommnisse im preußischen Abgeordnetenhause, die dort beliebte Vergewaltigung sozialdemokratischer Volksvertreter. Die Versammlung protestiert aber auch gegen die neueste Kaiserrede, gegen die darin angedrohte Verfassungsverschlechterung, möge sie auf legalem Wege oder auf dem Wege des Verfassungsbruches erfolgen. Die Versammlung stellt fest, daß die Zweite Kammer in der Grafenstadener Angelegenheit gar nicht anders handeln konnte, als der elsaß-lothringischen Regierung — die in völliger Verkennung der Sachlage die elsaß-lothringischen Interessen in der schwersten Weise schädigte — ein Mißtrauensvotum zu erteilen. Mit der Drohung, Elsaß-Lothringen vollständig zu verpreußen, darf sich das elsaß-lothringische Parlament weder schrecken lassen, noch darf diese Drohung die Volksvertretung veranlassen, in der Verteidigung unserer Landesinteressen nachzulassen. Von dem preußischen Volke erwartet die Versammlung, daß es in dem nun aufs neue entfachten Wahlrechtskampfe nicht erlahmen werde, bis auch in Preußen das allgemeine Wahlrecht erobert, die Junkerherrschaft gebrochen und wahrhaft volkstümliche Verhältnisse geschaffen sind und somit die Drohung der Verpreußung ihres letzten erschreckenden Beiwerkes verloren geht."

* * *

Mühlhausen (Thür.). (Privatdepesche des „Vorwärts".) Eine von 1200 Personen besuchte Versammlung nahm eine scharfe Resolution für freies Wahlrecht an. Darauf spontane Straßenkundgebung, an der 1800 Personen mit Hochrufen auf das Wahlrecht und Gesang von Freiheitsliedern teilnahmen.

Nur Orden!

Der Kaiser hat dem Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg das Kreuz der Großkomture des Königlichen Hausordens von Hohenzollern, dem Staatssekretär des Reichsmarineamts Staatsminister v. Tirpitz die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden, dem Kriegsminister v. Heeringen den Schwarzen Adlerorden und dem Staatssekretär des Reichsschatzamts Kühn den Königlichen Kronenorden 1. Klasse verliehen.

Also doch nur Metallplättchen, und der brave Bethmann hatte sich schon so auf den Grafentitel gefreut!

Gegen die Verschiebung der Zuckersteuerherabsetzung.

Die Generalversammlung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie, dem zurzeit 366 Zuckerfabriken angehören, hat heute an die Adresse des Reichstags eine Erklärung gerichtet, die unter Hinweis auf die Erschwerung der Zuckerausfuhr durch Verlängerung der Brüsseler Konvention sehr entschieden gegen die Hinausschiebung der Herabsetzung der Zuckersteuer über den 1. April 1914 hinaus Stellung nimmt. Es heißt darin:

> „Der Verein der Deutschen Zuckerindustrie vermag nicht daran zu glauben, daß der von der Budgetkommission angenommene Antrag bei den gesetzgebenden Faktoren eine Mehrheit finden wird. Er hat vielmehr das Vertrauen, daß Treu und Glauben noch hochgehalten werden, und daß sowohl die deutsche Regierung wie der Deutsche Reichstag die moralische Verpflichtung empfinden, die wiederholt gemachten Zusagen auch zu erfüllen."

Die Antwort auf die Scherbenrede Wilhelms II.

Die Zweite elsaß-lothringische Kammer nahm am Dienstag einstimmig einen Zentrumsantrag an, durch den verlangt wird, daß die Verfassung Elsaß-Lothringens nur durch Landesgesetz geändert werden kann. Jetzt besagt die Verfassung, daß eine Aenderung nur durch Reichsgesetz möglich ist.

Die einstimmige Annahme des Antrages erfolgte, obwohl der Staatssekretär Freiherr Zorn v. Bulach namens der Regierung erklärte, daß „weder die Reichsregierung in der nächsten Zeit Schritte unternimmt, noch die elsaß-lothringische Regierung in der nächsten Zeit dafür eintritt, an den Grundlagen der Verfassung im Sinne der vorliegenden Anträge Aenderungen vorzunehmen".

Einstimmig angenommen wurde auch der Antrag des Lothringer Blocks auf Aufhebung des aus der französischen Zeit stammenden Verbotes von Rufen und Zeichen, die aufrührerisch wirken können, und wonach das Zeigen von französischen Farben und Aeußerungen französischer Rufe, wie „Vive la France", bestraft werden. Der Regierung wurde vorgeworfen, sie mißbrauche diese Strafbestimmungen. Für die Regierung war auch dieser Antrag unannehmbar. Unterstaatssekretär Mandel erklärte, die Regierung könne auf das Gesetz zum Schutze der öffentlichen Ordnung nicht verzichten.

Von allen Parteien wurde weiter der Antrag angenommen, der die Begnadigung der Fahnenflüchtigen vor der Zeit von 1890 verlangt. Gegen diesen Antrag führte die Regierung Bedenken militärischer Disziplin ins Feld.

Fünf Jahre Gefängnis für eine militärische Ausschreitung.

Furchtbare Folgen hat für den Grenadier Block von der 6. Kompagnie des Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments ein Exzeß gehabt. Bei einer Uebung auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz hatte ein Rekrut der 6. Kompagnie eine Schaufel verloren. Als dem Hauptmann dies gemeldet wurde, befahl er dem Unteroffizier Sugge, mit mehreren Leuten das Gelände abzusuchen und die Schaufel zurückzubringen. Es geschah dies am Sonntag vor drei Wochen vormittags. Während nun die Mannschaften unter der Aufsicht des Unteroffiziers auf dem Uebungsplatz herumsuchten, verschaffte ihnen der Vorgesetzte „Bewegung", indem er die Leute obendrein noch ausschwärmen ließ. Den Rekruten Block, der auch unter den Mannschaften sich befand, beleidigte der Unteroffizier durch Schimpfworte. Er machte sich dadurch der vorschriftswidrigen Behandlung sowie der Beleidigung Untergebener schuldig. Block geriet schließlich in große Erregung und im Jähzorn stürzte er sich plötzlich über den Unteroffizier her und rief seinen Kameraden zu, sie sollten ihm beistehen. Der Grenadier faßte den Vorgesetzten am Kragen und schüttelte ihn. Die Kameraden hüteten sich jedoch, der Aufforderung des Block nachzukommen. Einer von ihnen riß den Angreifer vielmehr von dem Unteroffizier los und die anderen Mannschaften sorgten dafür, daß weiter keine Ausschreitungen verübt wurden. Durch das Anfeuern der anderen Leute, mittätlich zu werden, hatte sich der Rekrut des schweren Verbrechens der militärischen Aufwiegelung schuldig gemacht. Er wurde noch an demselben Tage verhaftet und gestern stand er vor dem Kriegsgericht der 2. Gardedivision. Die Anklage legte ihm das Verbrechen des tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, Aufwiegelung sowie Achtungsverletzung zur Last. Mit dem Rekruten hatte sich zugleich auch der Unteroffizier Sugge wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener sowie wegen Beleidigung zu verantworten. Der Unteroffizier Sugge wurde wegen der vorschriftswidrigen Behandlung, die als die eigentliche Ursache des ganzen bedauernswerten Vorganges zu betrachten ist, zu vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen den mitangeklagten Rekruten Block wurde auf das gesetzlich zulässig niedrigste Strafmaß von insgesamt fünf Jahren und einem Tage Gefängnis erkannt. Ferner wurde die Ehrenstrafe der Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes gegen ihn ausgesprochen.

Oesterreich-Ungarn.

Tumulte und Präsidentenwahl.

Budapest, 22. Mai. Abgeordnetenhaus. **Gegen 2 Uhr nachmittags verkündete der Vizepräsident Beöthy, daß zur Wahl des Präsidenten geschritten werde.** Diese Erklärung wurde von der Opposition mit großem Lärm und stürmischen Zurufen aufgenommen. Der Präsident erteilte einigen Abgeordneten Ordnungsrufe und verwies sie wegen Widersätzlichkeit an den Immunitätsausschuß. Als der erste Stimmzettel in die Urne geworfen wurde, stürzte der Abg. Julius Kovacs (Bauernpartei) zur Urne und stieß diese zu Boden. Hierauf entstand ein unbeschreiblicher Tumult und Handgemenge. Verschiedene Abgeordnete bemühten sich vergebens, die Ruhe wieder herzustellen. Der Präsident war genötigt, die Sitzung zu suspendieren. Nach Wiedereröffnung schien sich die Aufregung gelegt zu haben, die Urne wurde wieder auf den Tisch gestellt. Die Opposition verließ den Saal. Die unterbrochene Abstimmung wurde fortgesetzt. Von den Mitgliedern der Regierungspartei, die in dem Saale geblieben waren, wurden sämtliche Stimmen — 210 — auf den Grafen Tisza abgegeben, der hiermit zum Präsidenten gewählt ist. In der Eröffnungsrede sagte Präsident Tisza, er werde stets mit dem Pflichtgefühl und der Verantwortlichkeit eines ehrlichen Mannes seines Amtes walten. Bezüglich der Obstruktion sagte er, es gäbe kein Mitglied des Hauses, welches sich nicht schon einmal verurteilend über die Obstruktion geäußert habe. Man müsse der Geschäftsordnung ihren sittlichen und rechtlichen Inhalt wiedergeben, indem diese so angewendet werden soll, daß sie die Ordnung der Beratungen des Abgeordnetenhauses sichert. Die Regierungspartei bereitete dem neuen Präsidenten stürmische Ovationen.

Die kroatische Tyrannei.

Aus Kroatien werden Dinge berichtet, die das gesittetere Europa nötigen müßten, den Banus Cuvaj einem Stolypin oder Iswolsky gleichzustellen. Die Präventivzensur hat die oppositionelle Presse zur Auswanderung gezwungen. Jetzt droht er hohe Strafen auch allen an, die Schriften außerhalb Kroatiens erscheinen lassen oder solche in Kroatien verbreiten. Damit soll die in Budapest erscheinende „Rote Freiheit" erschlagen werden. Der Cuvaj droht den Arbeiterorganisationen mit dem Auseinanderjagen, wenn die „Rote Freiheit" weiter erscheint. Prozeßkomödien sind alltäglich; Redakteur Genosse Bukseg erhielt zwei Monate Arrest wegen Beleidigung eines Polizisten. In den Zeitungsberichten wurde dann die Bezeichnung Bukšegs als „Herr" zensuriert — verboten.

Generalstreik.

Budapest, 22. Mai. (P.-C.)) Die sozialdemokratische Parteileitung veröffentlicht einen Aufruf, wonach morgen ein viertägiger Allgemeinausstand als Kundgebung gegen die Wahlreform in Szene gesetzt werden soll.

Frankreich.

Die Sommersession.

Paris, 20. Mai. (Eig. Ber.) Die morgen beginnende Kammertagung hebt im Zeichen der politischen Konfusion an. Die letzten Ersatzwahlen für die Deputiertenkammer und nicht minder die Gemeindewahlen haben den Abfall der Wählerschaft vom Radikalismus gezeigt und dieser Prozeß spiegelt sich in der Kammer selbst in der Desorganisation der bürgerlichen Linksparteien wieder. Von einer prinzipiellen, auf die Durchsetzung eines Reformprogramms hinarbeitenden Politik ist nicht mehr die Rede. Die Linke bietet das Bild eines wirren Haufens von Klüngeln, die mit einander um die Staatskrippe raufen und für den Widerwillen, der sich im Land gegen den bürgerlichen Parlamentarismus ansammelt, keine Augen haben. Charakteristisch für diesen Auflösungsprozeß ist die Stimmung, worin die Kammer an ihr erstes Geschäft, die Wahl des Präsidenten herantritt. Der verstorbene Brisson war als repräsentativer Mann der bürgerlichen Demokratie von der geschlossenen Phalanx der Linken gewählt worden. Er war der Kampfkandidat der geeinigten Antiklerikalen gegen die monarchistischen, nationalistischen, konservativen und liberalen Gegner der radikalen Republik. Diesmal ist von einer Scheidung der Parteien nach Ideen nichts zu merken. Wie denn auch, da doch der Radikalismus in der Praxis in die Bahnen der kapitalistischen Gewaltpolitik eingelenkt hat! Von den drei Kandidaten, die Aussicht haben, am Donnerstag die Mehrheit zu bekommen, gehörte nur der eine, Delcassé, der aber seine Kandidatur zurückgezogen hat, einer der radikalen Kammergruppen an. Für ihn wäre der Präsidentenposten, wie für seine Konkurrenten Etienne und Deschanel, nur die Stufe zum Sitz des Präsidenten der Republik. Für die Nation bleibt es sich natürlich gleich, welcher von den dreien das eine und das andere Amt bekommt.

Die parlamentarische Situation könnte durch die Wahlreform ungemein nützliche Klärung erfahren. Wie man weiß, ist die Reform zuletzt in eine Sackgasse geraten. Die Regierung will ihr, wie es scheint namentlich durch die Präfektenberichte über die politische Stimmung der Provinz angetrieben, heraushelfen. Die erste Lesung der Vorlage soll mit Beschleunigung beendet und dann die dieser zuerkannte Dringlichkeit durch einen Parlamentsbeschluß aufgehoben werden, weil nach der Geschäftsordnung es nur auf diese Weise der Regierung möglich wird, einen eigenen Entwurf einzubringen. Was in diesem Entwurf stehen wird, weiß man freilich noch nicht, abgesehen von der proportionellen Vertretung der Minderheiten und der Berechnung des Wahlquotienten auf Grund der Zahl der eingeschriebenen Wähler, die beibehalten werden soll. Dagegen soll das „Apparentement" wegfallen und die Frage der Aufteilung der Reste durch Vergrößerung der Wahlkreise in ihrer Bedeutung eingeschränkt werden. Die Hauptschwierigkeit bleibt nach wie vor, die radikale Linke zur Annahme einer Reform zu bewegen, die, sofern sie wirklich das Stimmenverhältnis im Lande in der Stärke der Kammerparteien zum Ausdruck bringen soll, notwendig die Macht des Radikalismus einschränken muß. Die Anhänger der Wahlreform werden jedenfalls die Augen offen halten müssen, damit die Intervention der Regierung von der radikalen Obstruktion nicht ausgenutzt wird, um dem ganzen Reformwerk eine Grube zu graben, aus der es während der laufenden Legislaturperiode nicht mehr emporgehoben werden könnte. —

Das Ergebnis der Gemeindewahlen.

Paris, 22. Mai. Nach dem amtlichen Wahlresultat des Ministeriums des Innern haben bei den Munizipalratswahlen die linken Republikaner in 560, die Radikalen und die radikalen Sozialisten in 471, die Sozialisten in 81 und die geeinigten Sozialisten in 10 Gemeindevertretungen die Majorität gewonnen. Die Nationalisten und die Reaktionäre haben 1913, die Progressisten 505 Sitze verloren.

England.

Eine neue Mission Haldanes?

Eine offizielle Meldung besagt, Kriegsminister Haldane sei nach Deutschland abgereist. Er werde sich nicht nach Berlin begeben. Seine Reise sei ganz privater Natur. In Wirklichkeit wird Herr Haldane versuchen, die deutsch-englischen Verhandlungen, die ziemlich ins Stocken geraten sind, wieder in Fluß zu bringen. Ob diesmal mit mehr Erfolg, steht freilich dahin.

Die Ausweisung Malatestas.

London, 21. Mai. (Eig. Ber.) Der bekannte Anarchistenführer Malatesta, der seit einer Reihe von Jahren in London lebt, wurde gestern wegen ehrenrühriger Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Abbüßung der Strafe soll er als lästiger Ausländer ausgewiesen werden. Der Prozeß wirft wieder einmal ein grelles Licht in das Milieu des Anarchismus mit seinen Lockspitzeln und Beziehungen zur Verbrecherwelt. Der Kläger war ein gewisser Bellelli, ein früherer Anarchist, über den Malatesta eine Flugschrift im italienischen Viertel verbreitet hat. In dieser Schrift wird der Verdacht ausgesprochen, daß Bellelli wahrscheinlich ein italienischer Polizeispitzel sei, der von dem Geschäft, das er vorgebe zu betreiben, nicht lebe. Im Laufe der Verhandlungen behauptete die Polizei, daß viele der Genossen Malatestas wegen Falschmünzerei zu Zwangsarbeit verurteilt worden seien. Auch wurde die Houndsditchaffäre wieder aufgefrischt, in der der Name Malatestas oft genannt wurde. Wie erinnerlich sein wird, arbeitete einer der Banditen Gardstein, der bei dem Einbruch sein Leben verlor, längere Zeit in Malatestas Werkstelle und kaufte von dem letzten auch den Zylinder Sauerstoffgas, den er zur Oeffnung des Geldschranks im Houndsditch verwenden wollte. Malatesta trifft die Strafe recht hart. Er ist aus so vielen Ländern ausgewiesen worden, daß er nach der Verbüßung seiner Strafe kaum wissen wird, wohin er sich wenden soll. Der Richter erklärte bei der Urteilsfällung, daß die Tatsache, daß Malatesta Anarchist sei, bei der Bemessung der Strafe nicht ins Gewicht falle. Diese Bemerkung muß man jedoch mit einem Körnchen Salz entgegennehmen. Man kann Malatesta nur bedauern. Trotz seiner extremen Ansichten ist er einer der liebenswürdigsten und weichherzigsten Menschen, die man treffen kann. Aber gerade diese Eigenschaften sind seine schwächste Seite; denn die Gutmütigkeit eines durchaus ehrlichen Ideologen ist nur zu häufig und zu leicht von allerhand verdächtigem Gesindel, das unter dem Mäntelchen des Anarchismus seinen privatkapitalistischen Aneignungsbestrebungen folgt, mißbraucht worden.

Regierung und Hafenarbeiterstreik.

London, 21. Mai. Unterhaus. Zum Schluß der heutigen Sitzung teilte Handelsminister Buxton mit, daß die Regierung angesichts der Unzufriedenheit, die unter den Arbeitern auf den Leichterfahrzeugen der Themse und des Medway herrsche, unverzüglich eine Kommission ernennen werde, welche die Ursachen dieser Unzufriedenheit feststellen solle.

Marokko.

Die Erregung der Eingeborenen wächst.

Paris, 22. Mai. Die Agence Havas meldet aus Fez, daß die verhältnismäßige Untätigkeit, zu der die Truppen in Fez bis zum Eintreffen von Verstärkungen gezwungen sind, eine Ausbreitung der Erregung unter den Stämmen im Osten und Südosten zur Folge habe; auch in der Umgegend von Sefru wachse die Erregung. General Moinier hat zwei Kompagnien zur Verstärkung dahin abgesandt, obwohl der Platz bereits eine Garnison von vier Kompagnien, sechs Tabors und einer Sektion Artillerie besitzt.

Protest algerischer Eingeborener gegen die Dienstpflicht.

Paris, 22. Mai. In Nedroma (Algerien) veranstalteten etwa 3000 Arbeiter eine Straßenkundgebung gegen die Anlegung eines Verzeichnisses der gestellungspflichtigen Eingeborenen. Dem Kaid gelang es mit vieler Mühe, die aufgeregte Menge zu beruhigen.

Amerika.

Die Präsidentschaftswahl.

Columbus, 22. Mai. Die letzten Berichte über die Primärwahlen im Staate Ohio melden einen bemerkenswerten Sieg Roosevelts über Taft. Roosevelt hat von insgesamt 48 Delegierten 38 für sich gewonnen. Bei den Vorwahlen für die demokratische Kandidatur schlug der Gouverneur von Ohio, Harmon, seinen Gegner, Gouverneur Wilson von New Jersey, mit großer Majorität.

Soziales.

Fromme Denunzianten.

Die Berichte der landwirtschaftlichen Berufsgenossen klagen besonders darüber, daß viele Unfallverletzte von den Ortseinwohnern zu sehr geschützt und in ihren unberechtigten Ansprüchen unterstützt würden. Das Gegenteil ist aber der Fall, denn nirgends werden mehr Denunziationsbriefe an die Berufsgenossenschaften gegen die armen Unfallverletzten, als auf dem flachen Lande geschrieben. Ist auch die Rente sehr niedrig, oftmal zwei- bis dreimal niedriger als die der gewerblichen Arbeiter, so bildet sie doch sehr oft den Stoff zu allerlei mißgünstigen Gesprächen, und wehe dem Aermsten, wenn er Anstoß nach irgendeiner Seite erregt. Die Kleinbauern gönnen ihren Leidensgefährten gewöhnlich die karge Rente gar nicht und in vielen Bauernversammlungen klagen die Redner vom Bund der Landwirte oder Zentrum über die hohen Lasten, welche durch die soziale Gesetzgebung auch dem armen Bauernstande aufgehalst werden. Es müsse gespart werden, zumal sehr viele Leute noch Unfallrenten erhalten, die gar keinen Anspruch mehr auf dieselbe erheben könnten. Bravo! ertönt es da gewöhnlich aus der Mitte der Versammlung, und jeder mißgünstige Bauer nimmt sich im Gedanken schon ein Opfer vor, welches mittels Brief denunziert werden muß. Ist die Gemeinderatswahl nicht günstig ausgefallen, dann flattern die „Briefchen" nur so im Winde, und mancher ahnungslose Krüppel wird wieder zum Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft beordert, weil sich das ganze Dorf darüber aufhält, „daß so ein Mensch überhaupt noch eine Rente erhält". Vor uns liegt nun ein Aktenstück, aus welchem sich ergibt, daß im frömmsten Teile Bayerns auch die Ortsbehörden sehr eifrig am Werke sind, ihre Dorfbewohner den Berufsgenossenschaften zu denunzieren. Der Kleinbauer P. S. hatte vor Jahren beim Kirschenpflücken einen Oberschenkelbruch erlitten und bezog eine Rente. Jedermann wunderte sich, daß der Verletzte alle Quartal einmal zum Vertrauensarzt geladen wurde und auch mehrere Male seine Rente gekürzt bekam, die er dann im Berufungsverfahren wieder zugesprochen erhielt. Nach seinem Tode verlangte die Witwe nun die Hinterbliebenenrente, und im Obergutachten des Gerichtsarztes findet sich die schöne Stelle: „Am 23. Juni 1907 beschwerte sich der Bürgermeister von Krombach über die hohe Rente des S. Der Ortsführer Fleckenstein von Oberschur hält in einer Zuschrift an die Berufsgenossenschaft vom 8. Juni 1907 gleichfalls die Rente für zu hoch."

Hier ist also schwarz auf weiß zu lesen, daß in einem Monat sogar zwei Denunziationsbriefe gegen den armen Kleinbauer an die Berufsgenossenschaft gerichtet worden sind, und der Verstorbene wußte nie, woher die vielen „Ladungen" zum Vertrauensarzt rührten. Bürgermeister und Ortsführer der beiden Nachbarorte teilten sich in den Ruhm, diese Briefe geschrieben zu haben, wie dies amtlich jetzt zugegeben wird. Und das geschieht in der frömmsten Ecke des schönen Bayernlandes — wo die Nächstenliebe täglich zweimal gepredigt wird.

Die Gefahren der Quecksilberarbeit

bespricht der Wiener Gewerbehygieniker Dr. Ludwig Teleky in einer soeben unter den Schriften des Frankfurter Instituts für Gewerbehygiene erschienenen Arbeit. Bekanntlich besitzt der österreichische Staat das große Quecksilberwerk in Idria, Krain, und es wird der Verwaltung das Lob gespendet, für die Gesunderhaltung der Arbeiter ungleich mehr zu tun, als das spanische Bergwerk zu Almadén. Besonders gefährlich ist die Arbeit in Strecken, die metallisches Quecksilber führen. Schon nach zwei Schichten in solchen Strecken erfolgt Erkrankung, nach sechs Schichten sind die Leute im Krankenstand mit Stomatitis (Mundkrankheit) und Zittern. Nur fortwährender Arbeiterwechsel kann hier helfen. An den Muffelöfen der Quecksilberhütten erkrankten 23,4 bis 80,1 Proz. der Arbeiter, nach der Einstellung der Verwendung von Muffelöfen sank die Erkrankungshäufigkeit auf 12,1 Proz. der Arbeiter. Trotz der fortwährenden Steigerung der Produktion sinkt in Idria die Erkrankungszahl unausgesetzt, natürlich nur infolge der hygienischen Maßregeln. Trotz alledem aber bleibt kaum ein Arbeiter wenigstens von leichten Quecksilbererkrankungen verschont und die Schwächung des Organismus dadurch leistet der Tuberkulose Vorschub. Den am meisten gefährdeten Hüttenarbeitern werden seit 1910 Arbeitskleider beigestellt und ein Bade- und Garderobenhaus wird erbaut. Die wenigen Arbeiter der Zinnoberfabrik wechseln allmonatlich.

Das Teleky'sche Buch enthält auch wertvolles Material über die Quecksilbergefahr in der Hutherzeugung und Hasenhaarschneiderei. Im Zentrum der österreichischen Hutfabrikation, in Neutitschein in Mähren, sind häufige und schwere Erkrankungen, Zittern, Körpererschütterungen, Zahnerkrankungen zu verzeichnen. Es scheint in den dortigen Fabriken so ziemlich an allen Sicherheitsvorkehrungen zu fehlen, Leichterkrankte arbeiten weiter, während England seit 1899 die Anzeigepflicht für Merkurialismuserkrankungen eingeführt hat.

Daß die mörderische Arbeit des Quecksilberbelegens der Spiegel, nicht zuletzt dank den Untersuchungen unseres verstorbenen Bruno Schönlank, aufgehört hat, ist bekannt. Im Vergolden und Versilbern hat das galvanische Verfahren das Quecksilber fast verdrängt, es kommen aber doch immer noch Erkrankungen vor, desgleichen bei der Erzeugung von Glühlampen und Röntgenlampen. Teleky empfiehlt hier u. a. Wechsel der Arbeit alle vier Monate.

Selbstverständlich erfordert auch die Erzeugung von Barometern und Thermometern ausreichende Schutzmaßnahmen, und es muß darauf geachtet werden, daß sie sich nicht zur Hausindustrie auswächst.

Bei der steigenden Verwendung des Quecksilbers vor allem in der Elektrizitätsindustrie, muß der Bekämpfung seiner hohen Gefährlichkeit fortdauernd große Aufmerksamkeit zugewendet werden. Das Buch des Dr. Teleky (Polytechn. Buchhandlung A. Seidel, Berlin 1912) gibt den Behörden wie den Arbeiterorganisationen reichen Aufschluß über die einzuschlagenden Wege.

Das Volk gegen die Wahlrechtsfeinde.

Wieder haben die Massen der Berliner Bevölkerung mit aller Energie Protest erhoben gegen die Fortdauer des bodenlosen Unrechts, welches der übergroßen Mehrheit des preußischen Volkes angetan wird durch das elende Dreiklassenwahlsystem. Zehntausende aus der großen Masse derer, die durch dieses System ihrer Rechte als preußische Staatsbürger beraubt werden, hatten sich gestern abend in 32 Sälen im Gebiet Groß-Berlins versammelt, um aufs neue die Forderung des freien Wahlrechts zu erheben. Mag die Junkersippe samt ihren regierenden Handlangern sich sicher wähnen hinter den Mauern und Wällen des Dreiklassenwahlunrechts; mag sie glauben, im Schutze dieser Zwingburg auch ferner die Fuchtel über das preußische Volk schwingen zu können: Das Volk ist mündig! Im Bewußtsein seiner Kraft, fußend auf sein gutes Recht, wird das arbeitende Volk nicht ruhen, bis die Zwingburg der Reaktion gebrochen, das Dreiklassenwahlsystem beseitigt und das freie Wahlrecht errungen ist. Das war die Parole, welche auch gestern wieder unsere Demonstrationsversammlungen beherrschte.

Neben diesen wichtigen Grundforderungen der entrechteten Wähler Preußens waren es die mit der Wahlrechtsfrage in enger Verbindung stehenden Vorgänge der letzten Tage, welche den Gegenstand der Erörterungen in den Versammlungen bildeten: Die schamlose Vergewaltigung von sozialdemokratischen Abgeordneten im Preußischen Landtage, die Kennzeichnung dieses Gewaltaktes durch unsere Genossen im Reichstage sowie die Auslieferung der Abgeordneten Borchardt und Leinert samt dem verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts" an den Staatsanwalt. Einmütig waren die Versammlungsbesucher in der entschiedenen Verurteilung des ebenso kleinlichen wie unberechtigten Vorgehens gegen die Vertreter der großen Mehrheit der Wähler. Einmütig waren sie im Protest gegen das Dreiklassenunrecht sowie in der Forderung des freien Wahlrechts.

Ein Massenaufgebot der Rechtlosen war es, das zur Demonstration aufmarschierte. In allen Stadtgegenden, wie in den Vororten reichten die Säle nicht aus, um die andrängenden Massen aufzunehmen. Wohin wir kamen: Ueberall das gleiche Bild einer imponierenden Kundgebung. Draußen in der Müllerstraße zwei überfüllte Säle, im Garten und auf der Straße eine wogende, nach Tausenden zählende Menge. Ebenso auf dem Gesundbrunnen. In der Schönhauser Vorstadt konnte der Saal des „Prater" nur einen Bruchteil der Besucher aufnehmen. Man verlegte die Versammlung nach dem Garten, der von einer dichtgedrängten Menge besetzt war. Am Friedrichshain dasselbe Bild. Der Saal bis in den äußersten Winkel gefüllt, die Ueberzähligen auf der Straße. Gegenüber, in der Landsberger Allee, hielt man gleichzeitig mit der Versammlung im überfüllten Saale eine zweite Versammlung in dem nicht minder stark besetzten Garten ab. Auch die mehr nach dem Innern der Stadt zu liegenden Säle waren durchweg überfüllt. Einen höchst imposanten Eindruck machte die Demonstration in der Hasenheide. Der große Saal der „Neuen Welt" zum Brechen voll und draußen eine noch weit größere Menge. In weiter Ausdehnung füllte sie die Straße, den Schluß der Versammlung abwartend.

Wo unsere Genossen sich zur Demonstration vereinigen, da fehlt — wie könnte es in Preußen anders sein — auch die Polizei nicht. Auch sie war in Massen angerückt, hat aber, soweit wir es beobachten konnten, der imposanten Wirkung der Wahlrechtsdemonstration keinen Abbruch tun können. So konnten die Demonstranten aus der „Neuen Welt" in kompakter Masse, die Marseillaise singend und Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausbringend, unbehelligt bis weit in Neukölln hineinziehen. Die Hüter der preußischen Ordnung betrachten es bei solchen Gelegenheiten als ihre Hauptaufgabe, zu verhindern, daß die Stimmen des sein Recht fordernden Volkes wenigstens an der Stelle nicht gehört werden, wo man bereit ist, die Verfassung Elsaß-Lothringens in Scherben zu schlagen.

Doch wenn die Machthaber von heut den berechtigten Forderungen des Volkes ihr Ohr verschließen, so können sie doch nicht die Stimme des Volkes ersticken. Machtvoll erschallte gestern wieder aus den nach Zehntausenden zählenden Massen der Ruf nach dem freien Wahlrecht. Nicht ungehört wird er verhallen. Er wird sich fortpflanzen von Ort zu Ort. Dem Sturmwind gleich, wird er durch das Land brausen, ein Echo wecken in den Herzen aller Unterdrückten und Rechtlosen, er wird die Lauen und Trägen aufrütteln und sie veranlassen, sich mit den Wahlrechtskämpfern im ganzen Lande zu vereinen, daß endlich das Bollwerk der Reaktion, das preußische Wahlunrecht, mit den Waffen des Rechts in Scherben geschlagen und auf den Trümmern ein neues Recht aufgebaut wird: das gleiche Recht für alle.

Von diesem Gedanken waren die Demonstranten beseelt, welche gestern ihren Willen kundgaben durch die nachstehende Resolution, die in allen Versammlungen einmütig angenommen wurde:

> Wieder hat die reaktionäre Mehrheit des preußischen Dreiklassenhauses alle Anträge auf Einführung eines freien Wahlrechts abgelehnt. Die Regierung hat sogar ihre Nichtachtung des Volkswillens soweit getrieben, daß keiner ihrer Vertreter an den Verhandlungen über die Wahlrechtsanträge teilnahm. Verschärft wird diese hartnäckige Versagung des freien Wahlrechts für Preußen durch die staatsstreichlerischen Kundgebungen des persönlichen Regiments, sowie durch empörende Vorgänge der letzten Zeit im preußischen Dreiklassenhause.
>
> Die Versammlung konstatiert, daß das Parlament der Dreiklassenschmach, das durch schnöden Wortbruch ins Leben getreten ist, durch die Nichterfüllung des feierlichen Versprechens der Thronrede am Leben erhalten werden soll.
>
> Die Versammlung drückt ihre völlige Uebereinstimmung mit der Kritik aus, die die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag und Landtag an dem preußischen System der Volksknechtung geübt haben, und erklärt sich mit ihnen durchaus solidarisch.
>
> Sie brandmarkt den neuen Verrat des Zentrums und der Nationalliberalen, die durch Abkommandierung ihrer Abgeordneten selbst die Annahme des geheimen und direkten Wahlrechts vereitelt haben. Sie konstatiert, daß der störrische Widerstand des Junkerparlaments nur die Aufforderung an das entrechtete Volk bedeutet, durch Aktionen außerhalb des Parlaments seinen Willen mit allen zum Erfolg führenden Mitteln durchzusetzen.

•

Die Versammlung in den **„Industriesälen"** in der Beuthstraße war zeitig bis auf den letzten Platz gefüllt. Mehrere gelbumgürtete Wächter hatten vor dem Lokal Platz genommen. An Stelle des Genossen Hildenbrand übernahm es Genosse Unger, das schmachvolle Verhalten der reaktionären Parteien im Dreiklassenparlament zu geißeln, was ihm durch stürmischen Beifall gelohnt wurde.

In der **„Berliner Bockbrauerei"** sprach Adolf Hoffmann vor überfüllter Versammlung. Die Tische mußten zum Teil entfernt werden. Oft wiederholter stürmischer Beifall bewies, wie treffend der Referent die heutige Lage kennzeichnete und wie sehr er die richtigen Worte fand. Beantragt und einstimmig beschlossen wurde, die Resolution dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses zuzusenden.

Die Versammlung des dritten Reichstagswahlkreises im **Gewerkschaftshaus** war von etwa 2000 Personen besucht. Saal und Tribünen waren überfüllt, ebenso der Garten. Die Ausführungen des Referenten, Reichstagsabg. Pfannkuch, lösten des öfteren stürmischen Beifall aus und verdichteten sich am Schlusse seiner Rede zu demonstrativen Zustimmungskundgebungen.

Bei **Graumann** in der Raunynstraße referierte Genosse Büchner. Das Versammlungslokal war überfüllt, hunderte bewegten sich auf der Straße. Man schätzte die Zahl der Anwesenden auf 1200 Personen. Dem Referenten boten die gestrigen Vorgänge im Reichstag eine glänzende Einleitung. Seine Ausführungen fanden freudigen Widerhall.

Der Saal der **„Urania"** war überfüllt. Tausende konnten keinen Einlaß finden, so daß die Ziffer der Erschienenen mit 2500 gering veranschlagt erscheint. Das Referat des Genossen Abgeordneten Zubeil wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In den **„Andreas-Festsälen"** referierte, Genosse Dittmer vor überfüllter Versammlung. Anwesend waren zirka 1500 Personen. Er geißelt in scharfer Weise das Verhalten der reaktionären Parteien sowie der Regierung bei der neuerdings wieder im Dreiklassenhause zur Debatte stehenden Wahlrechtsfrage. Mit den Ausführungen einverstanden, zollte die Versammlung reichen Beifall.

In **Boekers Gesellschaftshaus** in der Weberstraße referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Schulz. Die Versammlung war überfüllt.

Im **Elysium** in der Landsberger Allee war der Andrang so stark, daß kurz nach 8 Uhr der Saal überfüllt war und eine zweite Versammlung im Garten abgehalten werden mußte. Es waren ungefähr 5000 Personen erschienen, um für ein freies Wahlrecht und gegen die junkerlichen Dreistigkeiten zu protestieren. Im Saal referierte Genosse Däumig. In lebhafter, anschaulicher Weise schilderte er die Zustände in Preußen und betonte zum Schluß, daß nun auch die Geduld des preußischen Volkes zu Ende geht. Stürmischer, minutenlanger Beifall lohnte ihn. — Nachdem der große Saal gefüllt und abgesperrt war, wurde im Garten die zweite Versammlung eröffnet. Hier referierte Genosse Wieloch vor mehreren Tausenden unter großem Beifall.

Die Versammlung in den **„Comenius-Sälen"**, Memeler Straße 67, wurde schon ¾9 Uhr polizeilich abgesperrt. Die doppelte Anzahl derer, welche Einlaß gefunden hatten, mußte wieder umkehren. Der Referent Gen. Dr. Cohn skizzierte in sarkastischer Manier, von Zwischenrufen unterbrochen und durch Beifall belohnt, die Entstehung des heutigen preußischen Wahlrechts, die heutigen Machthaber und die Junker in Preußen.

Der große Saal der **„Brauerei Friedrichshain"** war von einer dichtgedrängten Menschenmenge gefüllt. Der Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ströbel fand bei den Zuhörern begeisterten Widerhall. Im Friedrichshain und in der Umgegend des Lokals war die Polizei stark vertreten, doch kam es zu keinen Zwischenfällen.

Die Versammlung in den **Sophien-Sälen** war von 1000 Personen besucht. Referent war Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Max Quarck-Frankfurt a. M. Dem Vortrag und der Resolution wurde mit Begeisterung zugestimmt.

Die von über 3000 Personen besuchte, in dem **„Moabiter Stadttheater"** tagende Protestversammlung mußte schon lange vor ½9 Uhr abgesperrt werden. Im großen Saale geißelte Genosse Lüpnitz das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Im oberen überfüllten Saal sprach Genosse Wermuth.

Großen Beifall ernteten beide Redner. Der Gesangverein „Männerchor Moabit" eröffnete und schloß die Versammlungen mit einem stimmungsvollen Liede. Die Polizei, welche vor Beginn der Versammlung stark vertreten war, zog sich, als die den Saal nicht mehr Platz findende Menge auf der Straße vor dem Lokal demonstrierte, in die umliegenden Querstraßen und Hausflure zurück. In die Versammlung hatten sich eine ganze Reihe von Kriminalbeamten eingeschlichen, welche aber bald von unseren Parteigenossen erkannt wurden. Auch vorn im Restaurant hielten sich einige von ihnen auf.

Im **Artus-Hof** in Moabit hielt vor überfüllter Versammlung die Genossin Reichert das Referat, da Genosse Schöpflin verhindert war. Die Genossin Reichert schilderte in ihrem Referat in ausführlicher Weise die Zustände im Landtage, das jetzige Wahlrecht und das Wahlrecht, was wir fordern auch für die Frauen. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In den **Pharussälen** waren von vornherein zwei Versammlungen vorgesehen; man mußte jedoch noch zur Abhaltung einer dritten schreiten. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung war der große Saal derart gefüllt, daß die Polizei zur Absperrung desselben schritt. In diesem Saale sprach der Genosse Paul John. Im kleineren unteren Saal, der ebenfalls schon kurz nach 8 Uhr abgesperrt war, sprach die Genossin Lungwitz. Schnell füllte sich auch noch der Garten derart, daß dieser selbst und die Terrassen völlig von Menschen überschwemmt waren. Vor dieser größten Versammlung des Lokales sprach der Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Herzfeld, der direkt aus der stürmischen Sitzung des Reichstages nach dem Versammlungslokal geeilt war. Schallender Beifall und stürmische Hochrufe auf die Arbeiterbewegung und das Wahlrecht zeigten auch in den übrigen Teilen des geräumigen Lokales jeweils an, wenn an einer Stelle eine Versammlung beendet war. Im ganzen schätzte man die Zahl der Teilnehmer an dieser gewaltigen Demonstration des Weddings auf etwa 8 bis 10 000.

Die Genossen des **Gesundbrunnens** konnten bei weitem nicht Platz finden in dem großen Saal des Lokals **„Kastanienwäldchen"** in der Badstraße. Um 8½ Uhr schritt die Polizei zur Absperrung, und mußte ein großer Teil auf der Straße bleiben. Leutert-Apolda geißelte die Vorgänge im Abgeordnetenhause und fand bei den Versammelten lebhaften Beifall.

Im **„Swinemünder Gesellschaftshaus"** waren Saal und Galerien überfüllt. Genosse Kurt Rosenfeld schilderte in trefflicher Weise die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause, das Sträuben der Junker und der anderen reaktionären Parteien, das bestehende Landtagswahlrecht abzuändern. Den Ausführungen des Referenten wurde starker Beifall gezollt.

Die Versammlung im **„Prater"** fand unter großem Andrang der Genossinnen und Genossen statt. Der Saal reichte bei weitem nicht aus, um alle Besucher zu fassen. Um ½8 Uhr war derselbe gefüllt und mußte Genosse Dobrohlaw die Versammlung nach dem Garten verlegen. Doch immer neue Trupps von Wahlrechtsdemonstranten strömten heran. Gespannt lauschten alle Anwesenden den kraftvollen Ausführungen der Genossin Zietz. Unter dem Beifall der Versammelten rechnete die Referentin mit der reaktionären Mehrheit des Junkerparlaments ab und beleuchtete kritisch und scharf den Hinauswurf unserer Abgeordneten aus dem Landtag. Während der Rede der Genossin Zietz war die Versammlung auf zirka 6000 Personen angewachsen. Brausender Beifall lohnte die Rednerin, die die Anwesenden aufforderte, in unsere Reihen einzutreten, zum Kampfe um unsere Rechte.

Charlottenburg. Die Versammlung im Volkshaus war lange vor Beginn schon derartig überfüllt, daß im unteren Saale eine zweite Versammlung stattfinden mußte. Im oberen Saal sprach, von stürmischem Jubel begrüßt, Genosse Paul Hirsch. Scharf geißelte Genosse Hirsch das Verhalten der Mehrheit des Landtages erbarmungslos riß er er den patentierten Patrioten die Maske vom Gesicht, zeigte, wie ihre Vaterlandsliebe identisch ist mit den Geldsackinteressen. Nachdem der Redner unter großem Beifall geendet hatte, wurde aus der Versammlung der Antrag gestellt, den sozialdemokratischen Abgeordneten für ihr mannhaftes Auftreten den besten Dank auszusprechen, ein Antrag, der jubelnde Begeisterung hervorrief. Er fand einstimmige Annahme. Im unteren Saale, wo Genosse Zempelburg sprach, herrschte gleichfalls eine begeisterte Stimmung. Die Ausführungen des Redners wurden häufig von großem Beifall unterbrochen. Und als die Versammlungen ihr Ende erreichten, klang aus tausenden Arbeiterkehlen der Kampfesgesang in den schönen Maienabend: die Arbeitermarseillaise.

Schöneberg. Der Saal der „Schloßbrauerei" war so stark besucht, daß die Versammlung in den Garten verlegt wurde. Nachdem Genosse Konrad Hänisch einige Sätze gesprochen, wendete die anwesende Polizei ein, daß die Gartenversammlung eine unter freiem Himmel stattfindende sei, die nicht zur Anmeldung vorliege und nicht zulässig sei. Nach kurzen Auseinandersetzungen nahm die Versammlung jedoch ihren Fortgang. Der Vortragende zeichnete in großen Umrissen und mit treffenden Worten die politische Situation. Die neuesten Kaiserworte und die Vorgänge im Abgeordnetenhause, der Verrat des „christlichen" Zentrums riefen wahre Entrüstungsstürme hervor.

Neukölln. An der in der „Neuen Welt" stattfindenden Versammlung nahmen zirka 5000 Personen teil. Annähernd ebensoviel befanden sich vor dem Versammlungssaal, welcher schon um 8¼ Uhr abgesperrt war. Referent war Dr. Karl Liebknecht, welcher in zündenden Worten, von häufigem stürmischen Beifall unterbrochen, die preußische Dreiklassenschmach kennzeichnete.

Lichtenberg. Die Versammlung im „Schwarzen Adler" wurde lange vor Beginn polizeilich abgesperrt. Es wurde dann im Lokal von Steuer eine zweite Versammlung arrangiert, die auch bald überfüllt war. Der Genosse Müller vom Parteivorstand referierte in beiden Versammlungen, durch stürmische Zustimmungen oft unterbrochen, über die Wahlrechtsfrage im preußischen Abgeordnetenhause.

Die **Rummelsburger** Versammlung ist unter zahlreicher Beteiligung (es waren 3000 Personen anwesend) gut verlaufen. Jul. Borchardt sprach im Saal, Mohaupt im Garten. Borchardt wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Unter Kampfesstimmung wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie geschlossen.

Weißensee. Die Versammlung fand im „Schloß" statt und war von 1200 Personen, darunter viele Frauen, besucht. Der Vortrag des Genossen Dr. Hermann Weyl fand großen Beifall.

Friedrichsfelde. Hier referierte Genosse Waldeck Manasse vor 500 Personen in zirka 1½ Stunden. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion machte ein Redner in temperamentvoller Weise Propaganda für den Austritt aus der Landeskirche. Der Arbeitergesangverein erfreute die Anwesenden durch stimmungsvolle Lieder. Mit einem feurigen Appell an die Versammelten, Mann für Mann seine volle Pflicht im Interesse der Partei zu tun, schloß Genosse Schwenk die Versammlung.

Pankow. Von über 1000 Personen war die Protestversammlung im Saale des Restaurants **Ebersbach** besucht. Das Referat hielt der Genosse Adolf Buhl.

Friedrichshagen. Im Saale des Restaurants Eiskeller hatten sich über 500 Personen eingefunden, die den Worten des Genossen Otto Braun begeistert lauschten.

Ober-Schöneweide. Die Versammlung war von 1200 Personen besucht. Die Ausführungen des Genossen Barth wurden mit großem Beifall aufgenommen. Mit einem donnerndem Hoch auf das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht wurde die Versammlung geschlossen.

Reinickendorf-West. In überfüllter Versammlung referierte unter lebhaftem Beifall der Reichstagsabgeordnete Dittmann.

Spandau. Großartig besucht war die Versammlung in der Brauerei Pichelsdorf. Ueber 2000 Personen hörten das Referat des Genossen Dr. Jul. Moses an, der mehrmals durch begeisterten Beifall unterbrochen wurde.

Letzte Nachrichten.

Für das freie Wahlrecht.

Frankfurt a. M., 22. Mai. (Eig. Tel. des „Vorwärts".) Die heute abgehaltene Wahlrechtsversammlung war überaus zahlreich besucht und nahm einen guten Verlauf.

Weitere französische Kolonialfreuden.

Marseille, 22. Mai. (W. T.) Wie aus Saigon, der Hauptstadt der französischen Kolonie Cochinchina in Hinterindien gemeldet wird, ist es der dortigen Polizei auf Grund einer ihr zugegangenen anonymen Anzeige gelungen, eine weitverzweigte Verschwörung aufzudecken, die sich die **Beseitigung der französischen Herrschaft** zum Ziele gesetzt hatte. In den Wohnungen einiger Mitglieder des Komplottes förderten Haussuchungen äußerst belastendes Material, darunter genau ausgearbeitete Pläne einer bewaffneten Erhebung, zutage. Bei einigen Verschwörern wurden sogar schon Patente für den Offiziersrang vorgefunden, den sie in der revolutionären Armee bekleiden sollten.

Die Ausweisung der Italiener.

Konstantinopel, 22. Mai. (W. T. B.) Das Irade betreffend die Ausweisung der Italiener ist der deutschen Botschaft noch nicht offiziell übermittelt worden, zahlreiche Italiener machen sich dennoch für die Abreise bereit. Hunderte sind im deutschen Konsulat versammelt, wo sie Pässe beheben und Witwen- oder Armutszertifikate verlangen.

Neue Verhaftungen in Petersburg.

Petersburg, 22. Mai. (W. T.) Die Polizei verhaftete gestern hier 30 Arbeiter. Es wird vermutet, daß diese Arbeiter die Mitglieder des Komitees sind, das die letzten Streiks inszeniert hat.

Bergmannslos.

Prag, 22. Mai. (W. T. B.) Im Ferdinandsschacht bei Kladno sind 2 Bergleute durch giftige Grubengase getötet worden. Die Rettungsaktion, bei der weitere 5 Bergleute durch Gase betäubt wurden, gestaltete sich sehr gefährlich.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

69. Sitzung. Mittwoch, den 22. Mai 1912, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kühn.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag, zur

Vertagung des Reichstages bis zum 26. November

die Zustimmung zu erteilen.

Abg. Haase (Soz.):

Wir sind nicht damit einverstanden, daß der Reichstag so spät einberufen wird. Wir können wohl alle die Erklärung abgeben, daß dieser Reichstag so fleißig gewesen ist, so viel gearbeitet hat, wie selten einer der früheren. Viele von uns haben das Gefühl, daß geradezu ein Raubbau getrieben ist mit der Arbeitskraft der Abgeordneten, ebenso aber auch mit der Arbeitskraft der Journalisten und der übrigen Beamten und Angestellten dieses Hauses. Der Reichstag ist eben so spät einberufen worden, daß geradezu eine Hetzarbeit getrieben worden ist, wobei noch sämtliche Initiativanträge zurückgestellt wurden. Diese Art der Hetzarbeit wird wiederkehren, wenn der Reichstag erst am 26. November einberufen wird, denn dann wird die erste Lesung des Etats erst zu Weihnachten fertig werden. Wir werden jedenfalls dafür sorgen, daß die Initiativanträge dann auch zur Verhandlung kommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird angenommen. Debattelos werden dann der Zusatzvertrag zum Auslieferungsvertrag mit Luxemburg und die Verträge mit Bulgarien (Konsularvertrag), Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten, Auslieferungsvertrag, in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die

dritte Beratung des Militär-Luftfahrfürsorgegesetzes.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Bei der zweiten Beratung ist bereits darauf hingewiesen, daß die Mißhandlung der deutschen Sprache bei diesem Gesetz die erträglichen Grenzen bei weitem überschreiten. (Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.) Schon der Titel des Gesetzes ist unaussprechlich. Da das Gesetz doch später immer wieder zitiert werden soll, so ergreift einen ein Schauder über die zu erwartende Verwilderung der Sprache. Am schlimmsten sind die Wortbildungen im § 2: Luftdienstwitwengeld, Luftdienstwaisengeld, Luftdienstelterngeld, Luftdienstwitwenbeihilfe. Wir wollen die letzte Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, wenigstens den Titel zu ändern und in erträglichem Deutsch auszudrücken. Wir beantragen daher das Gesetz zu nennen: Fürsorgegesetz für militärische Luftfahrer. (Beifall.)

Dieser Antrag und mit ihm das Gesetz werden angenommen.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen folgt jetzt die dritte Beratung der beiden Gesetzentwürfe über die Deckung der Kosten der Verstärkung von Heer und Flotte, die Forderung der Besitz- bezw. Erbschaftssteuer, welche ebenfalls debattelos angenommen werden. Bei einer der beiden Abstimmungen bleiben die Freisinnigen sitzen, die Nationalliberalen rufen ihnen zu: Aufstehen! Aufstehen! Langsam erhebt sich einer nach dem anderen von den Fortschrittlern, sich umsehend, wer eigentlich noch aufsteht. (Große Heiterkeit.)

Es folgt die

dritte Lesung des Etats.

Abg. Ledebour (Soz.):

Es ist einigermaßen schwierig, bei der jetzt herrschenden Ferienstimmung im Hause noch ernsthafte Erörterungen zu pflegen. (Oho! rechts; der Reichskanzler erscheint am Bundesratstisch.) Soeben sind eine Reihe der wichtigsten Vorlagen unter der größten Unruhe des Hauses angenommen worden, welche deutlich zeigt, daß das Haus kein Interesse für die Vorlagen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lärm rechts und im Zentrum.)

Präsident Dr. Kaempf: Es ist unzulässig, dem Hause einen Mangel an Interesse für die Vorlage vorzuwerfen. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Zur Begründung meiner Behauptung weise ich darauf hin, daß eben bei einer Abstimmung der Abgeordnete Bassermann in die Bresche sprang, um mit dem Fingerzeigetelegraphen überhaupt darauf hinzudeuten, worüber abgestimmt wurde. (Große Heiterkeit. Zuruf von der Rechten.) Wenn Sie (nach rechts) Ihrem Redebedürfnis durch Zwischenrufe Genüge leisten, so habe ich gar nichts dagegen. Wenn Sie aber fortwährend bei der Abstimmung über die wichtigsten Fragen Ihr Redebedürfnis nur durch Privatgespräche befriedigen, so können wir das nicht dulden. (Zuruf rechts: Das geht Sie gar nichts an!) Doch! Wir sind die Vertreter des Volkes. (Gelächter rechts.) Diese Hetzarbeit kommt nur daher, weil die Regierung es für angemessen gehalten hat, die Neuwahlen zum Reichstag im Januar vornehmen zu lassen. (Anhaltende Unruhe rechts.) Wenn Sie andauernd Lärm machen, so zwingen Sie mich, Ausführungen, die ich bereits einmal gemacht habe, zu wiederholen; wenn Sie also in Ferienstimmung sind, so täten Sie besser, sich etwas ruhiger zu verhalten, denn sonst kommen Sie noch lange nicht in die Ferien. (Heiterkeit.)

Die Regierung hat die Wahlen aus den

allerengherzigsten Parteiinteressen

erst im Januar vornehmen lassen, weil sie glaubte, wenn die Wahl bis auf den äußersten Termin hinausgeschoben würde, so ständen die Aktien für den Bethmann Hollwegschen Reichstag besser. Darin hat sie sich zwar nun getäuscht, aber gerade aus dieser Tatsache geht hervor, daß wir eine Reichsregierung aus einer kleinen Minderheit haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler behauptet immer, die Regierung stände über den Parteien. Aber keine Parteiregierung ist so engherzig, wie diese Regierung der Minderheitsparteien, die sich dazu hergibt, den Reichstag zu desorganisieren. (Lärm rechts.) An dieser Desorganisierung des Reichstages ist aber außer der Regierung auch noch das unglückselige Diätengesetz dieses Hauses schuld. (Sehr richtig! links.) Denn es hat die direkte Wirkung, geradezu eine Prämie zu setzen auf die Verkümmerung der Reichstagsarbeiten. Die Abgeordneten müßten keine Menschen sein, wenn sie nicht auf die indirekte Beeinflussung durch das Diätengesetz hineinfallen würden, und deshalb halten wir es für durchaus notwendig, daß der Reichstag so bald wie möglich an eine Revision des Diätengesetzes herangeht mit der Wirkung, daß lediglich Diäten für die wirklichen Sitzungstage gegeben werden; denn dann fehlt jener Zweck, der besonders in den letzten Wochen und Monaten auf die Verkümmerung der Rechte des Reichstags hinwirkt. Hier müßten sämtliche Parteien des Reichstages ohne Ausnahme zusammengehen, wenigstens diejenigen Parteien, denen an der Arbeitsfähigkeit und Würde des Reichstages gelegen ist. (Sehr richtig! links.) Sollte die amtierende Bureaukratie sich weigern, auf das Diätengesetz einzugehen, dann wäre endlich einmal der Zeitpunkt gekommen, wo der Reichstag durch Ausnutzung seines Budgetrechts der Regierung zeigen könnte, daß er seine Wünsche durchzusetzen vermag. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben es jetzt erlebt, daß im preußischen Abgeordnetenhause entgegen der feierlichen Versprechung der Thronrede eine

Reform des Dreiklassenwahlrechts vereitelt

worden ist. Alle Wahlrechtsanträge, selbst die allerbescheidensten, sind von den Junkerparteien abgelehnt worden. Wir haben das größte Interesse daran, daß in Preußen Zustände herbeigeführt werden, die auch dem preußischen Volke die Rechte gewähren, auf die es ein Anrecht hat. Aus diesem Grunde scheint mir der Zeitpunkt gekommen zu sein, da der preußische Landtag aus sich heraus der Aufgabe einer zeitgemäßen Wahlreform nicht gewachsen zu sein scheint, daß von Reichswegen dafür gesorgt wird, daß dort erträgliche Zustände eingeführt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Anregung ist durchaus nichts Neues, dieselbe Forderung ist schon bei der Beratung über die Mecklenburgische Verfassungsreform im Reichstage erhoben worden. Damals ist auch erklärt worden, daß das Reich eingreifen müßte, um Mecklenburg in die Reihe der modernen Staaten zu erheben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es nicht dazu gekommen ist, so sind die Nationalliberalen daran schuld, die eine übertriebene Rücksicht auf die einzelstaatlichen Souveränitätsrechte genommen haben. Aber die mecklenburgischen Zustände werden völlig in den Schattengestellt durch die viel schlimmeren in Preußen, weil es der größte Bundesstaat ist, der durch seine reaktionären Einrichtungen einen reaktionären Druck auf das Reich und auf die Verkümmerung der Volksrechte ausübt. Wenn es gegenüber Mecklenburg als notwendig erschienen ist, einen Eingriff von Reichs wegen zu verlangen, so muß das umsomehr in Preußen geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kein Bundesstaat kann mehr Rechte haben, als der andere. Ich bin fest davon überzeugt: wenn man bei uns im Deutschen Reiche eine Volksabstimmung über die Frage veranstalten könnte, ob für das preußische Abgeordnetenhaus, sowie für alle anderen einzelstaatlichen Parlamente von Reichs wegen die Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach dem Muster des Reichstagswahlrechtes, das die Mindestforderung darstellt, durchzuführen wäre, so würde eine ganz bedeutende Mehrheit im Reich und auch aller preußischen Wähler sich für dieses Eingreifen des Reiches entscheiden. Daß bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages auf eine derartige Tat nicht zu rechnen ist, ist mir völlig klar. Aber solche wichtigen politischen Schritte brauchen eine Reihe von Jahren zur Reife, um beim Volke Wurzel zu fassen. Aber wir werden dafür sorgen, daß dieser Gedanke im Volke nicht einschläft, sondern immer stärker wird, bis diese Maßregel endlich durchgeführt ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Und bei diesem unserem Kampfe haben wir ja gar keine wirksameren Bundesgenossen in der Aufklärung und Aufrüttelung des Volkes, als in den Männern, die auf Grund des preußischen Dreiklassenunrechts gegenwärtig noch die

Mißhandlung der Vertreter des Volkes

vornehmen lassen, wie die Herren v. Erffa und ihre Handlanger v. Heydebrand und Kröcher. Das sind die wirksamsten Vorkämpfer des Volkes für ein Eingreifen des Reiches gegen dieses Junkerparlament. Ich möchte noch einen Appell an die anderen bürgerlichen Parteien richten, die mit uns eine Aenderung des Dreiklassenwahlrechts erstreben. Diese Parteien müssen die Verfassungskämpfe mit aller Macht in die Hände nehmen, um dieses Ziel zu erreichen und den Preußen ein modernes Wahlrecht zukommen zu lassen. Denn aufhalten können die Junker das Rad der Geschichte doch nicht. Vor allem aber sollten die bürgerlichen Parteien dafür sorgen, daß ihre Bruderfraktionen im preußischen Abgeordnetenhause nicht den Junkerparteien bei Abstimmungen Helfersdienste leisten, wie das kürzlich bei der Auslieferung unserer Genossen Borchardt und Leinert geschehen ist. Dadurch hat sich das preußische Abgeordnetenhaus selber diskreditiert, und alle Abgeordneten, die darin mitgewirkt haben, haben auch mitgewirkt an der Entwürdigung des Parlaments. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lärm rechts.)

In der

Elsaß-Lothringen-Frage

hat sich der Reichskanzler auf den Standpunkt gestellt, daß die Worte, die Kaiser Wilhelm II. damals in einer Privatgesellschaft, die aber aus politischem Anlaß zusammengetreten war, von politischen Persönlichkeiten besucht war, und in der politische Angelegenheiten beraten wurden, durch Indiskretion an die Oeffentlichkeit gekommen seien. Wenn aber jemand in einer politischen Versammlung, sei diese nun öffentlich oder nicht, sich über eine brennende politische Zeitfrage in scharfer Weise ausspricht, so ist das keine Privatmeinung, deswegen weise ich vor allen Dingen diese ganze falsche sentimentale Mache des Kanzlers, sein Jammern über Indiskretion zurück. In diesem Gejammer liegt das Eingeständnis, das sich gar nichts verteidigen läßt, und die Verteidigung, die er vom Stapel gelassen hat, war auch danach. Das Organ der freikonservativen Gruppe in diesem Hause hat auch davon geschrieben, der Kanzler habe den Kaiser preisgegeben. Ich mache mir diese Anschauung nicht zu eigen. Die Gerechtigkeit gebietet, anzuerkennen, daß er sich nach besten Kräften bemüht hat, die Worte des Kaisers zu verteidigen. Wenn ihm dies nicht gelungen ist, so liegt das daran, daß es ein

Versuch am untauglichen Objekt

war. Erstens sagte er, die Worte waren ja ganz harmlos. Er war vorsichtig genug, sie nicht zu wiederholen; denn der Kern dessen, was der Kaiser gesagt hat, war: wenn solche Dinge sich wiederholen, dann schlage ich die Verfassung in Scherben. Der Reichskanzler sagte, damit hat der Kaiser nur dem Unmut Ausdruck verliehen über allerlei Vorkommnisse in Elsaß-Lothringen. Ich möchte mal hören, was irgend einem Privatmann geschähe, der öffentlich erklärte, wenn die Dinge im Deutschen Reich sich nicht ändern, dann schlagen wir die Verfassung in Scherben. Das würde aufgefaßt werden als offener Hochverrat. Außer der Redaktion der „Post", die nach allgemeiner Annahme der Inspirator dieser Kaiserworte ist, gibt es wohl keine Gesinnungsgenossen für ihn. Der Kanzler hat sie ja zu decken gesucht, aber ich schätze seine Intelligenz und sein Rechtsbewußtsein zu hoch ein, um anzunehmen, daß dies mehr als eine formale und recht unbequeme Aufgabe war.

Zweitens sagte der Kanzler, in Elsaß-Lothringen sind ganz unerhörte Dinge vorgekommen. Aufgefordert, diese zu präzisieren, hat er sich in allgemeinen Redewendungen ergangen. Es handelt sich eigentlich nur um drei Angelegenheiten. Die eine ist die Streichung der kaiserlichen Jagd, die zweite ist, daß der Landtag auf den Gnadenfonds Einfluß haben wollte und die dritte ist, daß er eine durchaus berechtigte Mißbilligung über die elsäßische Regierung wegen einer Verfügung aus politischen Ursachen ausgesprochen hat, durch die Tausende von Arbeitern in Mitleidenschaft gezogen sind. Diese Dinge rechtfertigen das Auftreten des Kaisers wirklich in keiner Weise. Die Grafenstadener Geschichte hat ja der Staatssekretär Zorn von Bulach treffend als Kindereien charakterisiert. Die beiden anderen Dinge sind rein persönliche Beschwerden des Kaisers; da ist er in seinem

großmächtigen Sonnenkönigbewußtsein

angetastet worden. Es ist rein ein Ausbruch des weit über das berechtigte Maß hinausgetriebenen kaiserlichen Selbstgefühls, das außerhalb dieses Hauses zutreffend nur noch in Witzblättern charakterisiert werden kann. Und deshalb die Verfassung in Scherben schlagen? Der Reichskanzler ist wohl selbst zu dem Bewußtsein gekommen, so etwas läßt sich nicht verteidigen. Sonst würde er nicht mit tiefbekümmertem Gesicht auch jetzt hier wieder sitzen (Heiterkeit.), nachdenkend, was in aller Welt läßt sich sagen, um aus der Tinte herauszukommen, in die mich der hohe Herr hineingebracht hat. Die Drohung mit dem Inscherbenschlagen der Verfassung hat auch noch andere Verteidiger gefunden. Den

Delirantenanfall des Abg. Schultz

gegenüber meiner Partei übergehe ich. Nur eines war dabei charakteristisch. Seinen Ausfall, bei dem er mit Verachtung um sich warf, machte er in einer Form, daß jedermann und auch der Präsident meinte, er sei auf ein Mitglied des Hauses gemünzt. Vom Präsidenten deshalb zur Rede gestellt, zeigte dieser eifrige Patriot, daß für ihn Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit ist und suchte den Ausdruck abzulenken auf die ganze Partei außerhalb dieses Hauses. Das kennzeichnet seine Methode.

Noch ein zweiter Redner, der Abg. van Calker hat einen Ablenkungsversuch gemacht, indem er die Sozialdemokratie mit Belehrungen darüber haranguierte, daß in England keinerlei Majestätsbeleidigungen begangen werden, weil die Engländer sich zu sehr als Gentlemen fühlen, um den König zu beleidigen. (Abg. Heckscher [Vp.]: Sehr richtig!) Sie zeigen nur, Herr Heckscher, daß Sie das englische Recht und die englischen Verhältnisse nicht kennen. Im englischen Recht gibt es gar kein crimen laesae majestatis (Majestätsbeleidigung). Wer in England gelebt hat, weiß, daß dort über das Königshaus in freiester Weise gesprochen wird. Jetzt geschieht es weniger, weil die Personen keinen Anlaß geben. Ich erinnere Sie, wie der ausgesprochene Gentleman Lord Byron über Georg III. gesprochen hat. Und was der Gentleman und Lieblingsdichter der guten englischen Gesellschaft Thackeray über die ganze Königsgesellschaft geäußert hat, ist nach Ihrer Meinung schwer beleidigend und wurde von dieser Gesellschaft mit Freude begrüßt. Was aber meinen Sie wohl, würden die Engländer tun, wenn heutigen Tages ein Abkömmling der Stuarts — Abkömmlinge der Stuarts sitzen sowohl auf dem englischen wie auf dem deutschen Thron — sich erlauben würde, die Regierungsmethoden seines Ahnen Karls I. in England einzuführen. Wenn der König irgendwo sagen würde, wenn mir

eine Jagd abgeknappst

wird, und der Gnadenfonds beschnitten wird, dann schlage ich die Verfassung in Scherben, was meinen Sie wohl, was das englische Volk einschließlich der Majorität der Gentlemen tun würde. Zwei Dinge nur sind möglich. Entweder würde in vier Wochen der englische Thron in Scherben geschlagen sein, oder, wenn man den Fall rein pathologisch individuell behandeln würde, würde dafür gesorgt werden, daß dieser englische König für die fernere Zeit seines Lebens in irgendeinem Schlosse ein ähnlich ruhiges und unschädliches Leben zu führen hätte, wie Abdul Hamid in der Villa Allatini bei Saloniki. Die Volkssouveränität ist in England so eingewurzelt, daß das englische Volk sich Angriffe darauf von keinem Mitgliede des Königshauses gefallen ließe, und bei meiner Liebe zum deutschen Volke habe ich den dringenden Wunsch, daß nicht bloß meine Parteigenossen, sondern das ganze deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrzahl sich zu diesem Selbstgefühl durcharbeitet, das zweifellos das englische Volk heute beseelt. Dann wäre es ausgeschlossen, daß

irgendein Inhaber des Thrones

sich so etwas erlauben dürfte. (Stürmische Zurufe rechts.)

Präsident Kaempf: Was Sie vorhin von dem englischen König gesprochen, war parlamentarisch unzulässig. Für den jetzt gebrauchten Ausdruck rufe ich Sie zur Ordnung. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich verlasse nun dieses Thema (ironisches Bravo! rechts), da ich mit hinreichender Deutlichkeit ausgesprochen habe, was wir darüber denken und was in Deutschland geschehen müßte, wenn wir in Deutschland ein Volk wären, das Wert auf seine Selbstregierung legt. (Großer Lärm rechts.)

Präsident Kaempf: Ich rufe Sie für diesen Ausdruck zur Ordnung. (Große Erregung und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Die reaktionäre Politik, die im Inneren des Vaterlandes Orgien feiern kann, erhält ihr Gegenstück in der auswärtigen imperialistischen Politik, weil da die liberalen Parteien des deutschen Bürgertums mitmachen, werden sie gehindert, auch im Innern bessere verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen. Die Liberalen sprechen platonische Wünsche aus, raffen sich aber nicht zu Taten auf. Was wir erreicht haben, ist nur eine sehr beschränkte notwendige Reform der Geschäftsordnung, die vielleicht später ermöglichen wird, in höherem Maße als bisher Verfassungsänderungen zu betreiben. Aber durch ihre Zustimmung zu den imperialistischen Forderungen der Heeres- und Flottenvermehrung, und den Finanzgesetzen stärken sie die Regierung und verbauen sich selbst die Möglichkeit, auf die Verbesserung der Verfassung hinzuarbeiten. Es ist eine Illusion, wenn man hofft, sie könnten sich dazu aufraffen, wirklich das parlamentarische Regime, die Abhängigkeit der Regierung von der Volksvertretung zu erkämpfen. Uns wird das nicht abhalten, jede Gelegenheit zu benutzen, um wenigstens in einzelnen Fragen die Mehrheit hier mit uns zu reißen und darüber hinaus im Volke dafür zu kämpfen, die Macht zu erringen, daß endlich mit den bei uns herrschenden Zuständen ein für allemal aufgeräumt wird.

Wir vertreten gegenüber der durch die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien vertretenen imperialistischen Politik ein klares Programm bestimmter Forderungen, von deren Erfüllung wir eine durchgreifende Besserung der Zustände im Innern sowie alles das erwarten, was die Mehrheitsparteien des Reiches durch Heeres- und Flottenvermehrungen und eine aggressive auswärtige Politik zu erreichen hoffen. In den Bemühungen der liberalen Parteien, eine bestimmte aktive auswärtige Politik herbeizuführen, steckt insofern ein berechtigter Kern, als sie wünschen, daß der deutsche Handel und Industrie die ungehemmte Möglichkeit zur Ausbreitung über den ganzen Erdenrund haben. Ich nehme an, daß das auch der Grundgedanke der Herren der Zentrumspartei ist. Das wünschen selbstverständlich auch wir; auch wir würden alles unterstützen, was dem Absatz der Industrie und den deutschen Handel fördert. Aber das Allerungeeignetste dazu ist, die

wahnwitzige Rüsterei,

weil diese notwendigerweise Mißtrauen über irgend welche bösen Absichten Deutschlands erzeugt, Deutschland im Ausland mißliebig macht, und dadurch den deutschen Handel und die deutsche Industrie schädigt. Wir würden alles unterstützen, was dazu beiträgt, den Grundsatz der offenen Tür bei allen Staaten und Kolonien durchzuführen. Wir halten es für sehr bedenklich, daß England im Einverständnis mit Kanada, seinen australischen und südafrikanischen Kolonien auf Einfuhrzölle hinwirkt, und diese zu beseitigen, wäre jetzt die Hauptaufgabe bei den Verhandlungen mit England. Wäre es möglich, in der ganzen Welt unter allen Kulturstaaten ein Einvernehmen über den Grundsatz der offenen Tür zu erzielen, so wäre damit eine der gefährlichsten Ursachen für den Vorwand der Kriegsrüstungen beseitigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die zweite Forderung ist, daß in keinem Lande die sprachlichen Minderheiten bedrückt werden dürfen, daß in jedem Staat als notwendiges Recht aller Staatsangehörigen gelten müßte, ihre Muttersprache frei und ungehindert in der Schule und im öffentlichen Leben zu gebrauchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Diese

Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen

empfiehlt sich in Deutschland vor allen Dingen nicht aus universalpolitischen und internationalen Gründen, sondern aus nationalen Gründen. Denn wenn wir die Politik der Zwangsgermanisierung gegen Polen, Dänen und französisch sprechende Staatsangehörige treiben, so stärken wir damit die Geißel, die in Rußland und anderen Ländern auf dem Rücken der deutschsprachlichen Minderheiten geschwungen wird. (Zurufe rechts.) Wenn es Ihnen gleichgültig ist, wie es den Deutschen in Rußland, Ungarn, Amerika geht, dann packen Sie ein mit Ihren Reden von deutschem Patriotismus. Wenn Ihr Patriotismus nur darin besteht, daß Sie in Deutschland Kaiserhochs ausbringen und Schützenfeste reden halten und eine erfolglose Germanisierungspolitik gegen Polen und Dänen ausüben, so zeigt das lediglich Ihre Unterdrückungssucht, nicht Ihr Nationalgefühl. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Polen.) Haben Sie wirklich die deutschsprachliche Bevölkerung der ganzen Welt in Ihr Herz geschlossen, so müssen Sie mit dieser Politik brechen. Wenn wir jetzt genötigt sind, gegen alle diese

reaktionären Auswüchse der Heimatpolitik

Front zu machen, so ist das nur das Resultat der wirtschaftlichen und politischen Entwickelung Deutschlands. Sie bedingt, daß das Proletariat immer mehr an Kraft, Einsicht und Einfluß auf politischem Gebiete gewinnt, wie sich auch bei den letzten Reichstagswahlen gezeigt hat. Aber diese Entwickelung übt natürlich einen lähmenden, einschüchternden Einfluß auf alle die Gegner der Sozialdemokratie aus, die die Zeit herannahen sehen, wo die Partei des klassenbewußten Proletariats wirklich endlich die Möglichkeit erhält, in vollkommener Ungehemmtheit ihre revolutionierende Tätigkeit zur Umgestaltung unseres Staatswesens, zur Sozialisierung der Staats- und Gesellschaftseinrichtungen durchzuführen. Weil den meisten bürgerlichen Politikern die Angst vor diesem unabwendbaren Schicksal in die Knochen gefahren ist, haben wir als Resultat diese reaktionäre Angstpolitik, die Sie im preußischen Parlament ausüben, und die hier sich allerdings schwächlicher, doch hin und wieder sehr krampfhaft betätigt. Eigentlich sollten die Liberalen alles aufbieten, um mit unserer Unterstützung diese reaktionären Versuche im Keime zu ersticken. Gelingt es Ihnen nicht, mit uns zusammen diese reaktionäre Regierung zu beseitigen, dann wird die

plötzliche Umwälzung

nur um so früher ins Leben treten. Wir können ruhigen und sicheren Auges der einen wie der anderen Möglichkeit entgegensehen, wir sind auf alles gefaßt, auf alles gewappnet, und wir werden dafür sorgen — das ist unsere Aufgabe als Volksvertreter — den Kampf zu führen und aufrüttelnd auf die breiten Volksmassen zu wirken, daß sie mit klarer Erkenntnis und klarem Einblick in die Zukunftsmöglichkeit einer sozialistischen Umgestaltung des Staates dafür sorgen, daß auch das Deutsche Reich ein dem deutschen Volke angemessenes Staatsgebäude wird. (Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schultz** (Rp.): Der Abg. Ledebour warf mir vor, ich hätte nicht zu meinen Worten gestanden. Als der Präsident sagte, ich habe die letzten Worte nicht verstanden, ich nehme an, Sie meinen nicht ein Mitglied des Hauses, erwiderte ich: „Ich habe auch die Worte des Abg. Scheidemann gemeint". Ist das eine Ablenkung und ein Kneifen? Als dann der Präsident sagte, Ihre Worte gehen also nicht auf die Person, sondern auf die Worte des Abg. Scheidemann? wiederholte ich: „Sie gehen auf die Worte des Abg. Scheidemann. Wie hat Ledebour heute von dem Kaiser gesprochen? Die schärfsten Worte der Beleidigung hat er gebraucht, aber in der Form, daß er den englischen König zitierte und ihm unterlegte, was mit beiden Fäusten auf den deutschen Kaiser gemeint war. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Da kann man sagen, Vorsicht ist der bessere Teil der Tapferkeit. Da sollen die Wähler draußen sagen, der Ledebour hat es dem Kaiser ordentlich gegeben und doch ist er um den Präsidenten herumgekommen. Solche Taktik haben wir nicht. Wir nennen die Dinge beim richtigen Namen. (Große Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Abg. Ledebour über solche Fragen spricht, so ergreift ja auch seine Parteigenossen ein beklemmendes Gefühl. Auf dem letzten Parteitage hat ihm Bebel Taktlosigkeit vorgeworfen. (Zuruf rechts: Bebel ist ein kluger Mann.) Was er heute getan, war nicht bloß taktlos. Er hat sein Herz enthüllt und gezeigt, wohin die letzten Ziele der Sozialdemokraten gehen. Wir begrüßen es, daß Sie Ihre Ziele nicht verbergen, sondern offen die Person des Kaisers beschimpfen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident **Kaempf**: Sie dürfen einem Redner nicht vorwerfen, daß er die Person des Kaisers beschimpft hat.

Abg. **Schultz** (fortfahrend): Ich muß mich dem fügen. Was die Herren zu einander auf ihren Parteitagen sagen, das darf man hier im Hause nicht sagen. Ledebour hat hier vor dem ganzen deutschen Volk gezeigt, wohin die Fahrt geht. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Er hat gezeigt, daß es gegen den Inhaber der höchsten Gewalt geht. Das wird dem deutschen Volk die Augen öffnen und Ihre Mitläufer werden Sie verlieren. (Lebhafter Beifall rechts. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Ledebour** (Soz.):

Der Abg. Schultz hat versucht, von der Frage, um die es sich handelt, abzulenken, indem er mich unter Berufung auf die Aeußerung eines meiner Parteigenossen persönlich angreift. Das gehört nicht hierher. Gegenüber der Aeußerung, meine Parteigenossen ergreife ein beklemmendes Gefühl, wenn ich rede, bemerke ich, daß meine Parteigenossen mich für die dritte Lesung des Etats zum Generalredner bestimmt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dann hat der Abg. Schultz mir den Vorwurf gemacht, ich verschleiere meine wirklichen Absichten, und daran schloß er zuletzt den Vorwurf, ich habe endlich einmal wieder die wirklichen Ansichten und Ziele der Sozialdemokraten enthüllt. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein charakteristischer Beweis für seine polemischen Fähigkeiten. Ich habe aber nicht in verschleierter Form meine Ansicht über Kaiser Wilhelm II. und darüber, was das deutsche Volk tun müßte, ausgesprochen. Zu dem Beispiel mit England war ich durch Herrn van Calker veranlaßt. Ich habe es durchgeführt und dann ausdrücklich gesagt, indem ich darauf hinwies, was nach aller geschichtlichen Erfahrung und Kenntnis des englischen Volkscharakters das englische Volk gegenüber einem König tun würde, der droht, die Verfassung in Scherben zu schlagen: „Ich wünsche dem ganzen deutschen Volk so viel Selbstgefühl, wie die Engländer haben." Kann man deutlicher sein? (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler v. **Bethmann Hollweg** (sehr erregt): Der Abgeordnete Ledebour hat in seiner Rede gemeint, ich hätte am vorigen Freitag, als wir über Elsaß-Lothringen sprachen, Schwierigkeiten gehabt, die Worte des Kaisers zu verteidigen. Meine Herren, ich kenne keine Schwierigkeiten, für meinen Kaiser einzutreten. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß, daß ich dabei die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes hinter mir habe. (Erneuter lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Daß ich mich mit Ihnen nicht verständigen kann, meine Herren Sozialdemokraten, das gebe ich zu. Sie haben heute wieder als das Ideal hingestellt, das deutsche Volk unter ein sozialistisches Regiment zu stellen. Davon will das deutsche Volk nichts wissen. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Das deutsche Volk hält an seinem Kaiser und seinen verfassungsmäßigen Institutionen fest. (Sehr richtig! rechts.) Das deutsche Volk fühlt sich verletzt, wenn der Kaiser hier in einer Weise kritisiert wird, wie es der Abg. Ledebour getan hat. Das Volk wird Ihnen — und der Tag wird noch kommen — die Antwort geben auf diese Angriffe gegen Kaiser und Reich. (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schultz** (Rp.): Ein Widerspruch zwischen meinen Ausführungen über Herrn Ledebour besteht nicht. Ich habe darauf hingewiesen, der Abg. Ledebour hat geschickt verschleiert gesprochen, daß er sich dem Einschreiten des Herrn Präsidenten entzog. (Sehr richtig!) Aber darüber kann kein Zweifel sein, seine Ausführungen richteten sich gegen den Träger der Krone. Das wollen wir hier feststellen. Das Volk wird entscheiden zwischen Ihnen und uns.

Der Präsident erteilt dem Abg. Dr. **Südekum** das Wort. (Abg. **Kreth** ruft: Das ist der Diplomat!)

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.):

Der Herr Reichskanzler hat geglaubt, gegen meine Partei hier die öffentliche Meinung aufrufen zu sollen und gesagt, er glaube, der größte Teil der Deutschen stehe hinter ihm (Sehr wahr! rechts.), wenn er nicht nur den Kaiser, sondern, wie er sagte, auch die Verfassung dieses Reiches gegen Angriffe von links verteidige. Es ist nicht ungeschickt, daß der Reichskanzler den Streitpunkt verschiebt. Denn es handelt sich hier nicht darum, daß wir Angriffe gegen die Verfassung richten (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern es handelt sich darum, daß wir

angedrohte Angriffe auf die Verfassung

mindestens eines Teils dieses Reiches zurückweisen (Stürmischer Beifall der Sozialdemokraten) und damit etwas tun, was des Amtes des Reichskanzlers wäre. (Erneuter lebhafter Beifall links.) Denn der ist dazu verpflichtet, die Verfassung zu wahren (Sehr richtig! bei der Linken), sie gegen solche gefährlichen Drohungen zu wahren, wie sie in Straßburg ausgesprochen worden sind. Im übrigen befindet sich der Herr Reichskanzler in einer beklagenswerten Unkenntnis der Dinge, wenn er glaubt, daß er, indem er auch solche Worte seines kaiserlichen Souveräns decken will, dabei die Mehrheit des Volkes auf seiner Seite hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, es gehört jahrelang zu dem Sport in Kreisen, in denen sonst Sozialdemokraten nicht zu verkehren pflegen, die Person des Kaisers zum Gegenstand der abfälligsten Aeußerungen zu machen. (Sehr richtig! links. Große Unruhe rechts.) Es waren nicht Sozialdemokraten, die noch vor kurzer Zeit geschrieben haben von dem valeureux poltron, nicht Sozialdemokraten, die dem Kaiser, während der Marokkohandel spielte, geradezu so etwas wie, ich werde sagen, Landesverrat vorgeworfen haben (Große Unruhe rechts), sondern die Leute, die das getan haben, sitzen auf einer ganz anderen Seite als bei uns. (Unruhe rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten zu der Reichspartei: Ihr Parteiorgan die „Post".) Das Parteiorgan der Partei, der Herr Schultz-Bromberg sich zurechnet und als deren Parteigenossen Herr v. Zedlitz den Reichskanzler bezeichnet hat. (Unruhe. — Der Reichskanzler erhebt sich halb und wendet sich zum Präsidententisch — von der Rechten wird gerufen: Darf er das?)

Vizepräsident **Dove**: Was er darf, darüber habe ich zu entscheiden (Bravo! links); ich habe wenigstens aus den Worten des Redners nicht erkennen können, daß er diese Kritik etwa zu der seinigen gemacht hat. Sobald das eintreten würde, würde ich einschreiten.

Abg. Dr. **Südekum**:

Im übrigen ist auch Herr Mumm, der den Zwischenruf machte, nicht weit von den Kreisen entfernt, die jahrelang gegen den Kaiser eine Minierarbeit geübt haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Scheiterhaufenbrief!) Er steht ja den Kreisen nicht fern, die durch allerhand Intrigenkunststücke, durch Scheiterhaufenbriefe Verwirrung in die Regierung hineinzutragen beabsichtigten und das Funktionieren der Reichsgewalten zu stören versuchten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also ich darf wieder aufnehmen, was ich sagen wollte. Das Organ der Partei, der Herr Schultz-Bromberg angehört und der nach dem Ausspruch des Herrn v. Zedlitz auch der Reichskanzler angehört, die „Post" (Unruhe rechts), ist zweifellos seit langer Zeit bemüht, einen

persönlichen Kampf gegen den Kaiser

zu führen, den ich als scharfer Gegner des persönlichen Regiments in dieser Form zu führen weit unter meiner Würde halten würde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) So stehen die Dinge. Es ist nur ein Kunststück, es jetzt so hinstellen zu wollen, als ob unser Kampf von der Linken ein Kampf gegen die Person des Kaisers wäre. Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß es sich um etwas weit Größeres als Personen handelt. Wir würden uns selbst verkleinern, wenn wir unsere ganze Tätigkeit auf einen Kampf gegen einzelne Personen, und mögen sie in der heutigen Ordnung der Dinge noch so hoch stehen, beschränken würden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wenn nun aber der Reichskanzler weiter sagt, er fühle sich gedrungen, gegen unser Bestreben, eine Aenderung unserer Zustände herbeizuführen, nicht nur sich selbst auf die Schanze zu schwingen, sondern auch noch das Volk aufzurufen, ja, dann muß ich sagen: Gegen eine derartige Staatskunst sollte nicht nur von unserer Seite Protest erhoben werden; denn wollte man wörtlich das durchführen, was der Reichskanzler will, dann hieße es, unser Reich und unsere Gesellschaft zur Versteinerung verurteilen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Verfassung unseres Volkes ist von den ersten Anfängen des Verfassungslebens an bis zum heutigen Tage ununterbrochen weitergebildet worden. Und wo steht denn geschrieben, daß eine Weiterbildung über den jetzigen Zustand hinaus nicht mehr erstrebenswert, nicht mehr erlaubt und nicht mehr denkbar wäre? Die letzten Wahlen haben wirklich den Beweis dafür erbracht, daß Millionen von Deutschen den Tag mit Sehnsucht erwarten, an dem eine

Weiterbildung unserer Zustände in demokratischem Sinne

möglich ist, damit wir geschützt sind gegen das, was vor wenigen Tagen uns, wenigstens einem Teile des Reiches angedroht wurde. Wer häufig Gelegenheit gehabt hat, im Auslande mit Ausländern über unsere deutschen Zustände zu sprechen, wird immer wieder die Bemerkung hören müssen: Was wollt Ihr, was bedeutet Ihr, was bedeutet Euer Parlament, Euer Volk? **Ihr habt nichts und Ihr seid nichts. Bei Euch steht und fällt alles mit einer Person.** Und das ist nicht mehr verfassungsgemäß. Aber es sind auch Gefahren da und wer das leugnen will, der versündigt sich an unserem Volk. Diese Gefahren aus der Welt zu schaffen, das ist eine Aufgabe des Schweißes der Edlen wert, und wir werden nicht ruhen und rasten, bis wir diese Gefahren besiegt haben. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler v. **Bethmann Hollweg**: Der Abg. Dr. Südekum hat mir soeben als Aufgabe zugewiesen, die Verfassung aufrecht zu erhalten, das werde ich auch tun. Ich bin jederzeit dafür eingetreten. Und wenn der Abg. Dr. Südekum heute wiederum ausgeführt hat, die Ausführungen S. M. des Kaisers wären ein Angriff auf die Verfassung, wenn auch nur eines Teils des Reiches gewesen, so verweise ich Sie auf das, was ich in dieser Richtung neulich gesagt habe. Dr. Südekum hat mir weiter eine Belehrung darüber erteilt, daß verfassungsmäßige Zustände gebildet würden, fortgebildet werden könnten und müßten. Ich glaube, Dr. Südekum wird mir genug Kenntnis und Verständnis für die Geschichte zumuten, als daß ich diesem Satz nicht beipflichten sollte. Aber Sie gehen doch etwas anders vor. Die Herren Revisionisten lieben es ja, es so darzustellen, als ob bei ihnen nur eine verfassungsmäßige Fortbildung unserer Verfassungszustände nach dem ihnen vorschwebenden Ziel in Betracht komme. Was hat aber neulich Herr Scheidemann gesagt? Er ist dabei zurückgekommen, so habe ich ihn wenigstens verstanden, auf die Aenderung Ihrer Geschäftsordnung, wonach jetzt an die Interpellationen Anträge geknüpft werden sollen. Damals als die Debatte über die Geschäftsordnungsänderung stattfand, war der ganze Reichstag, der die Aenderung beschlossen hat, einstimmig der Ansicht, es sollte keine Verschiebung des konstitutionellen Systems gemeint sein, unter dem wir leben. Was hat nun Herr Scheidemann gesagt? Er hat aufgerufen mit einem sehr deutlichen Wink auf das Zentrum, die Nationalliberalen, die Freisinnigen, sie sollten doch nun einmal Männer werden und zur Tat schreiten, sie sollten diesem Beschluß, den etwa der Reichstag fassen sollte, durch die Tat zur Wirklichkeit verhelfen. (Hört! hört! rechts.) Ist das eine verfassungsmäßige Fortbildung? Das ist ein scharfer Eingriff in unser Verfassungsleben. (Beifall rechts.) Was im übrigen von Ihnen auf Ihren Parteitagen und in Ihrer Presse gesagt worden ist, über die Form, wie Sie die Ziele erreichen wollen, denen Sie nachstreben, da ist von Verfassungsmäßigkeit keine Rede mehr. (Zustimmung rechts.) Darüber sollten sich die Herren klar sein, wenn sie anderen Leuten den Vorwurf machen, daß sie nicht für die bestehende Verfassung eintreten. (Beifall rechts.)

Abg. **Schultz** (Rp.): Man macht uns den Artikel der „Post" zum Vorwurf. Das ist die Sommerarbeit eines Sommerredakteurs, für die dafür der Chefredakteur moralisch nicht verantwortlich war. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Artikel ist auch von der Leitung der „Post" sofort auf das energischste widerrufen worden. Sie können den Artikel also nicht der Zeitung, und noch weniger der Reichspartei, die damit nichts zu tun hat, anhängen. (Lachen der Sozialdemokraten.) Nun behauptet Dr. Südekum, wir hätten das Thema verschoben. Sie haben aber dem Kaiser unterstellt, daß er die Verfassung brechen wolle. Der Kaiser hat aber 24 Jahre lang durch seine Regierung bewiesen, daß er es treu mit der Verfassung meint. (Beifall rechts.) Das hat er mit der Tat bewiesen. Aus Ihren Worten — nicht aus denen des Dr. Südekum — aber aus den Worten, die auf den Parteitagen gesagt werden, aus der mehr oder minder verhüllten Drohung des Massenstreiks, da klingt es anders. Der Deutsche Kaiser steht treu zu den Gesetzen. Und wenn wir im Auslande mit Ausländern über unseren Kaiser sprechen, da hört man oft das Wort, hätten wir doch einen solchen Kaiser. (Lebhafter Beifall. Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Scheidemann** (Soz.):

Wenn jemals eine Rede gefälscht worden ist, die in der Oeffentlichkeit eine ganz falsche Deutung erfahren hat, so gilt das von meiner Rede. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) **Ich nehme von dem, was ich gesagt habe, kein Wort zurück und brauche nichts zurückzunehmen.** (Zurufe rechts.) Aber ich mache allen denjenigen, die in der Oeffentlichkeit zu tun haben, für die Presse tätig sind oder die in Versammlungen auftreten, zur Gewissenspflicht, daß sie, ehe sie in der Weise weiter reden und schreiben, wie sie es bisher getan haben, nun einmal das Stenogramm lesen möchten, was ich in Wirklichkeit gesagt habe. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich an dem Stenogramm nichts geändert habe, was irgendwie den Sinn nach der einen oder anderen Richtung hätte beeinflussen können. Ich stehe auch unter dem Eindruck, daß der Reichskanzler an verschiedenen Stellen während meiner Rede mich durchaus mißverstanden hat, daß es ihm gar nicht hätte in den Sinn kommen können, unter Protest den Saal zu verlassen, wenn er das verstanden hätte, was ich gesagt habe. Ich empfehle auch ihm, das noch einmal nachzulesen. Der Reichskanzler stellte mich in einen geistigen Gegensatz zu meinem Parteifreund Südekum, indem er sagte — ich verstand nicht, welches Wort er brauchte — Evolutionist oder Revisionist (Zuruf: Revisionist!) Ich kann Ihnen allen sagen und auch dem Herrn Reichskanzler:

in diesen Dingen gibt es zwischen den Revisionisten und den sogenannten Radikalen nicht die geringste Meinungsverschiedenheit.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Zurufe rechts.) Es ist niemals weder in unserer Literatur, noch in unserem festliegenden Parteiprogramm, noch in unseren Parteitagsbroschüren irgendein Unterschied gemacht worden nach der revisionistischen oder radikalen Seite in der Beziehung, daß die einen etwa darauf drängen, mit Gewalt das erreichen zu wollen, was wir als erstrebenswertes Ziel ansehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das steht in unserer gesamten Literatur. Aus den Reden unserer größten Redner können Sie das feststellen, sie haben immer gesagt: wir wollen auf friedlichem Wege das erreichen, was wir für richtig halten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Wenn Sie sich geradezu gewaltsam der Entwickelung, die auch nach der Ueberzeugung des Reichskanzlers nicht still steht, wenn Sie sich selbst dem geringfügigsten Verlangen, die jetzt beispielsweise im preußischen Abgeordnetenhause gestellt worden sind, entgegenstellen und unter allen Umständen verhüten wollen, daß wir auch nur einen ernsthaften Schritt vorwärts kommen, rechnen Sie dann selbst nicht mit der Möglichkeit, daß wir unter Umständen Zustände bekommen könnten, die uns selber nicht erwünscht sind? (Rufe: Aha! rechts.) — Aha! rufen Sie. Sie tun gerade, als wenn Sie von der ganzen politischen Bewegung in Europa nichts wüßten. Warum haben Sie in Deutschland das nicht, was wir in vielen anderen Staaten haben, Anarchisten und alle möglichen Gewalttaten? Sie haben in Deutschland keinen Anarchismus und keine Gewalttaten, **weil wir eine starke Sozialdemokratie haben.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weil wir es verstanden haben, die Leute auf gesunde Bahnen zu lenken und sie vor Gewaltstreichen zu warnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Zurufe rechts.) Wir wollen keine Gewalt, wir wollen die friedliche Entwickelung. Es liegt aber nicht bei uns, wenn Dinge geschehen, auf die vorhin einer der Herren hingewiesen hat, wenn auch nur in einem Zwischenruf, der Ihnen graulich machen wollte mit dem Massenstreik usw. Sie haben es in der Hand, ob wir uns friedlich und gesund fortentwickeln können. (Lachen rechts, Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An Ihnen liegt es, ob nicht hie und da vielleicht unüberlegte Dinge gemacht werden, die niemand mehr bedauern würden als wir, für die Sie aber (nach rechts) die Verantwortung zu tragen haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdebatte kommt beim

Etat des Auswärtigen Amtes

Abg. **Emmel** (Soz.) nochmals auf die elsaß-lothringische Frage zu sprechen. Der Reichskanzler hat in seiner Rede am vergangenen Freitag gesagt, daß die Vorgänge in Elsaß-Lothringen einen verständlichen Unwillen im Reiche hervorgerufen haben, und daß dieser Unwille auch vom Kaiser geteilt werde. Nichts ist so ungerechtfertigt, als die Beurteilung der Dinge von diesem Gesichtspunkte aus. Bei den Landtagswahlen im Oktober hat der Nationalismus eine vollständige Niederlage erlitten, keiner von den Kandidaten ist gewählt worden und nur einige nationalistisch schillernde Mitglieder der elsaß-lothringischen Zentrumspartei sind in ihrer Eigenschaft als Zentrumsleute gewählt worden. Es besteht also im Landtage keine nationalistische Strömung. Gerade die alldeutschen Chauvinisten und Hurrapatrioten sind es, die den Nationalismus fördern. Wenn man die Elsaß-Lothringer beschimpft, sie seien politisch unreif, so ist es kein Wunder, wenn sie aufsässig werden. Das elsaß-lothringische Volk ist politisch reifer als das preußische. (Unruhe rechts.) Der elsaß-lothringische Landtag hat den verfassungsrechtlichen Rahmen nicht überschritten, und er wird sich seine Rechte durch keinen Kaiser und keinen Kanzler verkümmern lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das elsaß-lothringische Volk ist auch nicht, wie der Abg. Schultz-Bromberg meint, zu Dank verpflichtet. Soll es etwa dafür danken, daß ihm 40 Jahre lang die verfassungsmäßigen Rechte vorenthalten sind? Die Grafenstadener Angelegenheit ist auch lediglich dazu geeignet, den Nationalismus zu fördern. Wir haben durchaus keinen Grund, für den Direktor der Grafenstadener Werke, Herrn Heyler, besonders einzutreten. Er ist ein Mann, der genau so schikanös und brutal gegen die Arbeiter vorgeht, wie die Reichs-

eisenbahnverwaltung unter der Regie des Herrn von Breitenbach. (Großer Lärm rechts, der Reichskanzler springt erregt auf.)

Vizepräsident Paasche: Sie dürfen solche Ausdrücke nicht gebrauchen.

Abg. Emmel (fortfahrend):

Ich wollte nur damit zum Ausdruck bringen, daß wir durchaus keine persönlichen Sympathien für Herrn Hehler haben. Die ganze Affaire ist von dem Staatssekretär Zorn v. Bulach als eine Kinderei bezeichnet worden. Der Reichskanzler hat aber unter Assistenz des elsaß-lothringischen Polizeiministers eine Staatsaktion daraus gemacht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Unterstaatssekretär Mandel ist ja auch gerade mit der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" so eng liiert, die den Staatssekretär von Elsaß-Lothringen stets so scharf angreift. (Große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Paasche: Ich möchte doch bitten, Herrn Mandel aus der Debatte zu lassen.

Abg. Emmel (Soz.):

Herr Mandel ist Berichterstatter beim Reichskanzler über diese Angelegenheit gewesen, daher kann ich die Person des Herrn Mandel auch in diese Debatte ziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Paasche: Ich habe Sie lediglich deshalb darum gebeten, weil Herr Mandel nicht hier ist und sich daher nicht verteidigen kann.

Abg. Emmel (Soz.):

Das ist seine eigene Schuld, er ist Bundesratsbevollmächtigter und mußte wissen, daß die Sache heute zur Sprache kommen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe lediglich festgestellt, daß gerade diese Presse, mit der Herr Mandel so eng liiert ist, die Angriffe auf den Staatssekretär unternimmt, und die Artikel sind so gut über die ganze Sachlage informiert, so daß sie nur aus einem Regierungsbureau kommen können. (Lärmen rechts, Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Preußischer Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Fabrik hat sich in deutschfeindlicher Weise betätigt, es handelt sich nicht um Kindereien, sondern um den Ausdruck von Deutschenhaß. Die Beschlüsse der Regierung sind nicht auf mich zurückzuführen, ich billige sie aber durchaus. Durch die Beschlüsse der Zweiten Elsaß-Lothringischen Kammer läßt sich der Eindruck nicht wegwischen, daß die Kammer bewußt oder unbewußt dem Nationalismus Vorschub geleistet hat. (Beifall rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Ein Kommissar aus der elsaß-lothringischen Regierung sucht den Unterstaatssekretär Mandel gegen die Angriffe des Abg. Emmel in Schutz zu nehmen. Herr Mandel stehe turmhoch über diesen Angriffen. (Schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Roeser (Vp.): Die Angriffe auf die Elsaß-Lothringer weise ich zurück, es sind gute Deutsche, darum müssen wir das Wort des Kaisers aufs tiefste bedauert. In der Grafenstaden-Angelegenheit war die Regierung auf einem falschen Wege.

Abg. Emmel (Soz.):

Bei der Deutschfeindlichkeit kam es hauptsächlich darauf an, was der Gendarm sagt, und was der Bürgermeister sagt. Dieser Bürgermeister ist aber nun ein Bauunternehmer und ist bei der letzten Bürgermeisterwahl ein Konkurrent des Direktors Hehler gewesen. (Hört! hört! bei den Soziald.) Daher stammen natürlich auch Zwistigkeiten. So sind dem Bürgermeister und Bauunternehmer jetzt auch die Bauarbeiten auf dem Werke entzogen worden, und auf die Ermittelungen eines solchen Dorfbürgermeisters bezieht sich die Regierung! Den Nationalismus sucht die Regierung durch Terrorisierung zu bekämpfen und indem sie die Leute zu Heuchlern erzieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt, der Titel wird bewilligt.

Beim

Reichsamt des Innern

klagt

Abg. Ahlhorn (Vp.) darüber, daß die Einheitlichkeit der Gesetzesauslegung namentlich in Steuersachen in Deutschland noch sehr viel zu wünschen übrig lasse.

Abg. Fegter (Vp.) begründet einen Antrag, im nächsten Etat den Fonds zur Förderung der Seefischerei wesentlich zu erhöhen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu den Initiativanträgen zur Wohnungsfrage erklärt

Abg. Göhre (Soz.)

namens seiner politischen Freunde die Zustimmung zur Resolution. Es ist charakteristisch, daß sie von der ganzen Kommission einstimmig dem Plenum zur Annahme überwiesen worden ist, obwohl sie doch ziemlich herzhaft die Schäden angreift. Der Reichstag wird also diesmal laut und vernehmlich fordern, daß das Reich sich der Wohnungsfürsorge annehme. Die Regierung hat sich bisher gänzlich ablehnend verhalten, erst in den letzten Wochen scheint eine Aenderung eingetreten zu sein, wenigstens so weit, daß sie mit den Einzelstaaten in Verbindung treten will. Vielleicht gelingt es der Reichsregierung auch, einen Druck auf Preußen auszuüben, denn das tut sehr not. Der Propagandaausschuß für Groß-Berlin, der sich zur Aufgabe gestellt hat, wenigstens hier für bessere Wohnungsverhältnisse zu sorgen, soll jetzt wegen Aufreizung zum Klassenhaß unter Anklage gestellt werden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Kein Augenblick ist günstiger als der jetzige, da auf sozialpolitischem Gebiete augenblicklich keine weiteren Aufgaben der Erfüllung harren.

Die Abgg. Laser (natl.), Trampczynski (Pole), Brabant (Vp.) und Mumm (Wirtsch. Vg.) stimmen der Resolution zu.

Die Resolutionen, die die Regierung ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf zur Regelung des Wohnungswesens (Reichswohnungsgesetz, Förderung des Baues von Kleinwohnungen durch die Landesgesetzgebung) vorzulegen, werden sodann einstimmig angenommen.

Es folgt die

Beratung des Heeresetats.

Auf Vorschlag des Präsidenten werden die Anträge auf Wiederherstellung der Ostmarkenzulagen bei diesem Etat mitbehandelt.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Ich muß auf eine Aeußerung zurückkommen, die ich am 12. März getan habe über die Beschäftigung des Sohnes eines höheren Offiziers bei der Firma Krupp. Ich bin tatsächlich damals falsch unterrichtet worden; es handelt sich nicht um einen Sohn des jetzigen Präses der Artillerieprüfungskommission, sondern um den Sohn eines anderen Generals.

Abg. Gothein (Vp.) kommt nochmals auf die „Eiertante" zu sprechen. Der Kriegsminister hat die Dame seinerzeit beleidigt, indem er sagte, daß es sich um eine sehr bekannte Dame handelte, deren zweifelhaftes Gebaren in der Stadt nicht unbemerkt geblieben sei. Das Haus nahm an, daß gemeint sei, sie betreibe ein zweifelhaftes Gewerbe. Sie ist durch die Aeußerung des Kriegsministers auch in ihrem Erwerb geschädigt worden. Wenn der Kriegsminister seine Aeußerung nicht zurücknimmt, so kann ich ihr nur raten, ihn wegen öffentlicher Beleidigung zu verklagen. Redner polemisiert dann gegen die Zurücksetzung der jüdischen Reserveoffiziersaspiranten wegen ihrer Konfession.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Ich habe auch noch über einen Fall Beschwerde zu führen. Es handelt sich um einen jungen Mann, der die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährigfreiwilligendienst besitzt. Ihm wurde jedoch der Berechtigungsschein versagt, weil er nicht mehr „unbescholten" sei. Er ist nämlich wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes zu sechs Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er einen unpolitischen Verein, der für politisch erklärt wurde, nicht angemeldet hatte. Das war sein ganzes Verbrechen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: Es wird bei der Zulassung zum Offizier kein konfessioneller Unterschied gemacht. Zurücksetzungen von Juden wären, wenn sie ab zu vorkämen, nicht zu billigen. Auch das Taufwasser spielt keine Rolle. — Herrn Schulz erwidere ich, daß die Erteilung des Zeugnisses zum Einjährig-Freiwilligendienst der Zivilbehörde obliegt. In dem betreffenden Falle hat das Gerichtsurteil betont, daß der Verein sozialdemokratische Tendenzen verfolgt. Auf Grund dieses Urteils ist dem jungen Mann das Unbescholtenheitszeugnis verweigert worden.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Der Kriegsminister verkehrt klare Gesetzesbestimmungen in ihr Gegenteil, indem er die Begriffe Unbestraftheit und Unbescholtenheit durcheinander wirft. Der junge Mann ist bestraft wegen Nichtanmeldung eines Vereins, den er für einen Bildungsverein ansah; das Gericht dagegen für einen politischen, und zwar wurde er — mit 6 M. Geldstrafe belegt. Und auf Grund dieser Tatsache wagt es eine Behörde, zu sagen, der junge Mann ist nicht unbescholten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist ein Skandal!) Wenn der Deutsche Reichstag seine Pflicht erkennt, muß er solche Uebergriffe zurückweisen. Die Zeiten können sich ändern und sie sind noch nicht so fern, wo auch große bürgerliche Parteien für reichsfeindlich erklärt wurden. Es ist jetzt das zweite Mal, daß der Kriegsminister über klare gesetzliche Bestimmungen hinwegvoltigiert. In unerhört brutaler Weise ist hier von der Militärverwaltung in das bürgerliche Leben eingegriffen und das Recht gebeugt worden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: Ich verwahre mich auf das energischste gegen die letzte Aeußerung. Das Unbescholtenheitsattest ist von der Zivilbehörde verweigert worden.

Abg. v. Massow (k.) klagt über die Notlage der kleinen Städte und bittet um Garnisonen für sie.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Ich bedauere, daß von den bürgerlichen Parteien keine für den jungen Mann eingetreten ist, dem schweres Unrecht geschehen ist. — Die entscheidende Kommission bestand mindestens zur Hälfte aus Militärs. Der Kriegsminister hat auch rückhaltlos die Entscheidung gedeckt. In dem polizeilichen Führungsattest des jungen Mannes hieß es, Nachteiliges sei bis auf die in Rede stehende Bestrafung nicht bekannt. Verlangt die Militärverwaltung etwa auch bei Studenten, vielleicht bei den Bonner Studenten, ein Unbescholtenheitszeugnis? Zum Schluß unserer Arbeiten haben wir ein grelles Licht fallen sehen auf die Tatsache des gleichen Rechts in Deutschland und Preußen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: Das polizeiliche Führungsattest ist später zurückgezogen worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein!) Die Ersatzbehörde kann von der Beibringung eines Unbescholtenheitszeugnisses absehen, hat es aber in diesem Fall nicht getan.

Abg. Haußmann (Vp.) entschuldigt das Schweigen der Volkspartei damit, daß heute der letzte Tag sei; die Volkspartei sei keineswegs mit dem Vorgehen der Behörde einverstanden.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Wir wenden uns gerade dagegen, daß der Kriegsminister sich „nicht veranlaßt" gesehen hat, den ablehnenden Bescheid der Ersatzbehörde abzuändern. — Bei einer verurteilenden Erklärung hätte die Zeit für jede Partei auch heute am letzten Tage gereicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Beim Titel „Ostmarkenzulagen für Militärbeamte" werden auch die Ostmarkenzulagen für die Postbeamten mit verhandelt.

Hierzu liegt ein Antrag Albrecht (Soz.) vor, allen mittleren und unteren Beamten der Postverwaltung unwiderrufliche Zulagen in Höhe der bisherigen Ostmarkenzulage zu gewähren.

Abg. Wendel (Soz.):

Der häßliche Weichselzopf der Ostmarkenzulage ist in der zweiten Lesung abgeschnitten. Schon die Entrüstung der Rechten darüber zeigt, daß es sich hierbei um eine politische Frage handelt. Wegen der wirtschaftlichen Verbesserung der Beamten hat sich die Rechte noch nie aufgeregt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Der Staatssekretär bestritt den politischen Charakter der Ostmarkenzulage. Den Hakatisten hat er damit keinen Gefallen getan; in hakatistischen Blättern wurde über seine Rede bei der zweiten Lesung geschrieben, er bot ein unerquickliches Bild nationaler Schlappheit. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Uns erscheint er im Gegenteil als

ein guter Onkel,

der uns jedesmal etwas bringt. Auch diesmal brachte er uns mit seiner Bitte, die Zulage diesmal noch zu bewilligen und als „künftig wegfallend" zu bezeichnen den Beweis, daß sie unberechtigt ist (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); denn sonst hätte er sie auch für die Zukunft mit Nägeln und Zähnen verteidigen müssen. — Wir beantragen, sämtlichen unteren und mittleren Postbeamten in Höhe der bisherigen Zulagen zu gewähren und wir sind jederzeit bereit, diesen Antrag auf alle unteren und mittleren Beamten auszudehnen. Der Staatssekretär sagte zwar: „Wenn es gilt, für die Beamten einzutreten, ist meine Stimme stark genug, um Sie zu übertönen. Aber den Beamten liegt mehr an der offenen Hand des Staatssekretärs wie an seinem offenen Mund. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen nicht 6000 Beamten etwas nehmen, sondern 200 000 etwas geben. (Zuruf im Zentrum: Deckung!) Danach hätten Sie fragen sollen, als Sie Hunderte von Millionen für Panzerschiffe bewilligten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sollten Sie unseren Antrag ablehnen, so werden wir dafür stimmen, den betroffenen Beamten und Unterbeamten eine Uebergangsentschädigung zu gewähren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetke bittet, die Ostmarkenzulage schon im Hinblick auf die preußischen Beamten zu lassen, die sie durch Gesetz erhalten. Der sozialdemokratische Antrag würde 26 Millionen erfordern. Die Sozialdemokraten haben es leicht, solche Anträge zu stellen, da sie nachher den ganzen Etat ablehnen.

Abg. Spahn (Z.) begründet einen Antrag des Zentrums, den von der Streichung der Ostmarkenzulage betroffenen Beamten eine Entschädigung in Höhe der Zulage bis zum 31. Dezember d. J. zu gewähren.

Abg. Graf Westarp (k.) tritt für die Wiedereinsetzung der Ostmarkenzulage in den Etat ein.

Abg. Schlee (natl.) desgleichen.

Abg. Seyda (Pole) spricht sich gegen die Anträge auf Wiederherstellung der Ostmarkenzulage aus. Die Beamten sollen dadurch lediglich gegen die Bevölkerung ausgespielt werden. (Oho! rechts, Beifall bei den Polen.) Die Ostmarkenzulage war lediglich ein Korruptionsfonds. Ueber den Antrag Spahn werden wir uns der Abstimmung enthalten.

Abg. Schultz (Bromberg, Rp.) bittet um Wiederherstellung der Ostmarkenzulage.

Staatssekretär Kraetke: Uns ist nichts davon bekannt, daß ein Unterschied zwischen katholischen und protestantischen Beamten gemacht würde.

Abg. Hubrich (Vp.) tritt für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Die Ostmarkenzulage bildet keinen Korruptionsfonds.

Abg. Wendel (Soz.):

Der Staatssekretär hat erklärt, wir bewilligen keine Mittel zu den Ausgaben, die wir beantragen. Es gehört ein

ungewöhnliches Maß von geistiger Ungelenkigkeit

dazu, wenn er noch immer nicht gemerkt hat, weswegen wir den Etat ablehnen. Wenn wir den Etat erst nach unseren Wünschen gestalten könnten und ich hoffe, daß wir es noch erleben (Lachen rechts), dann werden wir auch für den Etat stimmen. Die Postbeamten werden wohl zu unterscheiden wissen zwischen den Worten des Staatssekretärs und den Taten der Sozialdemokraten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove: Sie haben dem Staatssekretär ein ungewöhnliches Maß geistiger Ungelenkigkeit vorgeworfen. Nun ist zwar niemand zu geistiger Gelenkigkeit verpflichtet, aber man muß doch annehmen, daß die hier anwesenden Herren über ein gewisses Maß geistiger Gelenkigkeit verfügen. (Große Heiterkeit.)

Die Debatte schließt. In der Abstimmung wird der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Anträge auf Wiederherstellung der Ostmarkenzulage und der Antrag Schultz (Bromberg, Rp.) werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen abgelehnt, der Antrag Spahn fast einstimmig angenommen.

Bei den einmaligen Ausgaben verlangt

Abg. Hoch (Soz.)

Entschädigung für die durch die Anlage des Truppenübungsplatzes bei Bad Orb geschädigten Geschäftsleute.

Generalmajor Staab sagt Berücksichtigung zu.

Der Rest des Heeresetats wird unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Der Marineetat wird debattelos erledigt.

Beim Etat des Reichsschatzamtes führt

Abg. Ahlhorn (Vp.) Klage über Zollschikanen. Man sollte etwas mehr Vertrauen zur Ehrlichkeit des deutschen Kaufmanns haben.

Der Etat des Reichsschatzamtes wird unverändert angenommen, ebenso der Etat des Kolonialamts.

Beim Reichseisenbahnamt führt

Abg. Stolle (Soz.)

Klage darüber, daß die Schnellzüge zwischen Berlin und Leipzig hinter Bitterfeld, sobald sächsischer Boden erreicht werde, langsamer fahren. Man wolle durch diese Schikanen lediglich Sachsen zwingen, in die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft einzutreten.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp führt die Maßnahme des langsameren Fahrens auf ungünstige Terrainverhältnisse zwischen Bitterfeld und Leipzig zurück.

Der Etat des Reichseisenbahnamtes wird unverändert genehmigt, ebenso die Etats der Reichsschuld, des Rechnungshofes und des Allgemeinen Pensionsfonds.

Beim Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung meldet sich Abg. Zubeil zum Wort. Es ertönen darauf von rechts her Rufe: „Verzichten! verzichten!"

Abg. Zubeil (Soz.):

Wenn Sie heute nicht vertagen wollten, so hätten sie heute nicht hier schon acht Stunden gesessen. Wir hätten dann morgen hier ruhig noch ein Stündchen sitzen können. (Unruhe rechts, Rufe: Zur Sache!) Es kommt lediglich darauf an, ob Sie mich ruhig anhören wollen oder nicht, dann wird die Rede eben etwas länger werden. (Große Heiterkeit). Die Beamten dürfen nicht darin beschränkt werden, was sie außerhalb des Dienstes tun, besonders nicht in politischer Beziehung. Wenn die Postbeamten für die reaktionären Parteien politisch tätig sind, dann ist alles schön und in Butter (Heiterkeit), wenn sie aber für die Sozialdemokratie tätig sind, dann heißt es: Ja Bauer, das ist ganz was anderes. — Redner bringt sodann noch eine große Anzahl von Lokalbeschwerden aus Berlin, Charlottenburg, Hamburg, Breslau usw. vor. Den Unterbeamten, die ein wachsames Auge auf unredliche Vorgesetzte haben, sollte man dankbar sein und ihnen bei deren Entdeckung behilflich sein; statt dessen macht man ihnen da alle Schwierigkeiten. Kranke Unterbeamte werden nach allen Regeln der Kunst schikaniert. Wenn sie nach längerer Krankheit wieder gesund geschrieben werden, so werden sie nach dem Postamt 86 in Berlin versetzt, das sich auf dem Görlitzer Bahnhof befindet und besonders schwere Arbeit hat. Ein Oberpostschaffner, der 37 Jahre im Dienst gewesen ist, ist nach vierzehntägiger Krankheit pensioniert worden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Postetat wird bewilligt.

Ohne Debatte werden sodann der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung und der Hauptetat angenommen.

Bei der Abstimmung über den Etat im ganzen wird der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgen die zurückgestellten Resolutionen zum Etat.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wird über den Antrag des Abg. v. Normann (k.), die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen einzubringen, in namentlicher Abstimmung Beschluß gefaßt. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages Normann (k.) mit 275 gegen 63 Stimmen bei drei Stimmenenthaltungen.

Die Verkündung des Resultats wird auf der Linken mit lebhaften Bravorufen begrüßt.

Die übrigen 67 Resolutionen werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Bruhn (Ant.) wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Präsident Kaempf: Wir sind am Schluß eines Sitzungsabschnittes angelangt, der voll von Sorgen und voll von Aufregungen war. In 3½ Monaten haben wir in 69 zum Teil Dauersitzungen nicht nur den gesamten Etat, sondern eine Reihe der wichtigsten und einschneidendsten Fragen erledigt. Dank der Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit der Abgeordneten sind alle Schwierigkeiten, die sich der Erledigung gegenüberstellten, überwunden worden. (Bravo!)

Abg. Bassermann (natl.) dankt dem Präsidenten für seine wohlwollende und gerechte Geschäftsführung.

Präsident Kaempf wünscht den Dank auf das gesamte Bureau und sämtliche Angestellten des Reichstages auszudehnen. (Lebhaftes Bravo.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg: Sie stehen am Schluß eines bedeutungsvollen Sessionsabschnittes. Die feste Einigkeit, zu der sich die große Mehrheit der Volksvertretung bei der Bewilligung der Wehrvorlagen und der für ihre Deckung erforderlichen Mittel zusammengeschlossen hat, legt nach innen und außen Zeugnis ab von dem Geiste der Entschlossenheit, mit dem die Nation unter Verstärkung ihrer Friedensgarantien für ihre Macht eintritt. (Lebhaftes Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.) Mit berechtigter Genugtuung über das Geschaffene werden Sie in Ihre Heimat zurückkehren. Dem Dank, den Ihnen mit dem gesamten Vaterlande der Kaiser und die Nation zollen, darf ich hierdurch Ausdruck geben. (Lebhaftes Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Der Reichskanzler verliest darauf die Order, durch die der Reichstag bis zum 26. November vertagt wird.

Präsident Kaempf schließt die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser. (Die Sozialdemokraten haben vorher den Saal verlassen.)

Schluß 7¾ Uhr.

* * *

Berichtigung.

Im Bericht über die 67. Sitzung vom 2. Mai ist bei dem Antrage der Sozialdemokraten, die Einführung einheitlicher und das Wahlgeheimnis sichernder Wahlurnen alsbald zu veranlassen, als Redner bezeichnet Abg. Dr. Quarck (natl.). Statt dessen muß es heißen:

Abg. Dr. Quarck-Frankfurt a. M. (Soz.).

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. W., Turmstr. 49. 1. u. 5.: Nein. 2. u. 3.: Ja. 4. Ja, beim Gewerbegericht Charlottenburg. — **H. L. K. 5.** Ja, bis zur Dauer von vierzehn Tagen; jedoch kann das Krankengeld gekürzt werden. — **Streit 6.** Wenn nachgewiesen wird, daß in der gesetzlichen Empfängniszeit mehrere Männer den Beischlaf vollzogen haben, so haftet niemand. Die gesetzliche Empfängniszeit ist die Zeit von dem 181. bis zum 302. Tage vor dem Tage der Geburt des Kindes. — **Polizeihund.** Das können wir nicht enträtseln. — **Dritter.** Die Publikation besorgt das Amtsgericht von Amtswegen durch Aushang und Veröffentlichung in amtlichen Organen. — **A. B. 11.** Dafür ist ärztliches Gutachten maßgebend. Wir raten, sich an das Arbeitersekretariat, Engelufer 15 zu wenden. — **Seppl Sch. 14.** Ihr Neffe ist dazu berechtigt. Ob ratsam, müssen die Beteiligten entscheiden. — **Stammtisch von Nulleee.** 1. Ja. 2. Jedes Einkommen der Frau. — **P. M. 7.** An die Staatsanwaltschaft, event. an den Justizminister. — **P. F. 17.** Die Firma hat das Klagerecht. — **67 P. Sch.** 1. Warten Sie noch einige Wochen. 2. Wir raten ab. — **W. M. 96.** Die Inanspruchnahme eines Patentanwalts erscheint zweckmäßig; dort erfahren Sie nach persönlicher Rücksprache alles Nähere. — **G. B. 44.** Eine zur Deckung der Kosten angemessene Gebühr, worauf jedoch durch ein an sichtbarer Stelle befindliches Plakat oder vor Gebrauch mündlich aufmerksam gemacht werden muß. — **P. W. 99.** 1. und 2. Die Bürgschaftserklärung, als die man die Aeußerung auffassen könnte, ist ohne Rechtswirkung; das Gesetz erfordert Schriftform. — **G. L. 91.** Kann nur nach Einsichtnahme in das Kassenstatut beantwortet werden. — **R. W. I.** Schreibsachverständigen event. Chemiker. Adressen finden Sie im Adreßbuch, II. Teil. — **R. R. 8.** Sie können Vertragserfüllung event. Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen, falls Sie den mündlich geschlossenen Kaufvertrag beweisen können. — **L. 100.** Falls der Genannte auf Grund eines formgültigen Testaments Erbe ist: Ja. — **J. R. 9.** 1. Ja. 2. und 4. Nach Ablauf von fünf Jahren kann erneute Eidesleistung verlangt werden. 3. Nein; auch die Erben haften. — **M. S. 2.** Nein. — **M. R. 82.** Nein. — **555.** 1. So allgemein nicht zu beantworten. 2. Ja. — **R. S. 100.** 1. Ja. Der Anteil ist abhängig von dem Güterrecht, in dem die Eltern gelebt haben. 2. Auf Antrag ja. 3. Nein. — **W. 34.** 1. Soweit Ihre Angaben erkennen lassen: nein. 2. Nachteiliges nicht bekannt. — **H. S. 301.** 1. Ja. 2. Gewerbegericht, Zimmerstr. 90/91. 3. Nur für den Fall der Klageabweisung. 4. Nicht zulässig. — **J. 31.** Leider nicht. — **T. T.** Das Gesetz steht dem nicht entgegen. — **Badeort 897.** 1. bis 3. Ihre Ansicht halten wir für zutreffend, weshalb auch 4. der alte Vertrag für den Fall der Wiederaufnahme der Arbeit bei der A.-G. nicht mehr bindend ist. 5. Nach § 74 Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs nichtig. — **O. T. 44.** Besondere Literatur über diese Spezialfrage nicht vorhanden. Sie setzen sich am zweckmäßigsten mit dem Vorstande des Verbandes der freien Gastwirte, Vors.: Paul Litfin, Memeler Straße 15, in Verbindung. — **K. H. 18.** 1. u. 2. Nein. 3. Mitteilung an das Polizeirevier empfiehlt sich. — **H. 300.** Ja. — **H. K. 1.** Ja. Antrag an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission. — **O. R.** Ja.

Unserem Genossen **Fritz Hanke** und Genossin **Hertha Crusius** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche!
Die Genossen und Genossinnen des 485. Bezirks, I. Abteilung.

Todes-Anzeigen

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Wilhelm Woithe

im Alter von 61 Jahren nach langem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Mathilde Woithe
50A nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Neukölln.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Woithe

Siegfriedstr. 54 (14. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

Georg Schröder

am 19. Mai an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 23. Mai, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter

Kurt Bornemann

am 21. Mai an Lungenleiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichensammelstelle in Halensee aus auf dem Südwest-Kirchhof in Stahnsdorf statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/15 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Neukölln.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Wilhelm Woithe

Siegfriedstr. 54
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Mai, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
73/5 **Die Ortsverwaltung.**

Am Dienstag, den 21. Mai, verstarb nach schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Groß- und Urgroßmutter 1809b

Marie Benada geb. **Gerloff**

im 80. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. Mai, nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um stilles Beileid bittet im Namen der Hinterbliebenen
Agnes Fahrenwald geb. Benada.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Reinhold Brunzel** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Holzarbeiterverband meinen innigsten Dank. 35A
Wwe. **Brunzel,** Eckertstr. 13.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma H. S. Hermann und dem Wahlverein Nieder-Schönhausen sage ich für die herzliche Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes meinen herzlichen Dank. 16A
Witwe **Herta Olivier** nebst Tochter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter sagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders dem Genossen Kohler für die trostreichen Worte am Sarge der Entschlafenen, sowie dem Männerchor Boxhagen-Rummelsburg unseren herzlichsten Dank. 72A
Die trauernden Hinterbliebenen.
Berta Vetter als Tochter,
Franz Wolff als Sohn,
Rudolf Vetter als Schwiegersohn.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Hulda Blohm

sage ich allen Teilnehmern und den Kollegen der A. E.-G., Abteilung Kiste, meinen aufrichtigsten Dank.
50A **Hermann Blohm.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Von der Reise zurück
Dr. med. Freymann
prakt. Arzt 1806b*
Charlottenburg, Knobelsdorffstr. 4

Vornehme Herren-Bekleidung
fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen
Maß - Schneiderei
J. Kurzberg
auf Wunsch Wochenrate
von **1 Mark** an
Rosenthaler Strasse 40
Hackescher Markt.
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstrasse.
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Touristen-Kleidung

Touristen-Pelerinen
für Herren und Damen. Imprägnierte Loden
27, 24, 21, 18, 15, 13.50, 7.50

Touristen-Pelerinen
für Knaben u. Mädchen, imprägnierte Loden
14, 12, 11, 10, 9, 8, 6, 4.50
Unsere sämtl. Loden-Pelerinen haben abknöpfbare Kapuzen, Armdurchgriffe und Taschen

Touristen-Anzüge
praktische Faltenformen
45, 36, 30, 27, 24, 21, 18

Touristen-Joppen
zweckmäßige Loden und Formen
18, 15, 13, 10,50, 8.50, 7, 5

Touristen-Hosen
lange und kurze Hosen
15, 13.50, 12, 9, 8, 7, 6

Touristen-Hüte
5, 4.25, 3.75, 3.40, 2.90, 1.90

Touristen-Mützen
4, 3, 2.50, 2, 1.50, 0.90, 0.50

Touristen-Hemden
für Herren und Knaben
5.50, 3.75, 3, 2.25, 1.75, 1.25

Tourist.-Gamaschen
6, 5.25, 4.50, 4, 3, 2.75

Rucksäcke
8, 6.25, 5.25, 4.50, 3, 2.25, 1.35

Gummi-Mäntel	Bozener Mäntel
f. Herren u. Damen, echt engl. u. beste deutsche Fabr.	Imprägnierte Loden, oliv oder grau
45, 36, 30, 27, 24, 22⁵⁰ 12⁵⁰	30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.-

Kletterhosen	Sweater	Bergstöcke	Oeltuch-Mäntel
Stutzen	Ledergürtel	Weiche Kragen	Oeltuch-Joppen
Strümpfe	Westengürtel	Pyjamas	Oeltuch-Pelerinen
Ruderer-Kleidung	Segler-Kleidung	Bunte Wäsche	Südwester

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 — 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 — Schöneberg, Hauptstr. 10

Jeglicher Nachdruck verboten.

Der Hauptkatalog Nr. 44 (Letzte Moden) kostenfrei

Den „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Abgepaßte Fenster,
weiß und crême
p. Fenster 2³⁵, 3, 4–60 M.

Imit. Point-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M.	6⁷⁵
Elegante Sezessions-Tüll-Stores . . . . . . M.	1⁸⁵
Gestickte echte Spachtel-Stores . . . . . M.	7⁷⁵
Goldfarbige reichgestickte Band-Stores . . . M.	3⁸⁵
Tüllbettdecken, Größe 180/220 cm . . . M.	2⁵⁰
Reichgest. Erbstüll-Bettdecken . . . . . M.	6⁷⁵
Elegante Tüll-Bettrückwände . . . . . . M.	6⁷⁵

Brise-Bise (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfennig.
Nach auswärts p. Nachnahme.

Spezial-Katalog mit zirka 650 Abbildungen **gratis und franko.**

Abessinier-Pumpen

zum Selbstaufstellen für Gartenbesitzer u. Laubenkolonisten von **8 M.** an
Flügelpumpen, Gartenspritzen, Filter, Röhren, Schläuche usw. billigst.
Erdbohrer leihweise.
Karl Köchlin & Co.
Berlin SW., Alte Jakobstr. 20/22
(Mpl. 1676)

Ich bin von Brunnenstr. 138 verzogen nach 86/13
Brunnenstr. 126/127, I,
Ecke Stralsunder Str. 14.
San.-Rat Dr. Paul Marcuse.
Fernspr. u. Sprechstunde wie bisher.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz	Erstklassige Bezugsquelle
Waßstr. 18 (bereitszahn)	f. Gardinen u. Teppiche

Burgtheater - Kino und Festsäle, Schönhauser Allee 129. Säle für Hochzeiten u. Vereinsvergnügen. 4 hocheleg. Kegelbahnen. Tägl. Frei-Konzert u. Frei-Kino. **Rudolf Merz.**

Zähne 1,50 M. 10 Jahre Garantie.
Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55 (Hochbahnstation).

Drei Tropfen
Kaol
Kaol
putzen das schmutzigste Metall
spiegelblank
in Flaschen von 10 bis 50 Pf.
Ueberall zu haben.
Fabrik: **Lubszynski & Co.,** G. m. b. H.
Berlin-Lichtenberg.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Die reellsten und billigsten
Möbel
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz,** Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

79. Sitzung vom Mittwoch, den 22. Mai 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Unterstaatssekretär Küster.

Eingegangen ist ein Schreiben des Ministers des Innern, worin die Absicht mitgeteilt wird, den Landtag vom 7. Juni bis zum 22. Oktober zu vertagen.

Gesetz über die landwirtschaftliche Unfallversicherung.

(Zweite Lesung.)

Abg. Dr. **Engelbrecht** (kk.) führt aus, daß die Veranlagung zum Berufsgenossenschaftsbeitrag nach der Grundsteuer für die Bauern unerträglich sei; sie sollte nach dem Arbeitsbedarf oder nach dem Maßstab der Fläche in Verbindung mit der Grundsteuer bemessen werden. Der Redner beantragt, daß ein bei Inkrafttreten des Gesetzes bestehender Maßstab des Steuerfußes bis längstens 1. Januar 1918 beibehalten werden darf. (Beifall rechts.)

Abg. Freiherr v. **Maltzahn** (k.) schließt sich dem Vorredner an und begründet folgenden Antrag: „Ueber den Antrag einer Sektion, für örtlich begrenzte Teile einer Provinz eine besondere Genossenschaft zu errichten, beschließt zunächst die Genossenschaftsversammlung. Die Minister für Landwirtschaft und Inneres entscheiden in jedem Fall."

Unterstaatssekretär **Küster**: Ich bitte, den ersten Antrag abzulehnen, da die Berufsgenossenschaften ihre Selbstverwaltung behalten sollen; sie sind freiwillig immer mehr zu dem Maßstab der Grundsteuer übergegangen. Der zweite Antrag ist durch die Reichsversicherungsordnung überflüssig gemacht.

Abg. **Rewoldt** (fk.): Den Antrag Engelbrecht möchte ich wärmstens unterstützen. Den Antrag Maltzahn lehnen wir ab, weil er tatsächlich durch § 639 der Reichsversicherungsordnung überflüssig gemacht worden ist.

Abg. Dr. **Schröder-Kassel** (natl.): Das Grundsteuersystem hat gewiß viele Mängel; aber für manche Gebiete scheint es doch geeigneter, als das Arbeitssystem, das auch nicht so sehr gut ist. Ich halte es für falsch, die verschiedenen Möglichkeiten, die die Reichsversicherungsordnung bietet, einzuschränken. Wir werden deshalb gegen den Antrag Engelbrecht stimmen.

Abg. **Schmedding** (Z.): Auch wir lehnen den Antrag Engelbrecht ab, werden aber den Antrag Maltzahn annehmen. Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht der Berufsgenossenschaften nicht beschränken.

Abg. **Kuntze** (fk.): Eine starke Minderheit meiner Fraktion ist gegen den Antrag Engelbrecht, aus denselben Gründen, die schon Abg. Dr. Schröder-Kassel angeführt hat.

Abg. Dr. **Flesch** (Vp.): Wir werden dem Antrag Engelbrecht zustimmen, weil er dem entspricht, was wir schon im Reichstag bei der Reichsversicherungsordnung durchsetzen wollten. Unser Antrag wurde damals mit knapper Mehrheit abgelehnt. Wir werden auch die Aufhebung des § 8 der Vorlage beantragen. Dieser Paragraph bestimmt nämlich, daß der Schutz und die Sicherung der Stellung, die die Reichsversicherungsordnung den Berufsgenossenschaftsbeamten bietet, für die Beamten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften aufgehoben werden soll. Das würde nicht nur die Beamten selbst schädigen, sondern es würde auch den Eindruck erwecken, als ob die preußische Regierung hier bei der ersten Gelegenheit die Schutzbestimmungen beseitigen will, die sie im Reichstage nicht verhindern konnte. (Sehr richtig! links.)

Abg. Graf v. d. **Groeben** (k.): Man sollte die Aenderung dahin treffen, daß die Grundsteuer nicht allein als Maßstab in Betracht kommt. Sie ist ein veralteter Maßstab. Wir ändern den Antrag Maltzahn dahin, daß nicht der Minister, sondern die oberste Verwaltungsbehörde entscheiden soll.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.):

Es ist richtig, daß die Grundsteuer veraltet und der Maßstab nach dem Arbeitsbedarf der richtigere ist. Aber offenbar, weil ein gerechter Maßstab nicht zu finden ist, haben die Berufsgenossenschaften die Grundsteuer zugrunde gelegt. Immerhin muß man bei den Bedenken der Rechten stutzig werden. In den Berufsgenossenschaften haben die kleinen Grundbesitzer einen gewissen Einfluß, deshalb wollen Sie ihre Bewegungsfreiheit einschränken. Gerade weil die Reichsversicherungsordnung den Ihnen genehmeren Maßstab zuläßt, müssen die Berufsgenossenschaften Bewegungsfreiheit behalten. Wir lehnen den konservativen Antrag ab, der die Berufsgenossenschaften zersplittern will. Die Kommission hat der Vorlage eine neue Strafbestimmung hinzugefügt, sonst sie aber unverändert gelassen. Von all den Vollmachten der Reichsversicherungsordnung zur Verbesserung der Organisation der Berufsgenossenschaften machen Sie keinen Gebrauch, ebenso von den Vollmachten in Sachen der Unfallversicherung. So zeigt dieses Gesetz wieder den unsozialen Geist preußischer Gesetzgebung, weshalb wir es ablehnen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Winckler** (kons.): Der Unterschied zwischen Groß und Klein spielt in dieser Frage für uns gar keine Rolle. Die Abschaffung der Grundsteuer als Staatssteuer hat gezeigt, wie veraltet sie ist. Nehmen wir unseren Antrag an, so wird die Staatsregierung eben doch Remedur gegen die Verschiedenheiten der Grundsteuerveranlagungen schaffen müssen. Da muß der Mehrheitswille für die Verwaltung maßgebend sein. (Bravo! rechts.)

Abg. **Kuntze** (kons.): Die Grundsteuerveranlagung stiftet immer mehr Unfrieden, die Folgen haben wir bei den Reichstagswahlen gesehen. (Heiterkeit links.)

Abg. Dr. **Schröder-Kassel** (natl.): Auf mich hätte sich Dr. Liebknecht für seine Ansicht nicht berufen können.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.) weist nochmals die unsoziale Art dieses Gesetzgebungswerkes nach.

Das Gesetz wird angenommen, ebenso der konservative Antrag vom ganzen Hause bis auf die Polen und Sozialdemokraten, ebenso der freikonservative Antrag auf Streichung des Abs. 3 des § 10, jedoch erst, nachdem den Konservativen von einem amtierenden Schriftführer das Zeichen zum Aufstehen sehr lebhaft gegeben worden war.

Beim Gesetz über die Erweiterung des Stadtkreises Trier wird ein Rückverweisungsantrag an die Gemeindekommission gegen das Zentrum, die Fortschrittlichen und Sozialdemokraten angenommen.

Einige kleinere Vorlagen, Staatsverträge usw. werden debattelos erledigt.

Der Diätenantrag

aller bürgerlichen Parteien will Freifahrkarten für ganz Preußen und statt der Tagegelder Anwesenheitsgelder schaffen. Er wird vom

Abg. **von Ditfurth** (kons.) begründet, der auf den schwachen Besuch des Hauses hinweist. Heute haben die Abgeordneten nur freie Fahrt zwischen ihrem Wohnort und Berlin und 15 M. pro Tag, ohne Rücksicht auf ihre An- oder Abwesenheit. Die Abgeordneten müssen sich im Lande umsehen können. Der Eisenbahnfiskus würde weniger einbüßen, als der Fiskus an Reisekostenersatz zu Beginn und am Schluß der Tagungen ersparen würde. Sollen wir, die die Kontrolle der Eisenbahnen auszuüben haben, schlechter gestellt sein, als die Reichstagsabgeordneten? Durch die gehässige Kontrolle der Anwesenheit gewinnen die Reichstagsdiäten den Charakter des Tagelohns, statt der Aufwandsentschädigung. Wir wollen kein Berufsparlamentariertum, alle Berufe müssen am Parlament teilnehmen. Ich bin entschieden gegen eine schikanöse Kontrolle.

Abg. Dr. **Dittrich** (Z.) kritisiert die jetzige Freifahrt. Die jetzige Diätenzahlung hat keine Mißstände gezeitigt. Haus und Kommissionen waren stets gut besetzt. Den Mitgliedern der freien Berufe würden die Anwesenheitsgelder die Annahme von Mandaten bedeutend erschweren. (Sehr wahr!) Wir brauchen Vertreter des Mittelstandes, Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker, Geistliche. (Rufe der Sozialdemokraten: Arbeiter! — Gegenrufe rechts.)

Abg. **Witzmann** (natl.): Unsere Meinungen sind geteilt. Nur 20 von uns sind für den Antrag. (Heiterkeit.) Diese wünschen Freifahrt für die ganze Wahlperiode. Krankheit und wirkliche Verhinderung soll unbedingt anerkannt werden, die Kontrolle darf nicht so sein wie im Reichstag. — Ich beantrage Ueberweisung an die Geschäftsordnungskommission.

Abg. v. **Bockelberg** (kons.): Der würdigste Zustand wäre ja die Diätenlosigkeit, die sich im Lande des Parlamentarismus par excellence, England, immer noch erhalten hat. Aber die Neuzeit ist davon abgekommen. Eine Minderheit meiner Fraktion ist für das Reichstagssystem. Der Redner polemisiert gegen den Abg. v. Ditfurth und meint, mit den Freifahrkarten würde man besonders die Bäder aufsuchen. Wir lehnen es ab, uns die Rede v. Ditfurths zu eigen zu machen und die Mehrheit unserer Partei bittet, seinen Antrag abzulehnen. (Hört! hört! links.)

Abg. Freiherr v. **Zedlitz** (fk.): Die außerhalb Berlins wohnenden Abgeordneten müßten höhere Tagegelder erhalten als die in Berlin wohnenden. Es sollte Freifahrt nach dem Wahlkreis gewährt werden. Wir alle sind uns noch so unklar über die Sache, daß die Regierung dazu nicht Stellung nehmen kann. Ich beantrage eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. **Gyßling** (Vp.): Dem stimmen wir zu. Gegen das Reichstagssystem haben wir die größten Bedenken. Das Fehlen der Hälfte des Zentrums bei der Wahlrechtsfrage wird diese Reform vielleicht beschleunigen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Abg. v. **Saß-Jaworski** (Pole) ist auch für eine Reform namentlich der Freifahrt.

Abg. **Hirsch-Berlin** (Soz.):

Ich muß zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Regierung, die neulich bei der Wahlrechtsfrage durch Abwesenheit geglänzt hat, bei dieser Beratung, die doch wahrlich mehr eine innere Angelegenheit des Hauses ist, die Güte hat, anwesend zu sein. (Sehr gut! links.) Der jetzige Zustand ist insofern unhaltbar, als die Beschlußfähigkeit des Hauses sehr selten vorhanden ist. Ich begreife nicht, wie gerade der Abg. Dr. Dittrich von ordnungsmäßiger Besetzung des Hauses sprechen kann, da doch gerade seine Partei erst vorgestern bei der Beratung der Wahlrechtsanträge zu einem großen Teil gefehlt hatte. Es ist kein erbaulicher Zustand, wenn die Abstimmungsliste zeigt, daß bei einer solchen Frage 47 Mitglieder des Hauses ohne Entschuldigung gefehlt haben, davon nicht weniger als 33 vom Zentrum. (Hört! hört! links.) Abg. Busch hat gestern gesagt, seine Freunde wären durch Abstimmungen im Reichstag verhindert gewesen, hier zu erscheinen. Nun, von den 33 unentschuldigt fehlenden Zentrumsmitgliedern sind nur vier Reichstagsmitglieder. (Erneutes lebhaftes Hört! hört! links.) Unsere mangelhafte Geschäftsordnung gibt nicht die Möglichkeit, die Beschlußfähigkeit anzuzweifeln. Die Beschlußunfähigkeit kann sich hier nur bei namentlichen Abstimmungen herausstellen, und da diese nur möglich sind, wenn 50 Mitglieder das Verlangen danach unterstützen, ist es bei der Anwesenheit von nur 40 Mitgliedern unmöglich, die Beschlußunfähigkeit zu konstatieren! (Hört! hört! links. Abg. Hoffmann: 40 Mann sind hier immer beschlußfähig! Heiterkeit.) Wir sechs sind fast immer vollzählig zur Stelle, so vollzählig, daß wir Ihnen lästig sind. (Zustimmung rechts und lebhafte Heiterkeit.)

Durch die Einführung der Freifahrt zwischen Berlin und dem Wohnort der Abgeordneten hat sich die Präsenz keineswegs verbessert, denn die Abgeordneten können jetzt jederzeit gratis nach Hause fahren. Der Abg. v. Dittfurth hat das unwürdige Vorgehen einiger Abgeordneten gestreift, die vor Schluß der Tagung nach Hause fahren und ihre Freifahrtkarten hierher schicken und dke sich so die Reisekosten verschaffen. Wir haben wiederholt auf dieses unwürdige Vorgehen hingewiesen. Wir halten die

Freifahrtkarten für die ganze Monarchie

für notwendig, damit sich die Abgeordneten im ganzen Lande informieren können. Es ist nicht wahr, daß der Minister in den Fällen einer notwendigen Informationsreise Freikarten ausstellt. Er hat einem bürgerlichen Abgeordneten dies „mit Bedauern in Rücksicht auf die bestehenden Bestimmungen" versagt. (Hört! hört!) Wenn uns ein solcher Bescheid würde, könnte uns das ja nicht weiter wundern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf keinen Fall darf die Regelung so getroffen werden wie im Reichstag. Nach der Reichstagsmethode kann ein Abgeordneter, der in seiner Wohnung z. B. an einem Gericht ungleich intensiver arbeitet, als wenn er im Parlament sitzt und nichts tut, einen Diätenabzug erleiden, oder ein Abgeordneter, der in der Provinz wohnt, aber hier erkrankt und ins Krankenhaus aufgenommen werden muß. Statt daß in einem solchen Fall berücksichtigt würde, daß dem Mann weit höhere Ausgaben erwachsen, werden ihm die Diäten abgezogen! Auch wir wollen kein Berufsparlamentariertum; wir wollen, daß sich Angehörige aller Berufe zu Abgeordneten wählen lassen können. In bezug auf die Diäten scheint es uns richtig, es beim bisherigen Zustand zu belassen. Wenn wir dem Antrag selbst zustimmen, so behalten wir uns unsere Entscheidung nach den Ergebnissen der Kommissionsberatung und dem weiteren Verlauf der Angelegenheit vor. Aber von vornherein müssen wir uns darüber klar sein, daß solche Abgeordnete, die erst durch die Drohung mit Entziehung der Diäten zur Pflichterfüllung veranlaßt werden, ruhig zu Hause bleiben können. Wandel kann nur geschaffen werden, wenn jedes Mitglied sich nicht nur seines Rechtes bewußt ist, sich wählen zu lassen, sondern auch seiner Pflicht, an den Arbeiten des Hauses Anteil zu nehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kleines Feuilleton.

Die ersten stenographischen Verhandlungsprotokolle. Für das parlamentarische Leben beginnt die Sommerruhe und damit auch die Ferienzeit für die schwergeplagten Parlamentsstenographen, durch deren Eifer und Geschicklichkeit wir während der Verhandlungen täglich die rednerischen Taten der Volksvertreter kennen lernen. In diesem Zusammenhange mag daran erinnert werden, daß die ersten stenographischen Aufzeichnungen über die Verhandlungen großer Körperschaften bereits auf das stattliche Alter von 1500 Jahren zurückblicken können. Schon die alten Römer kannten stenographische Aufzeichnungen; die Reden Ciceros gegen Catilina wurden stenographisch aufgenommen, und die Abkürzungen, die der Sklave Tiro erfunden hat, sind unter dem Namen „tironische Noten" in die Geschichte der Schrift übergegangen. Die ersten stenographischen Verhandlungsprotokolle aber (in unserem Sinne) wurden auf dem nordafrikanischen Provinzialkonzil aufgenommen, das um die Wende des Jahres 411 unter dem Vorsitz des Augustinus in Karthago stattfand, und mit der Verurteilung der Donatisten endete. Aus einer Schilderung dieses Konzils, die der Augustinusforscher Ohlmann veröffentlicht hat, geht hervor, daß sämtliche Verhandlungen zwischen den 556 Bischöfen stenographisch nachgeschrieben wurden, und zwar weist die Art der stenographischen Nachschrift eine geradezu überraschende Aehnlichkeit mit den Formen auf, die sich in dem modernen Parlamentswesen finden. Wie heute so lösten sich auch damals die Stenographen in einem bestimmten Turnus ab, und während neue Kräfte die durch das Schreiben ermüdeten Stenographen ersetzten, übertrugen diese in gesondertem Raume ihr Stenogramm in die gewöhnliche Schrift.

Sämtliche stenographisch aufgenommenen Reden wurden dann den einzelnen Bischöfen zur Korrektur vorgelegt, die darin etwaige Verbesserungen anbrachten, und dann erst wurden sie als authentisches Verhandlungsmaterial von eigens dazu angestellten Schreiber in die Reinschrift übertragen. Auf diese Weise ist es gelungen, von dem berühmten Provinzialkonzil Aufzeichnungen zu erhalten, die sich mit den modernen Parlamentsprotokollen in jeder Hinsicht vergleichen lassen und noch nach 1500 Jahren einen genauen Einblick in die oft stürmischen Verhandlungen der römisch-katholischen und donatistischen Bischöfe gewähren.

Aus den Anfängen der Briefmarke. Das gewaltige Anwachsen des Briefverkehrs bei großen Betrieben hat, wie man weiß, in neuester Zeit zu Versuchen geführt, die Frankatur der Sendungen mit maschinellen Hilfsmitteln zu vereinfachen, und die Briefmarke, die bisher als der Inbegriff aller Einfachheit und Bequemlichkeit galt, sieht sich in ihrer Alleinherrschaft bedroht. Dabei ist der Gebrauch der Postwertzeichen an Stelle des vom Absender im Voraus in bar erlegten Portos erst 72 Jahre alt. Der Erfinder der Briefmarken war der Engländer Rowland Hill, der im Jahre 1795 in Kidderminster das Licht der Welt erblickte, und der auf seiner Reise durch Zufall Zeuge eines klug ersonnenen Versuches wurde, die Post um das Porto zu betrügen. In der Erkenntnis, daß die Höhe der Posttaxen derartige Machenschaften geflissentlich begünstigte, verfaßte er eine Denkschrift: „Die Postreform, ihre Wichtigkeit und Möglichkeit", in der er der Regierung die Herabsetzung der Tarife und die Einführung einer als Ausweis der geleisteten Portozahlung dienende Quittung empfahl. Die von der Regierung zur Prüfung der Sache eingesetzte Kommission sprach sich über Hills Vorschläge, die geeignet seien, „den Interessen des Handels und gleichzeitig der geistigen Entwicklung der unteren Klassen schätzbare Dienste zu leisten", überaus günstig aus. Zwei Jahre später wurden die Beschlüsse der Kommission vom Parlament zum Gesetz erhoben und Hill zur Leitung des Postamts berufen, um das neue System zu organisieren. Am 10. Januar 1840 wurde dann für England unbeschadet der Verkehrsentfernung der einheitliche Postsatz von 1 Penny eingeführt. Das Ergebnis dieser Neuerung übertraf die kühnsten Erwartungen. Während im Jahre 1840 der Briefverkehr nur die Ziffer von 1½ Millionen beförderter Sendungen aufwies, war er 10 Jahre später bereits auf 7 239 962 gestiegen. Fast zehn Jahre lang beschränkte sich der Gebrauch der Briefmarken nur auf England und seine Kolonien. Erst am 1. Januar 1849 wurde sie in Frankreich, 1850 in Deutschland und dann nach und nach in den anderen Staaten eingeführt. Mit dem Jahre 1849 begann auch die Leidenschaft der Briefmarkensammler zu erwachen, die ständig an Intensität und Verbreitung gewann.

Ein neuer Triumph der Telephonie ohne Draht. Nach einer Mitteilung der „Times" haben erfolgreiche Versuche mit Telephonie ohne Draht auf Veranlassung des Kriegs- und Marineministeriums in Italien stattgefunden. Es gelang, zwischen Monte Mario bei Rom und der Station Recco di Vela auf der Insel Maddalena an der Küste von Sardinien eine telephonische Verbindung auf diesem Wege zu bewirken. Die Entfernung beider Orte beträgt etwa 250 Kilometer. Die Uebertragung war von größter Deutlichkeit. Auf der römischen Station wurde ein langer Zeitungsartikel verlesen, der von Maddalena aus wiederholt wurde. Die Stimme war so scharf erkennbar, daß die Bedienung der Station in Sardinien sofort bemerkte, daß die Person des Vorlesers in Rom einmal gewechselt wurde. Es bleibt abzuwarten, ob sich dies ausgezeichnete Ergebnis auch bei ungünstiger Witterung wiederholen wird.

Musik.

Nicht eigentlich eine Operette, sondern der richtige Typus des altösterreichischen rührsamen Volksstückes sind die „Reichen Mädchen", die am Dienstag im Lessingtheater vom Gastspiel des Johann-Strauß-Theaters aus Wien aufgeführt wurden. Der Text, für den Ferdinand Stollberg zeichnet, behandelt in gemütlichst primitiver Weise die stets neue alte Geschichte von der reich und protzig gewordenen Familie, die mit einem Schlage wieder verarmt. Nur der Vater, der alte Michael Karinger, ist und bleibt der schlichte und ernste Arbeitsmann, der bei seinem Ruin nun die Freude hat, das unechte Vornehmheitsgesindel aus seinem Hause hinauswerfen zu können und mit dem Vorrat von Treue, der ihm noch bewahrt wird, ein neues und innigeres Leben anzufangen.

Die Karinger-Rolle ist Alexander Girardi auf den Leib geschrieben — das Schlichte dem Schlichten, das Innige dem Innigen, das Natürliche dem Natürlichen, der nicht gerade über einen weiten künstlerischen Reichtum verfügt, aber in seinem eigenartigen Ich etwas bringt, für das man gern so und so viele Künste hingeben möchte. Wie er den ruinierten und nun vom Leid erlösten Familienvater spielt, das läßt einem auch das ertragen, was sonst ringsum Minderwertiges kommt. Die Musik ist „von" Johann Strauß; der Theaterzettel spricht von „drei Akten zu einer Musik von" usw. Was mögen das wieder für Zusammenstückelungen sein, die einem da hin- und herrütteln und kaum durch einen oder den anderen Tanzsaalwalzer beruhigen! — Gerda Walde und Carlo Böhm verdienen eine Hervorhebung. sz.

Notizen.

— Theaterchronik. Der Wedekind-Zyklus im Deutschen Theater beginnt am 1. Juni und bringt folgende sechs Werke: 1. Juni: „So ist das Leben", 4. Juni: „Hidalla", 6. Juni: „Daha", 10. Juni: „Erdgeist", 12. Juni: „Musik" und 14. Juni: „Marquis von Keith". Es gibt ermäßigte Zyklusbillette für Parkettplätze.

— Plattdeutsch in der Volksschule. Das Provinzialschulkollegium in Schleswig beabsichtigt, dem Plattdeutschen einen größeren Raum im Lehrplan der Schulen Schleswig-Holsteins zu gewähren.

— Ein Fichtedenkmal. Leider kann niemand dafür einstehen, was nach seinem Tode mit seinem dann vogelfreien Namen und Schaffen geschieht. Die Erben verfügen darüber. Aber viel schlimmer noch sind die Aasgeier des Ruhmes, die eines Tages einen Namen und ein Werk, das Klang gewann, plündern und mißbrauchen. Wir haben das bei Fichte vor einigen Jahren in der groteskesten Form erlebt, als Bülow und Genossen Fichte für sich reklamierten. Ein Denkmal, das in diesen Tagen in Fichtes Geburtsort Rammenau errichtet wurde, bestätigt diese betrübliche Erfahrung. Ein Hauptmann war da als Vertreter der Familie, die Fichte einst unterstützt hatte, der Ortsgeistliche und ein Amtshauptmann besorgte das weitere. Einen Glückwunsch sandte ein Herr v. Fichte, der es bis zum Obersten gebracht hat. Das war die Fichtegemeinde!

— Strindberg und die schwedische Akademie. Strindberg hat sein Leben lang mit der Niederträchtigkeit kleinlicher Gegner zu tun gehabt. Der blamable Nachruf der amtlichen Postzeitung, den wir bereits wiedergaben, zeigte, wie diese Gehässigkeit seinen Tod überdauerte. Und dieses Blatt ist das Organ des Präsidenten der schwedischen Akadmie — C. af Wirsén. Dieses ebenso unfähige wie boshafte Institut der Akademie, das der selige Dynamitfabrikant Nobel zur Verteilung seines Literaturpreises für geeignet hielt, dürfte also zu weiteren Schandtaten gerüstet sein, ohne daß es zu befürchten hat, daß einer der mit ihren Preisen Beschändeten ihm das Geld vor die Füße wirft.

Abg. Haußmann (natl.) wünscht Ablehnung des Antrages E. Dittfurth, der jedoch an eine besondere Kommission überwiesen wird.

Der Antrag Viereck (fk.) betreffend Befreiung der Beamten, Lehrer, Geistlichen und Gendarmen in Posen von den Schulkostenbeiträgen wird angenommen. Ein Antrag v. Zedlitz (fk.) auf Ergänzung des Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen ihrer Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt geht an die verstärkte Justizkommission. Eine Petition um etatsmäßige Anstellung der Justizkanzleigehilfen wird zur Erwägung überwiesen.

Der Präsident teilt mit, daß auch am 7., eventuell 8. Juni noch Sitzungen sein sollen.

Donnerstag, 10 Uhr: Petitionen, Besitzbefestigungsgesetz, Arbeitsscheuengesetz, Vertagungsantrag der Regierung, Binnenschiffahrtsanträge.

Schluß ½5 Uhr.

Aus der Partei.

Eine Kundgebung für die Haltung der Sozialdemokratie in der Polenfrage.

Das Exekutivkomitee der polnischen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs hat an den Genossen Abgeordneten Borchardt folgendes Schreiben geschickt:

Sehr geehrter Genosse!

Mit tiefer Bewunderung erfüllt uns Ihr mutiges Auftreten im preußischen Landtag, Ihre Stellungnahme gegen die nationale Unterdrückung und Entrechtung. Gemeinsam mit Ihnen erheben wir lauten Protest gegen das junkerliche volksfeindliche Preußen. Wir hegen unsere herzlichste Sympathie für die Genossen, welche den Kampf gegen den preußischen Junker- und Polizeistaat führen. Dieser Sympathie geben wir in diesem Schreiben Ausdruck, das wir im Namen der Parteivertretung der polnischen Sozialdemokratie an Sie richten.

Mit Brudergruß

Das Exekutivkomitee der polnischen Sozialdemokratie Galiziens und Schlesiens.

Gemeindewahlsieg in Deutschböhmen. Der dritte Gemeindewahlkörper in der nordböhmischen Stadt Niemes wurde von unseren Genossen gegen die vereinigten „Deutschfreiheitlichen" und Klerikalen glänzend erobert.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Schon wieder ein klagender Minister!

Anfang April erschien in der Danziger „Volkswacht" unter der Ueberschrift: „Osterode" ein Artikel, der sich in Form eines Stimmungsbildes mit dem Fall Emersleben beschäftigte, der zur Vernichtung zweier Menschenleben führte. Jetzt hat gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Danziger Parteiblattes, den Genossen Schröder, der Kriegsminister Strafantrag wegen Beleidigung der deutschen Armee gestellt. Was an dem beanstandeten Artikel „beleidigend" sein soll, ist unerfindlich.

Gewerkschaftliches.

Die „Berliner" und die „München-Gladbacher".

Das Organ der katholischen Fachabteilungen „Der Arbeiter" bringt in seiner letzten Nummer eine Einladung zum Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin). Das Organ kann sich hierbei nicht verkneifen, auf die „Fortschritte" hinzuweisen, die der katholische Gedanke in der christlichen Arbeiterbewegung in der letzten Zeit erzielt hat, obwohl der Kampf gegen diesen katholischen Gedanken in der Arbeiterbewegung gerade von Katholiken (lies M.-Gladbacher Gewerkschaftsrichtung) am allerschlimmsten geführt worden ist. Dennoch:

„Ueberall in der zivilisierten Welt raffen sich die katholischen Arbeiter auf, sich unter dem Banner des Papstes und der Bischöfe gewerkschaftlich zu organisieren. Seit dem denkwürdigen Briefe Pius X. an den Grafen Medolago ist die Gewerkschaftsfrage für Italien im katholischen Sinne entschieden worden; in Frankreich hat die Enzyklika über den „Sillon" mit den Wahnideen des sozialen Interkonfessionalismus aufgeräumt; in Belgien stellten sich die Gewerkschaften rückhaltlos auf den Boden der päpstlichen Weisungen; in Holland wachen die Bischöfe eifersüchtig darüber, daß die katholischen Arbeiter nicht den interkonfessionellen, sondern den katholischen Syndikaten beitreten; in England regt sich der Widerspruch der katholischen Männer und Frauen gegen die reinwirtschaftlichen „Trades Unions", und mit heldenmütiger Begeisterung entschlossen sie sich zur Gründung katholischer Gewerkschaftsverbände, um nicht durch längere Zugehörigkeit zu den auf nacktestem Egoismus aufgebauten Arbeitergilden an Leib und Seele Schaden zu nehmen; in Amerika regt sich das gleiche Verlangen, vom welterneuernden Geist der Kirche die Berufsorganisationen der Arbeiter durchdringend leiten zu lassen; in Kanada namentlich macht die katholische Gewerkschaftsbewegung erfreuliche Fortschritte, das gleiche wäre zu melden von Südamerika, von Spanien usw.; nur in Deutschland sucht man auf katholischer Seite mit allen Mitteln die katholische Arbeiterorganisation zugunsten der interkonfessionellen Gewerkschaften niederzuhalten.

Das kann uns aber nicht entmutigen, wenn überall auf dem weiten Erdenrund die aus Katholiken gebildeten Gewerkschaften die Fahne des Kreuzes aus der Hand der katholischen Kirche empfangen, und sie im sicheren Schutz des Papsttums, des Felsenhortes der Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe, mitten in den auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses gerichteten Bestrebungen entrollen, dann brauchen wir uns trotz aller Anfeindungen auch in Deutschland nicht zu fürchten."

Also in anderen Staaten sind die katholischen Arbeiterorganisationen, die die „Fahne des Kreuzes aus der Hand der katholischen Kirche" empfangen, über die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften gestellt worden mit Hilfe Roms und der Bischöfe. In Deutschland ist es noch nicht so weit, aber man hofft in Fachabteilerkreisen, und das ist schon etwas.

An anderer Stelle des Organs wird auf die Sorgen hingewiesen, die in den christlichen Gewerkschaftskreisen Platz gegriffen haben, nach dem die Fuldaer Bischofskonferenz der christlichen katholischen Arbeiterschaft die bekannten und bestimmten Leitsätze diktierte. Und mag das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, wie das in seiner letzten Nummer geschieht, sich noch so anstrengen, das Gegenteil zu behaupten, es bleibt wahr, daß man außerhalb der christlichen Gewerkschaften schon längst angefangen hat, Rom und den Bischöfen Konzessionen zu machen. Wir rechnen in erster Linie die Streikbruchtaten der christlichen Gewerkschaften dazu. Und als weitere Konzession betrachten wir das im Vordergrunde der Agitation aufgestellte Prinzip der „Gewerbesolidarität" mit den schlimmsten Ausbeutern und frechsten Junkern. Und wir rechnen dazu das Wettkriechen mit den Gelben oder diesen verwandten Organisationen um die Gunst hoher und höchster Behörden und Unternehmer. Aber das alles würde Rom und den Bischöfen nicht genügen und wie in anderen Ländern auch in Deutschland über die christlichen Gewerkschaften endgültig den Stab brechen, wenn nicht hinter diesen noch andere Mächte ständen, die die katholische Kirche zurzeit nicht umgehen oder ignorieren kann.

Dennoch ist die Lage der christlichen Gewerkschaften keine beneidenswerte und Herr Stegerwald hat keine Ursache, sich aufs hohe Pferd zu setzen, wenn er und seine Freunde an die internationale Konferenz der christlichen Gewerkschaften in Zürich zurückdenken und sich die Haltung vergegenwärtigen, die sie jetzt gegenüber den letzten bischöflichen Kundgebungen eingenommen haben, wird ihnen von selbst die Kluft auffallen müssen, die zwischen der Haltung bezw. Taktik der christlichen Gewerkschaften von damals und heute liegt. Und erst die Wandlung in der Haltung der christlichen Gewerkschaften zu den freien Arbeiterorganisationen? Das frühere Verhältnis zueinander besteht nicht mehr, durch die Schuld der christlichen Gewerkschaften und ihrer Hintermänner. In Lohn- und Arbeitskämpfen gibt es keine unsicheren Kantonisten mehr wie die christlichen Gewerkschaften.

Wenn hier das Zentralblatt widerspricht, und darauf hinweist, daß die christlichen Gewerkschafter doch Hunderttausende Mark für Streiks ausgegeben haben, so ist das nicht ganz klar ausgedrückt. Die christlichen Gewerkschaften waren in Aussperrungen verwickelt, die den größten Teil der Streikunterstützungen absorbierten. Sie konnten diesen Aussperrungen nicht so aus dem Wege eilen, wie z. B. die christliche Keramorganisation das bei der letzten Porzellanarbeiteraussperrung getan hat. Und es ist in den verschiedensten Berufen den christlichen Gewerkschaften auch noch nicht möglich, solche Kunststückchen aufzuführen, wie im Bergbauberuf, wo es sich seit Hausham gezeigt hat, wie weit es mit den christlich gewerkschaftlichen Aktionen gekommen ist. Die katholischen Fachabteilungen haben es bisher nicht so schlimm getrieben wie die christlichen Gewerkschaften von Hausham ab bis zum Ruhrbergarbeiterstreik.

Es bleibt also schon so, die christlichen Gewerkschaften haben eine Entwickelung genommen, über die sich die katholischen Fachabteilungen vergnügt die Hände reiben können. Und alle anderen Arbeiterfeinde auch.

Berlin und Umgegend.

Die streikenden Stukkateure hielten am Dienstag eine Versammlung ab. Wie bekannt war, sollten am selben Tage Verhandlungen stattfinden. Durch die Hinauszögerung des Verhandlungstermins trat der Zustand ein, daß der bisherige Verhandlungsleiter Herr v. Schulz in die Ferien fuhr. Auf Anraten der Arbeiter wurde Herr v. Schulz von beiden Parteien ersucht, die weiteren Verhandlungen zu führen. Weitere Verhandlungen sollen am Donnerstag, den 23. Mai, stattfinden.

Die Unternehmer haben ihrer Leitung Prokura erteilt und diese hält nun den geeigneten Augenblick für die Bewilligung der achtstündigen Arbeitszeit noch nicht für gekommen. Deshalb werden die Verhandlungen seitens der Unternehmer, die schon in großen Lettern schrieben: „Wir sind bereit" zu verhandeln, hingezogen. Die Unternehmer rechnen damit, daß ein Teil der Streikenden zum Pfingstfest abtrünnig wird. Mit dieser Rechnung sind die Unternehmer allerdings hineingefallen, die Spekulation auf das Pfingstfest ist zu schanden geworden. Der Standpunkt der Unternehmer ist nur verständlich, wenn man weiß, daß die Unternehmer einen Beschluß des Arbeitgeberbundes von 1909 zu befolgen haben, nach welchem eine Verkürzung der Arbeitszeit nur nach vorausgegangenem verlorenen Kampf gewährt werden darf. Die streikenden Stukkateure erklären einstimmig, daß sie einen Vertrag ohne achtstündige Arbeitszeit und ohne Erhöhung des Minimallohnes nicht abschließen werden. Erklären die Unternehmer bei den nächsten Verhandlungen nicht, wie weit sie den Streikenden entgegenkommen, so wird es nötig sein, daß andere Maßnahmen getroffen werden. So ist die Stimmung der Streikenden. Einstimmig fand eine Resolution Annahme, in der die Streikenden erklären, einmütig im Ausstand weiter zu verharren.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung.

Die Firma Stübner, Zigarrenfabrik, Steglitz, Schloßstr. 115, hat seit Beginn der Bewegung den Lohn, der mit ihr tariflich vereinbart war, nicht voll bezahlt. Dieselbe hat verschiedentlich mit Erfolg versucht, durch Unterabmachungen ihre tariflichen Pflichten zu umgehen. Den vorstellig gewordenen Vertretern des Verbandes wies man brüsk die Tür. Diese Handlungsweise hat zur Folge, daß obige Firma aus der Tarifliste gestrichen worden ist. Die Firma Rob. Stübner-Steglitz ist gesperrt.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehilfen ist zu berichten, daß annähernd 600 Bewilligungen eingelaufen sind. Es ist dies, wenn man die scharfmacherischen Umtriebe einzelner Arbeitgeber in Betracht zieht, ein immerhin beachtenswerter Erfolg. Durch die Sympathie der öffentlichen Meinung für unsere Bewegung sehen sich die anfangs am schärfsten gegen unsere Forderungen agitierenden Meister veranlaßt, den Tarif anzuerkennen. Einzelne Arbeitgeber stimmen darüber laute Klagegesänge in der bürgerlichen Presse an, hauptsächlich weil sie glauben, daß durch die Bewilligung ihr Herrenstandpunkt eine Abnutzung erfährt. Am Schlusse eines kleinen Artikels im „Lokal-Anzeiger" vom 19. Mai wird der dringende Appell an alle Friseure Groß-Berlins gerichtet,

„sich dadurch nicht irre machen zu lassen und ein Aufoktroyieren des Vertrages als eine unberechtigte Einmischung in die Rechte des einzelnen energisch zurückzuweisen".

Zur besseren Kontrolle, ob in den einzelnen Betrieben die geringen Forderungen der Friseurgehilfen erfüllt sind, dient eine neue weiße Kontrollkarte mit rotem Rand- und ebensolchem Querstrich. Kollegen die bei einem Arbeitgeber arbeiten, der den Tarif noch nicht anerkannt hat, haben laut Beschluß der letzten Versammlung die Arbeit aufzugeben und dies sofort dem Bureau zu melden.

J. A.: G. Bolz, Obmann der Lohnkommission.

Die Mineralwasserarbeiter der Firma G. Künkel-Schöneberg, Helmstr. 5, welche sich bekanntlich wegen des rigorosen Vorgehens des Unternehmers im Streik befinden, haben inzwischen anderweitig Beschäftigung gefunden. Wie wir schon berichteten, paßt das aber dem Mineralwasserfabrikantenverein nicht. Der Vorsitzende Herr Rudolf Busse, Engelufer 6, der ebenfalls seine Ware sehr gern an Restaurateure, Kaufleute, Grünkramhändler und Kantinen absetzt, hat nun bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß Kutscher in denselben Betrieben Arbeit nicht erhalten dürfen, anderen Falles seine Mitglieder mit Geldstrafen oder Ausschluß bedroht werden. Ein derartiges Vorgehen ist umso befremdender, als die Herren Fabrikanten von den Kutschern sogar verlangen, sich auch nach neuer Kundschaft zu bemühen, um auf diese bequeme Art einen Reisenden zu ersparen.

Wenn die Arbeiterschaft auch schon daran gewöhnt ist, auf die schwarze Liste gesetzt zu werden, so ist das Vorgehen dieser Unternehmer, die zwar oftmals hochtönende Firmenköpfe, in der Regel „Dr. so und so" tragen, doch um so unverständlicher, als es sich nur um Kleinbetriebe handelt, die meist nur 5—10 Arbeiter überhaupt beschäftigen. Die hygienischen Verhältnisse spotten oftmals jeder Beschreibung, die erlassenen Unfallverhütungsvorschriften stehen nur auf dem Papier, hier würde die Gewerbeinspektion ein sehr dankbares Feld ihrer Tätigkeit finden, dies um so mehr, als die Gefahren der im inneren Betrieb Beschäftigten ganz besonders große sind. Bei der bestreikten Firma G. Künkel trifft dies besonders zu. Auch dieser „gute Mann" hat es sich nicht träumen lassen, daß seine Arbeiter mal Ernst machen würden, provoziert sind dieselben recht oft worden. Daß er als Arbeitgeber nun selbst auf den Kutscherbock steigen mußte, um wenigstens einen Teil der Kundschaft, die mit vieler Mühe und selbst oftmals mit materiellen Mitteln der Kutscher erworben wurde, zu halten, gibt dem Unternehmer, der sonst immer weidlich auf die Arbeiterschaft schimpfte, hoffentlich genügend Veranlassung, besser nachzudenken.

Die bei der Kundschaft verbreitete Nachricht, daß der Streik beendet, ist falsch, für die organisierte Arbeiterschaft bleibt der Betrieb gesperrt. Auch sind die Differenzen bei der Firma Dr. Lohmann Nachf. L. Ladisch, Berlin N., Bergstr. 52, noch nicht aufgehoben. Im übrigen verweisen wir darauf, daß die in der Getränkeindustrie beschäftigten und im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Arbeiter sich im Besitz einer Legitimationskarte befinden, die nur Gültigkeit hat, wenn dieselbe allmonatlich abgestempelt wird. Wer nicht im Besitz einer Kontrollkarte ist, gilt als Unorganisierter und muß als solcher behandelt werden. Die Konsumenten sowohl als auch die große Zahl der Mitglieder im besonderen werden ersucht, stets nach der Kontrollkarte zu fragen.

Die Branchenleitung der Mineralwasserarbeiter und Kutscher des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Achtung, Schuhmacher! Das Verbandsbureau, Blankenfeldestraße 10, ist am Pfingstsonnabend, nachmittags von 2 Uhr ab, und am Dienstag (3. Feiertag) gänzlich geschlossen. Die für Montag und Dienstag fälligen Unterstützungen werden am Sonnabend, vormittags von 10—12 Uhr ausgezahlt.

Zentralverband der Schuhmacher,
Ortsverwaltung Berlin.

Der Abwehrstreik der Kutscher von der Firma Albert Voß, Tempelhof, Berliner Str. 1 (Schwerfuhrwerksbetrieb) dauert fort. Wie bereits kurz gemeldet, haben die Kutscher dort die Arbeit niedergelegt wegen der Schwierigkeiten, die ihnen aus Anlaß ihrer Zugehörigkeit zum Verbande gemacht wurden und wegen eines tätlichen Angriffs auf ihren Vertrauensmann, den der Fuhrwerksinspektor Herr Keil, der Stiefsohn von dem alten Herrn Voß, unternahm. Die Kutscher fordern Anerkennung ihrer Organisation, anständige und menschliche Behandlung sowie Wiedereinstellung ihres gemaßregelten Kollegen. Die Firma Voß sucht ihren Betrieb mit Arbeitswilligen aufrecht zu erhalten. Die Rausreißer, die sie bekommen hat, sind aber alles andere nur keine zuverlässige Kutscher. Dieses gab der Fuhrwerkbetriebsinspektor Keil bei einer Verhandlung, die am gestrigen Abend zwei Vertreter des Transportarbeiterverbandes zwecks Beilegung der Differenzen mit ihm hatten, selbst zu. Herr Keil, der anfangs nicht geneigt war, mit den Organisationsvertretern verhandeln zu wollen, erklärte nunmehr, damit das Renommee der Firma nicht mehr unter dieser Differenz leide, sei er gewillt die Sache dadurch aus der Welt zu schaffen, daß er von den Streikenden nach den Pfingstfeiertagen soviel Mann einstelle, wie ihm fehlen würden. Von den jetzigen Arbeitswilligen müsse er einige Leute im Betriebe behalten. Natürlich müsse ihm auch die Auswahl der Leute, welche wieder eingestellt werden sollten, überlassen bleiben. In bezug auf die Mißhandlung des Vertrauensmannes der Kutscher erklärte Herr Keil, daß er „denselben nur gestoßen" habe; der Sachverhalt sei wie folgt: Es sei ihm durch einen Gendarm am Freitag die Mitteilung gemacht worden, daß dieser in der Baukantine auf dem Tempelhofer Felde aus einem Nebenzimmer gehört habe, wie der Vertrauensmann der Kutscher dem Transportarbeiterverbande telephonisch Nachricht wegen Entlassung eines Kutschers gegeben hätte. Deswegen habe er den betreffenden Kutscher abends auf dem Fuhrhofe zur Rede gestellt und ihn bei dem entstandenen Wortwechsel nur gestoßen. Dagegen behauptet der Kutscher, daß er ins Gesicht geschlagen worden sei. Die Kutscher haben das Anerbieten des Betriebsleiters einmütig abgelehnt. Der Streik wird so lange fortgeführt werden, bis den Kutschern ein besseres Entgegenkommen seitens der Firma Voß gebracht wird.

Die Kutscher und Arbeiter Berlins werden ersucht, strikte darauf zu achten, daß der Fuhrbetrieb A. Voß, Tempelhof, als gesperrt zu betrachten ist.

Die Gewerkschaftsbewegung in Spandau.

Durch die Herausgabe von Fragebogen im Jahre 1911 und im Jahre 1912 ist es gelungen, Vergleiche über die Entwickelung der einzelnen Gewerkschaften anzustellen. Auch konnte durch diesen Fragebogen festgestellt werden, wieviel von den einzelnen Gewerkschaften an Unterstützungen gezahlt wurden. Der Fragebogen, der sich auch auf die von den einzelnen Gewerkschaften geführten Lohnbewegungen bezog, ergab auch die Möglichkeit, festzustellen, wieviel von den Lohnbewegungen erfolgreich bezw. teilweise erfolgreich geführt wurden.

Der Spandauer Unterkommission gehörten bei Herausgabe der Fragebogen 21 Gewerkschaften an. Sämtliche dieser Gewerkschaften haben die Fragen beantwortet.

Die Zahl der am Orte gewerkschaftlich Organisierten hat sich gegenüber dem Vorjahre um 529 Mitglieder gehoben, so daß am Schlusse des Jahres 1911 den freien Gewerkschaften 4580 Mitglieder angehörten. Ihren Mitgliederbestand erhöht haben 12 Gewerkschaften, 6 Gewerkschaften hatten einen Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen, während 3 Gewerkschaften den bisherigen Bestand aufwiesen.

An Unterstützungen wurden von den Gewerkschaften verausgabt:

An Streikunterstützung	20 312,56	M.
„ Gemaßregeltenunterstützung	932,50	„
„ Arbeitslosenunterstützung	17 426,09	„
„ Krankenunterstützung	9 165,99	„
„ Beerdigungsbeihilfe:		
für Mitglieder	412,50	„
für Ehefrauen der Mitglieder	50,00	„
für Kinder der Mitglieder	90,00	„
„ Reiseunterstützung	484,70	„
„ Rechtsschutz	294,20	„
„ Extraunterstützung	424,60	„
Insgesamt wurde die Summe von an Unterstützungen gezahlt.	49 593,14	M.

An Lohnbewegungen mit Arbeitsniederlegung waren 11 Gewerkschaften in 18 Fällen mit 1051 Mitgliedern beteiligt. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden in 28 Betrieben mit 2015 Beteiligten geführt. Von den mit Arbeitsniederlegung geführten Bewegungen hatten 16 vollen und 2 Bewegungen teilweisen Erfolg. Von den ohne Arbeitsniederlegung geführten Bewegungen waren 14 mit vollem und 14 mit teilweisem Erfolg zu verzeichnen. Durch diese Bewegungen gelang es 12 Gewerkschaften, am Orte Tarife mit den Unternehmern abzuschließen.

Zur Erledigung der Geschäfte der Gewerkschaften und zur Agitation wurden von den Gewerkschaften 998 Sitzungen und Versammlungen abgehalten.

Wenn auch die Zunahme der Mitglieder der Gewerkschaften nicht befriedigen kann, so ist doch das eine festzustellen, daß sich die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten von Jahr zu Jahr erhöht. Die Unternehmer sind aus diesem Grunde gezwungen, mit den Gewerkschaften zu rechnen. Aufgabe der einzelnen Gewerkschaften ist es, die noch abseits stehenden Berufskollegen heranzuziehen, dann wird es auch möglich sein, in Spandau bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu erringen.

Deutsches Reich.

Schwarze Hyänen. In Bayreuth sind die Gemeindearbeiter in einen kleinen Konflikt mit der bürgerlichen Mehrheit der Stadtvertreter geraten, weil sie die ihnen von den Herren präsentierte Versorgungskasse nicht mit Jauchzen als eine unverdiente Wohltat entgegengenommen, sondern sich erlaubt haben, in einer Versammlung gegen das unzulängliche Machwerk Stellung zu nehmen, worauf der Magistrat beschloß, die Sache zunächst ruhen zu lassen, bis die Arbeiter sich weiter erklärt hätten. Kaum hatten die christlichen Drahtzieher davon gehört, so witterten sie auch schon Morgenluft für ihre Zersplitterungspläne. Von auswärts erschien ein christlicher Sekretär auf dem Plan, um eine schwarze Organisation unter den Gemeindearbeitern zusammenzubringen, die in den schwebenden Konflikt mit dem Magistrat in der bekannten Weise eingreifen soll dadurch, daß sie sich mit der famosen Versicherungskasse befriedigt erklärt und den Scharfmachern in der Gemeinde den nötigen Rückhalt gibt, weitere Zugeständnisse zu verweigern. In Bayreuth ist aber kein Boden für solche Elemente.

Ausland.

Der Minimallohn der Bergarbeiter.

London, 20. Mai. (Eig. Ber.) In neun Revieren aus 22 haben die durch das Minimallohngesetz geschaffenen Lohnämter ihre Arbeit vollendet und es ist jetzt möglich, die Resultate des großen Bergarbeiterstreiks einigermaßen zu übersehen. In keinem Revier ist es den Arbeitern gelungen, ihre Lohnforderungen ganz durchzusetzen. In einigen Fällen besteht ein großer Unterschied zwischen dem Gewollten und dem Erreichten. In Südwales, wo die Verhandlungen des Distriktsamts vorläufig stille stehen, herrscht eine große Erbitterung über den Schiedsspruch Lord Aldwyns, der den unterirdisch beschäftigten Tagelöhnern einen Minimallohn von nur 4 Schilling und 6½ Pence zugesprochen hat. Die Arbeiter be-

hauptet, daß der Schiedsrichter die Absichten des Gesetzgebers nicht beachtet, daß er sich an die Höhe der Gedinge und nicht an den Durchschnittslohn gehalten habe. Aehnliche Klagen über die falsche Auslegung des Gesetzes kommen aus Northumberland, wo die Mindestlöhne der Hauer als zu niedrig empfunden werden. Am besten scheinen noch die Bergarbeiter Lancashires abgeschnitten zu haben, die für die Hauer 7 Schilling verlangten und $6^1/_2$ Schilling erzielten und die Mindestlohnforderungen für die anderen Arbeiterkategorien glatt durchgesetzt haben. Es scheint durchaus kein Zufall zu sein, daß man in Südwales, wo man am ehesten bereit war, die Arbeit wieder aufzunehmen, am wenigsten und in Lancashire, wo man am längsten und hartnäckigsten kämpfte, am meisten erzielt hat. Die bis jetzt bekannten Abmachungen und Entscheidungen beweisen aber auch die Richtigkeit der Behauptungen der Bergarbeiter während des Streiks, daß nämlich unter dem von der Regierung vorgeschlagenen System der Schiedsrichter die Arbeiter ganz von dem sozialen Verständnis oder Unverständnis der als Schiedsrichter fungierenden Person abhängig sind. In Lancashire hatten die Bergarbeiter das Glück, die Unternehmer zu bewegen, eine von der Arbeiterschaft geschätzte Person, den Grafschaftsrichter Bradbury, als Schiedsrichter anzunehmen. Derselbe Herr setzte auch für Nordstaffordshire die Lohnsätze fest. In einem Begleitschreiben an das Distriktsamt dieses Reviers äußert sich der Richter wie folgt in bezug auf die Grundsätze, die ihn bei der Fällung des Entscheids leiteten: „Wenn nicht ganz außergewöhnliche Umstände bestehen, ist nach meiner Ansicht ein Mindestlohn von 5 Schilling den Tag für einen arbeitstüchtigen, unterirdisch beschäftigten Mann nicht zu hoch, wenn man die besonderen Schwierigkeiten und Gefahren, die die Arbeit in einer Kohlengrube mit sich bringt, in Betracht zieht."

Auf den 21. Mai ist eine Konferenz der Bergarbeiterföderation Großbritanniens nach London einberufen worden, auf der die in den einzelnen Revieren erzielten Resultate erörtert werden sollen. Die Bergarbeiter von Südwales und Northumberland werden hier ihre Klagen vorbringen.

Nachstehend sei eine Zusammenstellung der schon festgesetzten hauptsächlichen Mindestlöhne nebst den ursprünglichen Forderungen der Arbeiter gegeben:

Reviere	Geforderte Mindestlöhne			Erzielte Mindestlöhne		
	Hauer	Taglöhner Männer	Knaben	Hauer	Taglöhner Männer	Knaben
Südwales	7 s $1^1/_2$ p bis 7 s $7^1/_2$ s	5 s	2 s	—	4 s $6^1/_2$ p	—
Northumberland	6 s—7 s 2 p *)	5 s	2 s	$5^1/_2$ s bis 5 s 8 p *) 5 s	4 s 9 p 4 s	2 s 2 s
Kleine Zechen						
Durham	6 s $1^1/_4$ p	5 s	2 s	$5^1/_2$ s *)	4 s 9 p	2 s
Cumberland	$6^1/_2$ s	5 s	2 s	6 s	—	2 s
Lancashire	7 s	5 s	2 s	$6^1/_2$ s	5 s	2 s
Cleveland	5 s 10 p	5 s	2 s	5 s 4 p	4 s 8 p	2 s
Nordstaffordshire Cheadle-Distrikt	6 s—7 s	5 s	2 s	6 s 6 s	5 s $4^1/_2$ s	2 s 2 s
Süderbyshire	$6^1/_2$ s	5 s	2 s	6 s	$4^1/_2$ s	2 s
Leicestershire	7 s 2 p	5 s	2 s	6 s 2 p	4 s 10 p	1 s 7 p
Forest of Dean	5 s 10 p	—	—	5 s $2^1/_2$ p	—	—

*) In Northumberland und Durham erhalten die verheirateten Arbeiter freie Kohle, freie Wohnung; auch wird die Gemeindesteuer von den Zechen bezahlt, so daß der Mindestlohn der verheirateten Arbeiter in Wirklichkeit täglich mindestens einen Schilling höher ist als der angegebene.

Gerichts-Zeitung.

Nach dem Kaisermanöver.

In den Kaisermanövern des Jahres 1907 scheint die Schießlust bei den Truppen einiger Regimenter nicht groß gewesen zu sein. Das ist wenigstens aus den Umständen zu entnehmen, die der vorliegende Rechtsstreit enthüllt:

Bei den Westfälischen Kaisermanövern im Jahre 1907 hatte das 82., 83. und 158. Infanterie-Regiment in der Nacht vom 10. zum 11. September Biwak bei **Daseburg** in der Nähe von **Warburg** bezogen. Als die Truppen wieder abgerückt waren, wurden auf den Biwakplätzen unheimlich viel Platzpatronen gefunden. Das ganze Terrain soll übersät mit Platzpatronen ausgesehen haben. Von den Lumpensammlern sind etwa **42 Zentner Patronen** gesammelt und verkauft worden. Zum Teil wurde mit den Patronen Unfug getrieben. Knechte und Mägde steckten die gefundenen Patronen zwischen die Garben des Hafers und ließen sie in der Dreschtrommel zerspringen, einzelne Schmiedegesellen legten sie auf den Herd und erschreckten damit den Meister. Dem Beispiel der Großen folgten die Schuljungen, welche die noch glimmenden Biwakfeuer durch Brennmaterial von neuem speisten und dann Patronen hineinwarfen. Hierbei ist der neunjährige Sohn des Kaufmanns St. aus Daseburg verunglückt. **Ein Stück der Patronen sprang ihm ins rechte Auge** und machte es untauglich. St. hat darauf **Klage** gegen den **Reichsmilitärfiskus** erhoben und ausgeführt, daß der Fiskus dafür einzustehen habe, daß die Patronen nicht von der Bagage gesammelt und die Biwakfeuer nicht gelöscht worden sind.

Das **Landgericht Paderborn** und **das Oberlandesgericht Hamm** vertrat die Ansicht, daß der Fiskus in Ausübung eines staatlichen Hoheitsrechtes gehandelt habe und deshalb nicht verantwortlich zu machen sei. Das Oberlandesgericht lehnte diesen Gesichtspunkt ab, es führt zur **Begründung** aus, daß die **privatrechtliche Haftung** Geltung gewinnt, wenn der Fiskus bei der **Verwahrung des fiskalischen Gutes** die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht läßt. Zu dem erwähnten fiskalischen Gut rechnet das Oberlandesgericht auch die **Verwahrung der Munition.** Das Oberlandesgericht entnimmt aber aus den Zeugenaussagen der Offiziere und Unteroffiziere, daß die Biwakfeuer beim Verlassen des Biwaks nicht mehr gebrannt haben. Allerdings seien **besondere Anweisungen** zum Absuchen der Biwakplätze nach Patronen **nicht gegeben** worden, doch sei es ganz natürlich, daß Gegenstände, die nach dem Biwak noch gefunden wurden, abgegeben würden. **Ein Fehler im System sei nirgends zu ersehen.** Auch aus § 831 B. G.-B. sei der Anspruch nicht begründet. Der Beweis einer schuldhaften Unterlassung auf seiten der Offiziere oder Unteroffiziere sei nicht geführt. Um Verrichtungen besonderer Art habe es sich nicht gehandelt; die in Frage kommende Aufsicht habe jedem Unteroffizier anvertraut werden können. — Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts **hatte der Kläger Revision** beim Reichsgericht eingelegt, jedoch ohne Erfolg. Das **Reichsgericht** hat die Revision am Dienstag **zurückgewiesen** und das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt.

Rennunfug.

Eine Radauszene, die sich bei dem Sechstagerennen abgespielt hatte, beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Angeklagt war der „Manager" **Max Moses.** — Der Angeklagte war anläßlich der six days im Sportpalast als Manager für die amerikanischen Rennfahrer tätig. Am 7. Februar befand sich der Kaufmann L. auf der Bahn und warf, als er anläßlich eines „Spurts" der Rennfahrer von dem anstürmenden Publikum an die Barriere gedrückt wurde, mehrere auf der Brüstung stehende Biergläser auf die Bahn herunter, die dort in tausend Stücke gingen und die dort stehenden Ablösungsmannschaften der Amerikaner in Gefahr brachten. Der Angeklagte geriet hierüber, da er der Meinung war, daß L. die Gläser absichtlich auf die Bahn geworfen habe, um die Siegeschancen der Amerikaner zu verringern, in große Erregung und versetzte dem L. einen regelrechten Boxhieb vor die Brust. Als der Angeklagte zwei Tage später den Zeugen mit einer nicht gültigen Karte im Innenraum der Bahn betraf, wiederholte sich diese Szene. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er durch das ganze Auftreten des Zeugen sich zu der Mißhandlung habe hinreißen lassen.

Das Gericht erkannte an, daß der Angeklagte in einer von seinem Standpunkt aus begreiflichen Erregung gehandelt habe und verurteilte ihn nur zu 25 M. Geldstrafe.

Der Untergang der „Titanic" vor dem Schöffengericht.

Die Erörterungen über den **Untergang der „Titanic"** haben eine Privatklage gezeitigt, die Herr Guglielmo **Marconi** zu Eglehurst, Fawley in England, und der geschäftsführende Direktor der **„Marconi" Wireless Telegraph Company Limited"** gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitung „Die Welt am Montag", Alfred **Scholz** angestrengt haben. Der Privatkläger **Marconi** ist der weltbekannte Erfinder der drahtlosen Telegraphie, der zweite Privatkläger Godfrey Charles **Isaacs** zu London, der Direktor der in London domizilierenden, der Verwertung der drahtlosen Telegraphie dienenden Gesellschaft, deren Direktion u. a. Marconi selbst angehört. — Die „W. a. M." veröffentlichte am 29. April unter der Ueberschrift **„Der Gemütsmensch Marconi"** einen Artikel, in welchem behauptet wurde, der geniale Erfinder habe skrupellos bei der „Titanic"-Katastrophe den Schmerz und die Qual Tausender zugunsten seiner Gesellschaft in bar gemünzt. Er habe bei der Untersuchungskommission in Washington selbst zugegeben, daß mit seinem Wissen und Willen die Gesellschaft zu selbstsüchtigen Zwecken die Katastrophe ausgebeutet habe. Von der Marconi-Gesellschaft seien absichtlich die Folgen des Unglücks verschwiegen, sie habe zu diesem Zweck den Telegraphisten des Schiffs „Carpathia" bestochen und Marconi habe selbst hinter diesem peinvollen Schweigen gestanden, welches tagelang über dem Schicksal der 2500 „Titanic"-Menschen lag und die vielen Tausende der Angehörigen auf den Gipfel der Verzweiflung trieb.

Marconi und der Direktor seiner Gesellschaft haben auf Grund dieses Artikels eine Privatklage angestrengt, die sich auf die §§ 185 und 186 stützt. Die Privatkläger wollen gerichtlich festgestellt sehen, daß die in dem Artikel behaupteten Tatsachen erweislich unwahr seien. Weder Marconi selbst noch die Gesellschaft habe den Versuch unternommen, aus den Vorgängen beim Untergange der „Titanic" einen Vorteil herauszuschlagen, insbesondere sei es völlig erfunden, daß der Telegraphist der „Titanic" oder der der „Carpathia" von irgendeinem Mitgliede der Gesellschaft veranlaßt worden sei, Nachrichten zurück zu halten oder daß eine irgendwie geartete Beeinflussung stattgefunden habe.

Die Verhandlung dieser Klagesache, bei welcher es voraussichtlich zu einer umfangreichen Beweiserhebung kommen wird, wird vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte — möglicherweise noch vor den Gerichtsferien — stattfinden.

Aus der Frauenbewegung.

Dienstmädchenbewegung.

Die Dienstmädchenbewegung in Oesterreich macht langsame aber sichere Fortschritte. Kürzlich fand die erste Generalversammlung der „Einigkeit" statt, bei der berichtet wurde, daß im ersten Jahr fast 1000 Mädchen dem Vereine beigetreten sind. Auch eine Stellenvermittelung fungiert bereits. Eine eigene Zeitung besteht nun auch schon ein ganzes Jahr und erfreut sich großer Beliebtheit. Rechtsschutz wurde schon vielen Mädchen mit Erfolg gewährt. Die Christlichsozialen, die sich früher nie um die Dienstmädchen gekümmert haben, obwohl seit 1908 ein Verein christlicher Dienstmädchen besteht, läßt die Tätigkeit unseres Dienstmädchenvereins nicht ruhen. Am 12. Mai veranstalteten sie eine christliche Dienstmädchenversammlung, bei der die bekannten christlichsozialen „Arbeiterführer" **Kunschak** und **Spalovsky** als Redner erschienen. Selbst der **Vizebürgermeister** der Stadt Wien hielt vor den Dienstmädchen eine Rede. Und alle, alle schimpften sie über die Sozialdemokraten. Es war aber auch eine ganze Gruppe von unserer „Einigkeit" anwesend und eines der Mädchen meldete sich zum Wort. Mutig interpellierte sie den Vizebürgermeister, warum die Christlichsozialen, die doch im Landtag die Majorität besitzen, kein besseres Gesetz für Dienstmädchen geschaffen haben. Als sie die Lage der Dienstmädchen schilderte, erntete sie stürmischen Beifall auch bei den christlichen Mädchen, die von Nonnen in die Versammlung geführt worden waren. Die Christlichsozialen entzogen dem klassenbewußten Dienstmädchen das Wort. Die Sozialdemokraten hätten so viel verlangt, behaupteten sie, daß nicht mehr gemacht werden konnte. Zur Beleuchtung wollen wir nur anführen, daß die Sozialdemokraten im niederösterreichischen Landtag eine gesetzliche unterbrochene **achtstündige Nachtruhe** verlangt haben. Und diese Forderung wurde **abgelehnt!** Schließlich wurden die Mädchen aufgefordert, ihre Frauen beim Kaffee, wo sie gewöhnlich guter Laune sind, zu bitten, auch dem Verein beizutreten!

Und das wichtigste: Zwei Stunden täglich, nach getaner Arbeit, solle jedes Mädchen für den **eucharistischen** Kongreß Blumen machen und Spitzen häkeln. Im übrigen sollen sie sich in allen Notfällen an die Schutzpatroninnen der Dienstmädchen, an die **„heilige Notburga"** und an die **„heilige Zita"** wenden.

Zur Bekämpfung des Mädchenhandels.

Die seit 1885 in England bestehende Jüdische Vereinigung zum Schutze von Mädchen und Frauen gibt in ihrem Berichte für 1911 bemerkenswerte Angaben über die Ursachen der Prostitution und die Wirksamkeit der heute geübten Abhilfemaßregeln. Die in Häfen, auf Bahnhöfen, in Obdach- und Fürsorgeheimen geleistete Hilfsarbeit erstreckte sich 1911 auf 541 weibliche Personen, wovon 60 nichtjüdische, von denen 17 zeitweilig in Heimen untergebracht, 524 an Londoner Adressen, Schiffe oder Eisenbahnstationen geleitet wurden. Darunter waren 15 alleinreisende Mädchen unter 14 Jahren. Einschließlich dieser reisenden Personen hatte die Hilfsarbeit 692 neue Fälle zu behandeln. In 158 Fällen handelte es sich um Ueberwachung während der ganzen Auslandsreise bis zum Bestimmungsort. In 132 Fällen wurden Erkundigungen eingezogen und Rat erteilt. Unter den übrigen Fällen handelte es sich in 55 um Mädchen, die ein unsittliches Leben führten, 6 Ueberwachungen von Kindern (darunter auch schon sittlich verdorbene) und 48 Untersuchungen von Häusern oder Personen, die im Verdacht des Mädchenhandels standen. Nur in 3 Fällen war es möglich, Mädchen der Gefahr zu entreißen und wieder ihrer Heimat zuzuführen. Ein mageres Ergebnis bei einem Jahresaufwand von fast 37 000 M.!

Dabei soll die ersprießliche Wirksamkeit des Vereins außerhalb des eigentlichen Gebiets des Mädchenhandels nicht verkleinert werden. Wie wenig Wirkung aber all dies Kurieren an Symtomen nur haben kann, zeigt die Aeußerung des Berichts: „Wir alle waren betroffen über die Zunahme der Zahl junger Mädchen von 16 bis 20 Jahren, die zu einem unsittlichen Leben verleitet wurden. . . . Ein wohl zu beachtender ursächlicher Faktor ist hierbei **Unsicherheit der Arbeit,** namentlich in den Saisongewerben. . . . Aeußerste Armut und elende Umgebung auf der einen Seite, Verführung und der Schein von Freude und Fülle auf der anderen!" Ein erfreulicher Fortschritt der Einsicht ist es, wenn die Schlußbemerkung dieses Teils als wünschenswertes Heilmittel die **Verbesserung des Schulwesens** bezeichnet. Noch besser wäre es, wenn die neugewonnene Erkenntnis sich dahin erweiterte, daß mit der Ertüchtigung zum Leben und zur Arbeit die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen, die Hebung des Solidaritätsgefühls und die Ausdehnung der sich aus ihm ergebenden Rechte und Pflichten Hand in Hand gehen muß.

Versammlungen.

Ein Protest der Zelluloidarbeiter.

Seit Jahren schon steht die Arbeiterschaft der Zelluloidindustrie in einer Bewegung, um die Behörden zu veranlassen, Schutzbestimmungen gegen die große Feuersgefahr bei der Verarbeitung von Zelluloid zu gewähren. Die Verbände der Holzarbeiter, Fabrikarbeiter und Buchbinder sind gemeinsame vorgegangen und haben am 8. März 1910 an Reichstag und Bundesrat eine Petition gerichtet, in der ausreichender Schutz für die Zelluloidarbeiter gefordert wurde. Daraufhin hatten die Zelluloidindustriellen eine Gegenschrift herausgegeben und Stellung genommen gegen die Forderungen der Arbeiter. Die Regierung verhandelte mit den Vertretern der Industriellen, weigerte sich aber, auch die Vertreter der Arbeiter zu hören und erklärte sogar, daß die Organisationsvertreter der Arbeiter nicht die geeigneten Leute wären, um in dieser Frage mitsprechen zu können. Die Petition hatte nicht den gewünschten Erfolg, trotzdem sie von der Petitionskommission der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurde und der Reichstag dieser Empfehlung zugestimmt hatte. Von einer reichsgesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit will man nichts wissen und verweist auf die landesgesetzlichen Vorschriften, die aber den Forderungen der Arbeiter nicht gerecht werden. Am 7. Mai 1910 ist eine Verordnung in Preußen erlassen worden, „Grundsätze", welche die Gewerbeinspektoren als Anhalt bei ihren Maßnahmen zu benutzen haben. Aber diese Verordnung soll nicht allgemein gelten; die Beamten sind „bei der Anwendung der „Grundsätze" **nicht unbedingt an ihren Wortlaut gebunden",** sondern dem eigenen Ermessen der Beamten ist viel Spielraum gelassen. Man hielt diese Verordnung zuerst geheim und händigte sie nur „interessierten Unternehmern" aus, bis es den Arbeitern endlich gelang, sich Kenntnis davon zu verschaffen. Seit 1908 haben die Arbeiter die Frage in der Oeffentlichkeit behandelt, denn zahlreiche Brände von Zelluloidfabriken, die viele Menschenopfer kosteten, machten die Frage eines ausreichenden Schutzes immer dringender.

In einer Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Zelluloidindustrie, die am Montagabend im „Englischen Garten" stattfand, besprach **Julius Hildebrand** die Situation, wie sie durch die abweisende Behandlung der Petition für die Arbeiter gegeben ist. Er legte die dringende Notwendigkeit des geforderten Schutzes dar und erklärte, daß die Arbeiter nicht nachlassen könnten, Schutzbestimmungen zu verlangen. In den letzten 10 Jahren zählte man, soweit Nachrichten zu erlangen waren, 222 Tote bei Bränden und Explosionen in Zelluloidfabriken. Scharf kritisierte der Redner die preußische Verordnung, deren Ausführung auch noch zweifelhaft sei, wenn das Interesse der Unternehmer in Frage kommt. Gegen die Behauptung des Regierungsvertreters, daß die Vertreter der organisierten Arbeiter nicht geeignet wären, in Angelegenheiten, wo es sich um Lebensinteressen der Arbeiter handelt, ein entscheidendes Wort mitzusprechen, legte er energischen Protest ein und unterbreitete den Versammelten die folgende Resolution:

„Die Versammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Zelluloidindustrie protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Stellung des Bundesrats in der Frage des größeren Schutzes der Arbeiterschaft gegen die Brandgefahren des Zelluloids. Die preußische Verordnung entspricht bei weitem nicht den Anforderungen, die die Arbeiter zu stellen berechtigt sind. Die Freigabe von 5 Kilo Material trägt die Gefahr aus der Fabrik auch in die Wohnhäuser und setzt nicht nur die Arbeiter der Industrie, sondern auch unbeteiligte Mitbewohner den Gefahren aus. Nach wie vor halten wir an der Forderung fest, daß in solchen gefährlichen Betrieben jugendlichen Personen bis zum 18. Lebensjahre die Beschäftigung untersagt wird. Gleichzeitig protestiert die Versammlung gegen die Behauptung des Ministerialdirektors Herrn Dr. Caspar in der Reichstagssitzung vom 20. März d. J., daß Arbeiter, insbesondere Organisationsvertreter, als Sachverständige ungeeignet sind. Gleichzeitig ersucht die Versammlung den Vorstand des Verbandes, die Petition vom Februar 1910 unter Nachtragung des neuen Materials bei Reichstag und Bundesrat wiederum einzureichen."

Der Reichstagsabgeordnete **Brey-Hannover** hielt als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion eine Ansprache, in der er hervorhob, daß Arbeiterforderungen immer erst nach heißen Kämpfen zur Anerkennung gelangen, und wenn sie noch so sehr von Recht und Billigkeit diktiert werden. Er ermunterte zum Ausharren und versicherte, daß die sozialdemokratische Fraktion der Frage des Arbeiterschutzes stets die gebührende Aufmerksamkeit widmen werde.

Die Reden wurden sehr beifällig aufgenommen. Der Vorsitzende wies dann auf die Notwendigkeit der Organisation besonders hin und wandte sich ebenfalls gegen die Herabsetzung der Organisationsvertreter als Sachverständige in Arbeiterangelegenheiten, denn diese seien jedenfalls viel besser geeignet, ein sachverständiges Urteil zu fällen, als irgendein Kaufmann, der als Fabrikant nur seinen Profit im Auge hat, der aber von dem Regierungsvertreter andächtig angehört wird. — Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am Montag im Gewerkschaftshause ihre Generalversammlung ab, in der der **Geschäfts- und Kassenbericht** vom ersten Quartal auf der Tagesordnung stand. Er liegt in den „Mitteilungen" der Zahlstelle gedruckt vor. Die Mitgliederzahl ist wiederum gestiegen, und zwar um 850, so daß die Zahlstelle am Quartalsschluß 8915 Mitglieder hatte, unter ihnen 5184 weibliche. Den stärksten Anteil an dem Mitgliederzuwachs hat diesmal die Kartonbranche, die bekanntlich eine Lohnbewegung durchzukämpfen hatte, welche zum Abschluß eines Tarifvertrages führte. Es sind in dieser Branche auch viele Heimarbeiterinnen für den Verband gewonnen worden, und es werden besondere Maßnahmen getroffen, sie der Organisation dauernd zu erhalten. Im übrigen zeigt der Bericht, daß in den verschiedenen Branchen viel darauf verwendet werden mußte, bestehende Tarifverträge voll zur Geltung zu bringen und Tarifbrüchen entgegenzuwirken. Der Bericht vom paritätischen Arbeitsnachweis weist an eingetragenen Arbeitslosen 784 männliche und 1225 weibliche auf. Stellen wurden gemeldet für Gehilfen 1467, davon besetzt 1307; für Arbeiterinnen 2202, von denen 1788 durch den Nachweis besetzt wurden. Aus dem Bibliotheksbericht ist hervorzuheben, daß der Bücherbestand von 2012 auf 2022 Bände gestiegen ist. Die Quartalsabrechnung schließt für die Zentralkasse mit der Bilanzsumme von 62 725,60 M. ab. An Arbeitslosenunterstützung wurden für weibliche Mitglieder 7646,25 M., für männliche 11 748,85 M. ausgegeben; an Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder 3564,20 M., für männliche 2741,15 M. Infolge des Lohnkampfes in der Kartonbranche ist diesmal der größte Ausgabeposten der für Streikunterstützung, und zwar mit 26 588,65 Mark. Außerdem verursachte die Streikbewegung noch 11 923,85 Mark Ausgaben der Lokalkasse. Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen samt dem alten Bestand 95 929,40 M., ihre Ausgaben 26 058,20 M., so daß als Bestand am Quartalsschluß 69 871,29 M. übrig blieben. — Die Generalversammlung erteilte den beiden Kassierern sowie der ganzen Ortsverwaltung einstimmig Decharge. Es folgte dann die Aufstellung der Kandidaten für eine Ersatzwahl zum Verbandsvorstand; die Wahl selbst findet durch Urabstimmung statt, deren Termin noch bekannt gegeben wird.

Ergänzung. In dem Versammlungsbericht der gestrigen Nummer unter Verband der Bureauangestellten muß es im zweiten Absatz heißen: In der Diskussion wurde scharf gerügt, daß in den wichtigsten Fragen die Angestellten von den Rendanten **und den Vorständen** gar nicht gehört würden.

Aus aller Welt.

Mittel gegen Unzufriedenheit.

Aus **London** wird uns geschrieben: Die Unzufriedenheit der Massen, der Ursprung dieser Erscheinung und die Frage, wie diese Unzufriedenheit aus der Welt zu schaffen ist, bilden seit einiger Zeit das Hauptthema der bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften Großbritanniens. Besonders ergiebig ist die Diskussion über das vertrackte Problem, an dem alle bürgerliche Sozialreformer arbeiten, nämlich wie man Omeletten machen kann, ohne Eier zu zerbrechen. Die „Daily Mail" veröffentlichte in den letzten Tagen eine Artikel-

ferie über die „Arbeiterunruhe" von dem bekannten Romanschriftsteller Wells. Wells zeiht hier die herrschenden Klassen unter anderem der Genußsucht und der Unfähigkeit und versucht sie zu überzeugen, daß sie Opfer bringen müssen. Auf den gedankenlosen millionenköpfigen Leserkreis der „Daily Mail" wird der packende und anregende Stil Wells' seine Wirkung nicht verfehlt haben. Schon werden im reaktionären Lager Stimmen laut, die der „Daily Mail" die schwersten Vorwürfe machen. Der Schriftsteller hat die „Sunday Chronicle", ein Blatt, das in den oberen Kreisen viel gelesen wird, offenbar zur besinnungslosen Wut getrieben. Es wettert gegen den Apologeten der Arbeiterklasse und droht: „Kein größerer Fluch hat je eine Nation getroffen als der, den die Vereinigung des Agitatoren und Apologeten bringt. Was den Staatsmännern heute am meisten not tut, ist die Macht, furchtlos zu ermahnen, wo die Ermahnung nötig ist. Die Hetzer und Entschuldiger müssen verbannt werden. Den Apologeten kann man durch den sozialen Ostrazismus (Ächtung) treffen und den Agitator durch eine angemessene Warnung, daß die Strafe ser Deportation noch nicht abgeschafft, sondern noch rechtsgültig ist."

Und dann ergeht sich das feine Blatt in einer maßlosen Beschimpfung der Arbeiterklasse und behauptet, daß das Streben nach höheren Dingen, nach denen die Arbeiterklasse gemäß den Ausführungen Wells' trachte, purer Schwindel sei. Man sollte die Arbeiter einmal studieren, wenn sie zu Pfingsten in Blackpool die Feiertage verlebten. Von 9 Uhr morgens an seien sie betrunken und fräßen und söffen den ganzen Tag bis zum Erbrechen. Sie kauften kostspielige Zigarren und rauchten zwei oder drei auf einmal, um zu sagen, wie schnell sie das Geld verjuxen könnten.

Dieser Wutausbruch des reaktionären Blattes ist sehr bezeichnend für die verzweifelte Stimmung, die einen Teil der oberen Gesellschaftsschichten beseelt, die ihr letztes Stündlein sehr nahe wähnen.

Verhaftung eines deutschen Rechtsanwalts in Algier.

Nach einer Blättermeldung aus Oran wurge in Bel Abbes der daselbst vor kurzem eingetroffene Münchener Rechtsanwalt Adolf Weinberger wegen Tragens verbotener Waffen und Aufreizung zur Desertion verhaftet. Weinberger hatte den Plan gefaßt, seinem Bruder, der in die Fremdenlegion eingetreten war, zur Flucht zu verhelfen. In dem Augenblick, wo die beiden mit der Eisenbahn nach Oran abreisen wollten, wurden sie verhaftet.

Kleine Notizen.

Vom Zuge zermalmt. Ein 25jähriger Arbeiter wollte in Gleiwitz das Gleis der Schmalspurbahn überschreiten, wobei er strauchelte und zu Boden fiel. Im selben Augenblicke brauste der Zug heran, der den Unglücklichen völlig zermalmte. Er war auf der Stelle tot.

Verschollene Islandfischer. Zwei französische Fischerbarken, die mit 52 Mann Besatzung zum Fang nach der Insel Island ausgefahren sind, werden seit Wochen vermißt. Man befürchtet, daß sie untergegangen sind.

Katastrophe in einem chilenischen Bergwerk. Bei Ueberschwemmungen in den Bergwerken von Gatico und in der Umgegend von Antofagasta sind vierzig Personen umgekommen oder verletzt worden.

Ein neues Opfer der Aviatik. Der Flieger Southard erlitt bei Dayton (Ohio) einen tödlichen Unfall. Der Apparat kippte um und stürzte aus einer Höhe von 30 Metern ab. Der Flieger blieb auf der Stelle tot.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 5. cm	seit 20. 5. cm 1)	Wasserstand	am 21. 5. cm	seit 20. 5. cm 1)
Memel, Tilsit	153	+5	Saale, Grochlitz	78	0
Pregel, Insterburg	−41	+2	Havel, Spandau 2)	38	0
Weichsel, Thorn	60	−2	„ Rathenow 2)	36	0
Oder, Ratibor	226	−68	Spree, Spremberg 2)	68	0
„ Krossen	72	−5	„ Beeskow	83	+1
„ Frankfurt	80	−2	Weser, Münden	143	−3
Warthe, Schrimm	2	+8	„ Minden	220	−8
„ Landsberg	−13	−2	Rhein, Maximiliansau	516	−6
Netze, Vordamm	−2	0	„ Kaub	273	+6
Elbe, Leitmeritz	−52	+1	„ Köln	255	+10
„ Dresden	−174	+2	Neckar, Heilbronn	42	−9
„ Barby	71	−3	Main, Hanau	117	−1
„ Magdeburg	75	−3	Mosel, Trier	51	−4

1) + bedeutet Wuchs, — Fall. — 2) Unterpegel.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 23. Mai 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Madama Butterfly.
Kgl. Schauspielhaus. Julius Cäsar.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. George Dandin.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Komische Oper. Die Spiele ihrer Exzellenz.
Lessing. Reiche Mädchen.
Westen. Die schöne Helena.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Parkettsitz Nr 10.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Lustspielhaus. So'n Windhund.
Berliner. Große Rosinen.
Schiller O. Der scharfe Junker.
Schiller-Charlottenburg. Lady Windermeres Fächer.
Neues Operetten. Der Kongreß von Sevilla.
Luisen. Ich lasse Dich nicht.
Rose. 500 000 Teufel.
Trianon. Der Ehemann am Fenster. Ein angebrochener Abend.
Thalia. Autoliebchen.
Kleines. Der Nachtwächter. Lottchens Geburtstag.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Die lustige Strohwitwe.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Eine Hochzeit in der Müllerstraße.

Anfang 8¼ Uhr.

Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Folies Caprice. Kobi-Krach. Nr. 14.
Walhalla. Um eine Krone.

Anfang 8½ Uhr.

Kurfürstenoper. Gesangschule Bruns.
Neues Volkstheater. In Behandlung.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Geizige. Hierauf: **Der eingebildete Kranke.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag nachm. 3 Uhr:
Lady Windermeres Fächer
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Gefährtin — Paracelsus. Der grüne Kakadu.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell.
Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.
Sonnt. u. Mont. 3¼ Uhr: **Wiener Blut.**

Luisen-Theater.
Donnerstag: **Ich lasse Dich nicht.**
Freitag: **Schwester Carmen.**
Sonnabend: **Schwester Carmen.**
Sonntag, Montag, Dienstag nachmittag 3 Uhr: **Ich lasse Dich nicht.**
Abends 8 Uhr: **Schwester Carmen.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zum letztenmal:
5 × 100 000 Teufel.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: **Preziosa.**

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Tänze v. W. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Das große komische Programm.
9 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg
Paul Beckers
als
Fliegendüten-Heinrich.

Passage-Theater.
Claire Waldoff
Littke Carlsen
Alt-Bonner Studenten
und das große
Mai-Programm!
14 Varieté-Attraktionen!

Passage-Panoptikum.
Während der Pfingstferien
vom 23. bis inkl. 31. Mai:
Volkstage
Jeder Erwachsene ein Kind frei!
Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Das vereinte Riesenpaar
und alle anderen
Attraktionen!
Ohne Extra-Entree.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
Burleske von Meysel.

Wochentags 8 Uhr.
Sonntags: 7 Uhr.

Freie Volksbühne

Thalia-Theater: Der Raub der Sabinerinnen.
Letzte Aufführung.

Die Mitgliedskarten müssen zum Umtausch gegen die neuen Karten **spätestens** am Tage nach der **Generalversammlung** in der **alten Zahlstelle** abgegeben werden. Ein Anrecht auf die bisher innegehabte Abteilung besteht nur, wenn die neuen Karten bis **Anfang August umgetauscht** und der **erste Beitrag für das neue Spieljahr entrichtet worden ist.** 243/2

Etwaige Umschreibungen in eine andere Zahlstelle müssen im Juni, Juli vorgenommen werden.
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Residenz-Lichtspiele
Blumenstr. 10
Heute Anfang 5 Uhr
an der Spitze des
Neuen Programms
Der Liebe ewiges Licht.
Drama in 3 Akten.

Hagenbecks Indien-Berlin
Tempelhofer Feld
Eröffnung Pfingsten.
Ueber 150 Indier:
Männer, Frauen und Kinder
sowie viele exotische Tiere.
Eine in ihrer Art einzig dastehende Schau- und Ausstellung, in welcher man im Zeitraum einiger Stunden

das Land, sein Volk, seine Sitten u. Gebräuche, seine Fakire, seine Zauberer, seine Gaukler, seine Bajaderen, seine Handwerker, seine Pracht, | **eben alles, was dieses Wunderland an Lehrreichem und Interessantem bietet, kennen zu lernen Gelegenheit hat.**

Das Sehenswerteste der Gegenwart.
Volksbelustigungen! Schaustellungen!
Stündlich große, sensationelle Vorstellungen!
Weltstädtischer Wirtschaftsbetrieb.
Große Bier- u. Weinrestaurants. — Indisches Tee- u. Kaffeehaus.
Prächtige indische Original-Dekorationen.
Geöffnet von 11 Uhr morgens bis 11 Uhr abends.
Unbeschränkter, zwangloser Aufenthalt.
Entree **50** Pfennig.
Reservierte Plätze: Loge 2.—, I. Tribüne 1.50, II. Tribüne 1.—.
Kinder und Militär auf allen Plätzen die Hälfte.
Keine Extra-Entrees.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppelkonz.
Eintritt 1 M., v. abds. 6 U. ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. — Jahres-Abonnements an allen 3 Schalter-Kassen.

Haus- und Wohnungsbau-Ausstellung
von Bedarfsartikeln für den städtischen Hausbesitz, vom 4. Mai bis 12. Juni 1912, Berlin
Ausstellungshallen am Zoo
Täglich Konzert Johann Strauss.
Lichtbildervorträge. Entree 1 M

Ki-Kok bei Kroll
früher Neues Kgl. Operntheater (Tiergarten-Königsplatz)
Naturfarben-Lichtspiele Kinemakolor.
Nur noch diese Woche das bisherige Programm, von dem ganz Berlin spricht.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Keine Vorstellung.
Beginn d. Sommersaison: Pfingsten.
1. und 2. Feiertag:
Frühkonzert und Vorstellung 6 Uhr.
Nachmittags 4 Uhr:
Die Tochter der Hexe
und das erstklassige **Spezialitäten-Programm.**

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich abends ½8 Uhr, Sonntags ½5 Uhr: **Theater und Varieté, 8 Spezialitäten** und
Leute von heute.
Gesangsposse in 1 Akt.

Spandau, am Askanierring, vor dem Rathausneubau.
Der große skandinavische
Zirkus Fischer-Reiffarth.
Donnerstag, den 23. Mai, abends 8¼ Uhr:
Gala-Eröffnungsvorstellung.
Täglich abends 8¼ Uhr:
Gr. Neuheits-Vorstellungen.
An beiden Pfingstfeiertagen je
2 große Fest-Vorstellungen 2
Nachm. 4 und abends 8¼ Uhr:
Einstimmiges Urteil aller Besucher:
Das beste Zirkusprogramm.
40 eigene erstklassige Pferde.
120 Personen.
Billige Eintrittspreise.

LUNA PARK
Das
Rendezvous der modernen Welt.
Konzert und Attraktionen.
Entree 50 Pf. Saisonkarten 5 M.
Kinder bis 6 Uhr frei!

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Kobi Krach
Bunter Teil
No. 14.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Hierauf: **Ein angebrochener Abend.**

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Z. einziger Eispalast Deutschlands
Allabendl. d. sensat. Eisballett „Yvonne". Die kl. Walz.-Königin Charlotte. Weltmstr. Bror Meyer.
Nachm.: Kunstlauf-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10¼ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges
Wein- und Bier-Abteilung.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 29. Mai
das glänzende neue Programm
5 erstklassige Spezialitäten · Schlager.
Riesen-Lacherfolg der Posse
Die lustige Strohwitwe.
An den Feiertagen 3½ Uhr: **Unsere lieben Frauen.**

Neue Welt

Amerikanischer Vergnügungspark.
Heute Donnerstag: **Elitetag**
mit
großem Gala-Parade-Feuerwerk.
Eintritt 50 Pf.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:
Frühkonzert und Spezialitätenvorstellung.

Voigts Krampenburg
vis-à-vis Schmöckwitz.
An allen drei Pfingstfeiertagen:
Billige **Dampfer-Extrafahrten**
der Reedereien Stern-Gesellschaft und Kahnt u. Herzer.
Näheres durch Säulenanschläge. Außerdem ständiger Dampferverkehr der Stern-Gesellschaft nach Grünau. Fahrpreis 20 Pf.
Immerwährende **Motorbootverbindung** zwischen Krampenburg, Insel Seddin-Wall und Gosener Berge.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus Industrie und Handel.

Subhastationen.

Die Verhältnisse auf dem Bau- und Terrainmarkt haben zu einer Krise geführt, die in zahlreichen Subhastationen zum Ausdruck kommt. Bei den auf diese Weise hervorgerufenen Besitzwechseln sind in den allermeisten Fällen Handwerker und die von den Terraingesellschaften und geldgebenden Banken vorgeschobenen Strohmänner oder Unternehmer mit nur geringem Kapital die Leidtragenden. Die hohen Grundstückspreise, die Verteuerung der Hypotheken und Baugelder sind oft der erste Stein, über den die sogenannten Bauunternehmer stolpern. Der Privatmann bekommt Hypotheken oft nur unter der Bedingung, gleichzeitig eine oder gar mehrere Baustellen zu übernehmen, die oft in der Bebauung kaum erschlossenen Orten liegen. Beißt er in den saueren Apfel, muß er natürlich als Baupionier wiederum die Hilfe der Bank in Anspruch nehmen; sie gibt die Baugelder selbstverständlich unter den schwersten Bedingungen. – Das Einsetzen der Bautätigkeit benutzt die Bank oder die von ihr vorgeschobene Terraingesellschaft dann wieder dazu, die Preise der anderen Terrains in die Höhe zu schrauben. Bei dieser Praxis müssen die selbständigen Bauunternehmer, die sich als Fachleute emporgearbeitet haben, einer nach dem anderen über die Klinge springen; sie werden Hörige der Hypothekengläubiger. Ist der Bau fertig, dann sieht sich mancher Unternehmer gefangen. Er kann die zur Abstoßung der Restforderungen erforderliche 2. Hypothek nicht bekommen. Die Vorbesitzerin des Grundstücks, die meistens auch das unbedingt erforderliche Baugeld hergibt, ist mit allen Forderungen gut durch die 1. Hypothek gedeckt. Sie überläßt es anderen Gläubigern, das Haus unter den Hammer zu bringen. Oft dient ein kaum nennenswerter Verzug in der Erfüllung des Zinsendienstes dazu, dem Hausbesitzer die Schlinge über den Kopf zu werfen. Kürzlich haben nun die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin einen Vorstoß unternommen, der die Hypothekengläubiger noch mehr zu ungunsten anderer Gläubiger bevorzugen soll. Es wird verlangt, daß die Beschlagnahme eines Grundstücks zugunsten eines Hypothekengläubigers auch sofort den Miet- oder Pachtzins ergreife. Ja, sogar die durch Pfändung begründeten Rechte Dritter sollen dabei erlöschen. Ein Stattgeben dieser Forderung hieße der Willkür der Terrainspekulanten vulgo Hypothekengläubiger einen noch breiteren Spielraum gewähren. Der Gesetzgeber ist gerade von dem Gedanken ausgegangen, durch die Zwangsverwaltung dem Besitzer das Eigentum zu erhalten. Diese Schranke würde nach den Wünschen der Aeltesten der Kaufmannschaft fallen. Handwerker usw. könnten noch mehr als bisher ihre Restforderungen in den Schornstein schreiben. Maßnahmen wären notwendig, um die Besitzergreifungen des Großkapitals mindestens zu erschweren.

Als typisch sei folgender Fall geschildert: Zwei Häuser einer Besitzerin in Schöneberg waren mit je 127 000 M. hypothekarisch belastet. An erster Stelle stand die Berliner Hypothekenbank mit 115 000 und 114 000 M., die zweite Stelle nahm mit 3000 resp. 4000 Mark eine Frau L. ein; Inhaber einer dritten Hypothek von je 9000 M. war die Firma G. S. Die beiden letzteren Gläubiger sind stets befriedigt worden. Aus verschiedenen Ursachen konnte die Besitzerin Ende 1909 die Zinsen für die ersten Hypotheken in der Höhe von 2570 M. nicht pünktlich aufbringen. Die Häuser hatten einen Taxwert von 295 000 M., also 41 000 M. über die Belastung hinaus. Dem Mietsertrage von 18 000 M. standen Zinsverpflichtungen in Höhe von 10 340 M. gegenüber. Setzt man die Unkosten mit 3500 Mark an, dann bliebe immer noch ein Ueberschuß von reichlich 4000 M. Die Schuldnerin suchte um Stundung nach gegen Uebertragung des Nießbrauches. Sie fand aber kein Entgegenkommen; nach Ablauf einer kurzen Frist wurde ihr das Kapital gekündigt und zwar ein Teilbetrag von 14 000 M. auf Grund einer verzwickten Vertragsklausel mit sofortiger Zahlungsfrist. Schnell folgte mit der Kündigung des Kapitals die Firma S., weil die Schuldnerin nicht die Zinsquittungen der ersten Hypothek vorlegen konnte. Die Katastrophe war unvermeidlich, die Hypothekenbank betrieb die Subhastation! Nach kurzer Zeit war die Firma S. Besitzerin der Häuser; sämtliche Gläubiger wurden befriedigt, aber die Vorbesitzerin empfing keinen Pfennig. Der Zuschlag erfolgte am 22. März und am 24. März erhielt die vorherige Besitzerin die kategorische Aufforderung, bis zum 31. März die von ihr benutzten Räume zu verlassen.

Den Hausbesitzer und andere Gläubiger zu schützen gegen die Praktiken böswilliger Hypothekengläubiger ist jedenfalls notwendiger als wie diesen eine Erweiterung ihrer Vorrechte einzuräumen.

Die deutschen Getreidezölle 1879—1906.

Die Entwickelung der deutschen Getreidezölle in den letzten 30 Jahren hat unter dem Einfluß der Agrarier eine stetig steigende Tendenz gehabt. Der Zoll für Roggen ist seit 1879 von 1 M. auf 5 M.; der für Weizen von 1,00 auf 5,50 M.; der für Gerste von 0,50 auf 1,80 M. bezw. 4 M. gestiegen. Auch der Zoll auf Hafer ist von 1 M. auf 5 M. in die Höhe getrieben worden. Aber selbst diese Belastung des Konsums zugunsten unserer Junker genügt ihnen noch nicht; sie verlangen eine durchgängige Erhöhung der Zölle auf 7,50 Mark; obgleich sie durch das Einfuhrscheinsystem weitere in deren Zahlen noch nicht erscheinende Profite einheimsen. Die Entwickelung der Zölle im einzelnen geben wir nach einer Tabelle aus „Jastrows Handelspolitik" (Verlag Reimer) an:

	1879	1885	1887	1892	seit 1. März 1906 Tarifgesetz 1902 höchst.	niedr.	tatsächl.	Forderung des Bundes der Landwirte
Roggen . .	1,00	3,00	5,00	3,50	7,00	5,00	5,00	7,50
Weizen . .	1,00		5,00	3,50	7,50	5,50	5,50	7,50
Malzgerste	0,50	1,50	2,30	2,00	7,00	4,00	4,00	7,50
Futtergerste						—	1,30	7,50
Hafer . . .	1,00	1,50	4,00	2,80	7,00	5,00	5,00	7,50

Deutschlands Außenhandel.

In den vier abgelaufenen Monaten dieses Jahres betrug in Millionen Mark die Gesamteinfuhr 3455,24, die Gesamtausfuhr 2787,17. Gegen die beiden Vorjahre hat die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen besonders zugenommen (1912: 2351,95 Millionen Mark, 1910: 1976,90 Millionen Mark). Die Mißernte verursachte einen Rückgang in der Ausfuhr dieser Erzeugnisse 1910 bis 1912 von 469,70 Millionen Mark auf 121,93 Millionen Mark. Entsprechend der Hochkonjunktur ist die Ausfuhr aller Warengruppen stark gewachsen, besonders die von Mineralien, unedlen Metallen und Waren daraus und von Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen, Fahrzeugen. Die Einfuhr zeigt nur in Leder, Lederwaren und Flechterzeugnissen einen unbeträchtlichen Rückgang. Neben der Zufuhr von landwirtschaftlichen Produkten steigerte sich besonders die von Erzen, Schlacken und Aschen.

Genossenschaftsproduktion in Großbritannien.

Das englische Arbeitsamt veröffentlicht soeben die sehr interessanten Ziffern über den Umfang der genossenschaftlichen Produktion im Jahre 1910. Die Statistik unterscheidet dabei zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion. Von den 1457 in dem genannten Jahre mit der Produktion von Gütern beschäftigten Genossenschaften waren 1121 industrieller und 336 landwirtschaftlicher Natur. Die 1121 industriellen Genossenschaften teilen sich in 2 Großeinkaufsgesellschaften, 984 Konsumgenossenschaften, 5 — gleichfalls von Konsumenten betriebene — Kornmühlen, 34 ebensolche Bäckereien und 96 eigentliche Produktivgenossenschaften. Diese verschiedenen Genossenschaftsarten nahmen im Laufe der letzten zehn Jahre folgende Entwickelung. Der Produktionswert betrug:

	1901 (1000 M.)	1910 (1000 M.)	Zunahme (1000 M.)	in Prozent
Großeinkaufsgesellschaften	86 684	187 986	101 302	116,9
Konsumvereine	92 974	255 819	162 844	175,1
Mühlengenossenschaften .	24 686	20 391	—4 295	—17,4
Genossenschaftsbäckereien .	10 181	19 859	9 678	95,1
Produktivgenossenschaften .	23 069	28 641	5 572	24,2
Alle Genossenschaften . .	237 594	512 696	275 099	115,8

Am allerstärksten hat sich die Eigenproduktion der Konsumvereine entwickelt, die 1901 erst 39 Proz., 1911 aber 50 Proz. der gesamten industriellen Genossenschaftsproduktion umfaßte und sich um 175,1 Proz. vermehrte. Der Anteil der Großeinkaufsgesellschaften ist nahezu der gleiche geblieben: er betrug 1901 36 und 1911 37 Proz. der Gesamtproduktion. Die Summe selbst erhöhte sich um 116,1 Proz. Relativ stark zurückgegangen ist der Anteil der selbständigen Produktivgenossenschaften, auf die 1901 noch 9,7, 1911 aber nur 5,6 Proz. des Gesamtprodukts entfielen. Der gesamte Produktionswert dieser Genossenschaften vermehrte sich in 10 Jahren nur um 24,2 Proz.

In den Produktivbetrieben der von Konsumenten errichteten Genossenschaften wurden 44 088, in den eigentlichen Produktivgenossenschaften 7084 Personen beschäftigt. Rund $^3/_4$ der Gesamtproduktion fiel auf die Nahrungsmittelindustrie, $^1/_5$ auf die Bekleidungsindustrie, $^1/_{20}$ auf die Seifen- und Kerzenfabrikation, etwa der gleiche Betrag auf das Baugewerbe und Steinbrüche usw.

Außerordentlich schwach gegenüber dem industriellen ist in Großbritannien das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen entwickelt. Es bestanden im Jahre 1910 336 landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften, meist Molkereigenossenschaften mit einer Mitgliederzahl von 48 494. Daneben gab es noch 70 Konsumvereine und eine Großeinkaufsgenossenschaft, die landwirtschaftliche Betriebe besaßen. Die Entwickelung war hier die folgende:

	1901 (1000 M.)	1910 (1000 M.)	Zunahme (1000 M.)	in Proz.
Landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft.	18 360	44 103	25 743	140,2
Landwirtsch. Abteilungen von Konsumvereinen u. Großeinkaufsgesellsch.	8 554	8 711	158	19,0
Landwirtsch. Produktion überhaupt	26 913	52 814	25 901	96,2

Insgesamt wurden in der genossenschaftlichen Produktion des Jahres 1910 53 812 Personen beschäftigt, eine stattliche Arbeiterarmee. Darunter befanden sich 29 787 Männer, 15 729 Frauen und 8296 Jugendliche. Die gesamte gezahlte Lohnsumme betrug 59 700 980 M., während der Wert der erzeugten Produkte sich auf 565,5 Millionen Mark stellte. Es ist dies im Vergleich zur nationalen Produktion freilich noch ein kleiner Bruchteil; aber dieser Anteil ist, wie obige Zahlen beweisen, in einem raschen Ansteigen begriffen.

Die Schuhwaren-Läger der alten Stiller-Firma sind für den Pfingstbedarf in allem, was neu, schön und gut ist, so reichlich ausgestattet, dass jeder Stiefelwunsch erfüllt werden kann

Haupt-Preislagen für Herren- u. Damen-Stiefel 8.75 10.50 12.50 15.50 in schwarz und farbig. Ganz neue Formen!

Für Damen:

Eleganter Chevrette-Halbschuh zum Schnüren mit Lackkappe und Derby-Schaftschnitt 5.90

Chevrette-Schnürstiefel mit Lackkappe und amerikanischem Absatz, sehr preiswert 7.50

Boxkalf- u. Chevreau-Schnürstiefel, auch braun Chevreau, mit u. ohne Lackkappen u. Derby-Schaftschnitt. Elegante Halbschuhe in Boxkalf u. Chevreau, auch braun Chevreau 8.75

Tennis-Stiefel u. -Schuhe
Leinen-Stiefel u. -Schuhe
Lasting-Stiefel u. -Schuhe

Stiller

Gegr. 1867

Für Kinder:

Kinder-Schnürstiefel, kräftiges Oberleder, in breiter Natura-Form

25—27	28—30	31—35	36—39
4.50	5.50	6.50	8.00

Kinder-Schnür-Stiefel, Boxkalf u. Chevreau auch braun Chevreau und Ziegenleder

25—27	28—30	31—35	36—39
5.50	6.50	7.50	9.00

Segler- u. Ruder-Schuhe
Turnschuhe u. Sandalen
Berg- und Touren-Stiefel

Zentrale u. Versand: Jerusalemer Strasse 32-35, Ecke Leipziger Strasse

Potsdamer Strasse 2
Tauentzienstrasse 19a
Friedrich-Strasse 75

König-Strasse 25 u. 26
Schönebg., Hauptstr. 146
Neukölln, Bergstr. 25 u. 26

Rosenthaler Strasse 5
Charlottenburg:
Wilmersdorfer Str. 45

Oranien-Strasse 161
Gr. Frankfurter Str. 123
Chaussee-Str. 114 u. 115

Mark 12.50 Spezial-Verkauf: Tauentzienstrasse 7b, Ecke Nürnberger Str

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 24. Mai, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Saal 4:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung.
2. Stichwahl eines unbesoldeten Mitgliedes zum Hauptvorstand.
3. Anträge.

Der Pfingstfeiertage wegen bleiben sämtliche Bureaus und Arbeitsnachweise am Sonnabend, den 25. Mai von 1 Uhr ab und am Montag, den 27. Mai und Dienstag, den 28. Mai, den ganzen Tag geschlossen.

Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird in der Weise ausgezahlt, daß die Kollegen, die am Montag, den 27. Mai, Unterstützung zu bekommen hätten, dieselbe am Sonnabend, den 25. Mai, ausgezahlt erhalten. Wer am Dienstag, den 28. Mai, Geld zu bekommen hat, erhält dasselbe am Mittwoch, den 29. Mai.

Die Kassierung der Beiträge erfolgt am Sonnabend, den 25. Mai in allen Zahlstellen von 6 bis 8 Uhr abends.

84/1 **Die Ortsverwaltung.**

Steinarbeiter!

Donnerstag, den 23. Mai, abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 58/59:

Kombinierte Versammlung.

Tagesordnung:

Stellungnahme und Beschlußfassung zu dem geplanten obligatorischen Arbeitsnachweis.

Die Kollegen aller Branchen sind zum Versammlungsbesuch verpflichtet.

Die noch nicht abgeholten Arbeitslosenfonds-Quittungskarten sowie die Maifondsmarken gelangen ebenfalls zur Ausgabe.

Kollegen agitiert für guten Besuch.

171/14* **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis:	Verwaltungsstelle Berlin	Hauptbureau:
Hof I.	Charitéstraße 3.	Hof III.
Amt Norden, Nr. 1239.		Amt Norden, Nr. 1987.

Achtung! Arbeitslose! Achtung!

Der Arbeitsnachweis bleibt Sonnabend, den 25., nachmittags, Montag, den 27. und Dienstag, den 28. Mai, den ganzen Tag geschlossen.

117/14 **Die Ortsverwaltung.**

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 62.

Bilanz am 31. Dezember 1911.

Aktiva.	M.	Passiva.	M.
Waren-Konto	6 425,04	Konto d. Genossenschafter	960,00
Betriebs-Unkosten-Konto	350,00	Hypotheken-Konto	185 000,00
Gespann-Unkosten-Konto	341,00	Darlehns-Konto	12 065,00
Kassa-Konto	2 892,82	Reservefonds. 17 430,00	
Bank-Konto	139,00	Verlust-Konto 1 606,62	15 823,38
Effekten-Konto	379,40	Kreditoren	14 365,49
Guth.-Konto b. d. G.-E.-G.	126,25		228 203,87
Grundstück-Konto	33 000,00		
Gebäude-Konto 170 333,60			
Abschr. 3 403,60	166 930,00		
Gespann-Konto 15 280,00			
Abschr. 2 380,00	12 900,00		
Maschinen-Konto 3 400,00			
Abschr. 400,00	3 000,00		
Inventar-Konto 1 000,00			
Abschr. 150,00	850,00		
Debitoren	940,36		
	228 203,87		

Im Laufe des Geschäftsjahres hat sich die Mitgliederzahl nicht verändert und beträgt 19 Genossen.

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder sowie die Gesamthaftsumme betragen am 31. Dezember 1911 je 960 Mark.

Das Geschäftsguthaben und die Haftsumme haben sich um je 50 Mark vermindert.

Reinickendorf, den 22. Mai 1912. 105/5

Der Vorstand.
Robert Engel. Karl Marschal. Gustav Mansfeld.

Herren-Moden

hochmodern und schick

Jackett-Anzüge

Mark 20 | 25 | 30 | 35 | 40

Paletots

Mark 25 | 30 | 35 | 40 | 50

Auf Wunsch nach Mass.

Ulster und Regenmäntel

Damen-Moden

geschmackvoll und elegant

Kostüme, Kostümröcke
Paletots, Mäntel, Blusen
Staubmäntel usw.

grösste Auswahl bei soliden Preisen.

Schuhwaren
Kinderwagen

C. Wachsmann & Co.

Reinickendorfer Str. 15,
neben der Feuerwache. Aufgang Ravenéstr.

Möbel ganze Einrichtungen sowie einzelne Ersatzstücke
Polsterwaren, Portieren,
Gardinen, Betten, Steppdecken
usw. usw.

Alles auf Kredit
bei einer Anzahlung von 5 M. an
bei wöchentl. Abzahlung von 1 M. an

Hiermit allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das Lokal

Louisenstadt-Kasino, Oranien-Str. 180

übernommen habe. — Gleichzeitig empfehle ich den geehrten Gewerkschaften und Vereinen meine Säle, 40—400 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten. Achtungsvoll **Jakob Kirschkowski.**

Wegen Separierung

Total-Ausverkauf

der übernommenen Schuhwaren

Rosenthaler Straße 40-41

Hackescher Markt — Bahnhof Börse.

Damen-Stiefel

schwarz im. Chevreaux mit Lackkappe, moderne Fassons . . . . jetzt nur **4.75**

schwarz Chevreaux mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons . . . . jetzt nur **5.95**

schwarz prima Chevreaux mit Lackkappe, auch ohne, die elegantest. Fassons, Goodyear-Welt . . . jetzt nur **7.95**

braun Chevreaux mit Lackkappe, moderne Fassons. . . . jetzt nur **4.95**

braun Ia Chevreaux m. Lackkappe, breite und schlanke Fassons . . . . jetzt nur **6.75**

braun Ia Chevreaux, erstklassige Ausführung und Formen, Goodyear-W., jetzt nur **8.95**

Herren-Stiefel

schwarz Rindbox-Schnürstief., breite Fassons, kräftig. Straßenstiefel, auch Zug und Schnalle. . jetzt nur **5.95**

schwarz Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons, jetzt nur **6.95**

schwarz Chevreaux-Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt . . . jetzt nur **8.95**

braun Chevreaux-Herrenstiefel, schlanke und breite Fass., jetzt nur **6.95**

braun Ia Chevreaux-Herrenstiefel, neueste Formen . . . . jetzt nur **8.25**

braun Ia Chevreaux-Herrenstiefel, Goodyear-Welt, die schicksten Formen, jetzt nur **9.75**

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe
kräftige Strapazierstiefel

20-24	25-26	27-30	31-35
1.55	**2.95**	**3.25**	**3.75**

braun, mit Lackk., Normalfassons

21-24	25-26	27-30	31-35
2.95	**3.45**	**3.75**	**4.25**

Kinderhalbschuhe Derby, Lackkappe, amerikanische Fassons, 31/35 **4.25**, 27/30 **3.75**

Halbschuhe

Damen, im. Chevr. mit Lackk., jetzt nur **3.95**

braun Chevreaux m. Lackkappe, jetzt nur **4.25**

schwarz Derby, große Oes., Lackk., jetzt nur **4.95**

braun Chevr., Derby mit Lackk., jetzt nur **5.75**

Lack-Schnürschuhe amerik. Fass., jetzt nur **5.95**

Lack m. Wildleder od. Chevr. Halbschuhe, moderne Ausführung, jetzt nur **5.95**

5 Prozent Rabatt beim Vorzeigen dieses Inserats

Engros-Lager! Für Damen!

Einzel-Verkauf nur von 12—8 Uhr!

Kostüme hocheleg., in blau Kammgarn u. engl. **15, 25 u. 40 M.**
Backfisch-Paletots . . . 6, 8⁵⁰ u. 12 M.
Schwarze Frauen-Tuch-Paletots 15 u. 20 M.
Ein Posten **Kostüm-Röcke** in engl. und Kammgarn-Stoffen, Wert bis 12.50, jetzt **4⁵⁰ u. 7⁵⁰**

Ein Posten **Kinder-Paletots** enorm billig **2⁵⁰, 4⁰⁰ und 5⁵⁰**

Kein Laden! Sonntag geöffnet! Fahrgeld ersetzt!

H. Heymann, Grüner Weg 48, part. — an der Koppenstraße —

Fahrgelegenheiten: Elektr. Bahnen Nr. 1, 3, 6, 16, 22, 31, 46, 76, 78, 79.

Umtausch gestattet.

Versand nach außerhalb portofrei gegen Nachnahme!

Achtung

Kaufen Sie
nur beim Fachmann
Elegante fertige
Herren-Garderobe
Teilzahlung von
1 Mark
wöchentlich an
Vornehmste Maßanfertigung u. Garantie
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37 II
II. Geschäft:
Turmstrasse 18 I

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Billiger Gelegenheitskauf
Großes Orchestrion, durch Einwurf v. 10 Pf. selbstspielend, Klavier, Gitarre, Glocken-, Klingel-, Trommel-, Pauken-spiel usw., Ersatz für Konzertkapelle, zu verkaufen, event. auch auf Teilzahlung. **Holzhandlung Gutmann,** Berlin, Greifswalder Straße 80 b. 272/19*

Reste

Damentuche, schwarz u. farbig, Kostümstoffe, neueste Must., Seide, Sammete, Besätze, Futterstoffe, Plüsche zu Mänteln, Chev.-Kammgarne zu Knaben-Anzügen.

Konfektion:

Paletots, Kostüme, Röcke, Kinder-Konfektion, auch gediegene Maß-Anfertigung.

Stets Gelegenheitskäufe!

Paul Karle,
Warschauerstr. 18.

Qualitäts= =raucher

✶ fordern ✶
und rauchen
nur

Garbáty

®

Donnerstag, den 23., Freitag, den 24., Sonnabend, den 25., nachm. 3–8 Uhr

kommen in der **Engros-Abteilung des Teppich-Fabrik-Lagers Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 5, Hof links 1 Tr.,** von den unübertroffenen großen Lagervorräten ein Posten von

1000 Teppichen

zum Verkauf. Unter anderen vielen größeren Partiepoſten ſind vorhanden:

Tapestry-Brüssel
allerschwerste Qualität
Gr. 160×200 cm s. 13.00 jetzt **8.00**
„ 170×240 „ „ 24.00 „ **14.50**
„ 200×300 „ „ 36.00 „ **20.00**
„ 250×350 „ „ 54.00 „ **36.00**

Royal-Velvet-Teppiche
Gr. 170×240 cm s. 26.00 jetzt **14.75**
„ 200×300 „ „ 38.00 „ **24.50**
„ 250×350 „ „ 58.00 „ **39.00**
„ 300×400 „ „ 86.00 „ **54.00**

200 Kassac-Teppiche
(hervorrag. deutsch. Perser-Teppich)
Gr. 200×300 cm s. 90.00 jetzt **48.00**
„ 250×350 „ „ 130.00 „ **74.00**
„ 300×400 „ „ 162.00 „ **98.00**
„ 300×500 „ „ 182.00 „ **132.00**

Ferner in den Parterreräumen, Abteilung für Innendekoration:

600 Portieren=Garnituren

bestehend aus je 2 Schals und 1 Lambrequin in Filztuch, Velvet, Leinenplüsch, Leinen- und Perser-Ausführung, sowie große Posten Tisch-, Chaiselongue- und Steppdecken **für die Hälfte des sonstigen Preises.**

Seit 1897 nur Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 5.

☛ Umsonst ☚

ist Ihre Mühe nicht, wenn Sie meine Läger in

Hocheleg. Garderobe

besichtigen.

Prachtvolle Kleider, Kostüme,
Blusen, Röcke, Stiefel, Schirme,
Anzüge, Paletots, Ulster

alles auf Kredit!

wöchentl. **1** Mark. 3184L*

Richard Krumbeck

Frankfurter Allee 154 I.

Jeder Käufer, welcher sich auf dieses Inserat bezieht, **erhält sofort 3 M. gutgeschrieben.**

10. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. Mai 1912 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

78 [500] 206 34 872 816 [500] 82 607 709 26 884 **1**246 97 490 916 81 75 90 **2**216 365 520 [500] 662 [1000] 816 86 956 [500] **3**156 416 84 511 86 83 621 780 89 840 995 **4**017 65 354 71 451 [1000] 77 695 [500] 684 [500] 865 **5**118 839 74 610 75 **6**050 209 692 756 69 629 35 **7**022 88 267 308 411 27 [500] 54 76 540 614 66 **8**134 299 362 558 780 922 80 **9**041 231 66 76 377 416 55 781 86 [1000] 840 923 [1000] 70

10179 234 345 492 537 630 712 803 22 28 952 99 **11**027 97 106 16 19 343 447 54 606 879 903 **12**068 291 319 70 [1000] 403 12 29 [3000] 664 718 821 26 [1000] 972 **13**016 345 499 746 982 **14**101 55 209 61 362 66 93 646 59 758 942 **15**014 202 390 418 61 634 55 63 605 824 86 **16**063 375 84 [1000] 469 897 848 903 52 **17**069 132 50 280 610 674 82 724 36 45 836 77 **18**013 123 587 719 913 72 **19**000 226 442 67 [3000] 502 32 866

20121 54 447 648 835 984 **21**125 38 39 58 216 881 402 704 [500] 930 65 **22**058 670 999 [1000] **23**068 252 426 [500] 561 716 58 65 823 34 87 **24**065 83 326 563 796 [500] 866 **25**073 226 35 484 650 776 839 **26**102 351 420 85 665 [3000] 60 842 66 **27**062 244 68 371 563 69 83 [500] 951 **28**080 178 503 54 776 884 **29**082 100 64 344 305 481 535 47 629 75 726 961

30001 145 93 201 [1000] 80 466 519 643 53 89 751 838 [3000] **31**061 [500] 85 106 92 306 23 776 **32**148 288 670 75 702 **33**037 43 68 150 87 333 514 61 753 874 900 93 **34**455 67 526 [3000] 739 86 **35**018 29 49 53 93 133 45 86 97 278 353 437 [500] 613 58 609 756 863 **36**061 114 63 442 591 804 714 53 **37**010 35 181 365 71 544 47 692 711 890 [500] 973 91 [500] **38**117 91 316 18 93 95 673 93 920 **39**008 87 367 [500] 92 629 862 [500]

40021 104 19 72 463 638 712 848 931 **41**385 414 553 731 966 70 **42**019 266 71 93 679 760 65 980 81 84 **43**146 286 [500] 661 687 92 717 806 905 62 **44**064 [500] 859 [500] 791 914 62 **45**220 49 361 76 80 [500] 444 66 70 645 842 96 911 **46**204 349 90 92 443 70 94 612 56 635 61 761 **47**028 [500] 107 89 99 485 663 772 891 951 **48**647 60 622 [1000] 929 **49**022 75 806 732 842 939

50008 157 319 42 436 94 526 84 92 621 64 747 [1000] 63 971 91 **51**217 461 542 935 52 132 72 293 373 89 408 77 500 608 43 905 23 [500] 86 89 **53**006 25 128 288 381 554 669 720 76 860 69 **54**116 [3000] 225 319 23 74 471 562 903 **55**114 209 446 881 734 77 951 92 **56**049 61 247 [1000] 48 53 633 43 740 95 [500] 848 990 [1000] **57**064 59 148 216 468 608 88 [3000] 723 **58**024 137 304 6 479 613 34 878 80 95 972 **59**068 153 [500] 72 250 346 434 547 610 747 87 [1000] 865 87 942 48

60068 174 372 810 31 55 961 **61**191 283 367 656 725 987 **62**072 291 627 827 [500] **63**061 240 [500] 78 89 336 49 410 [1000] 58 [3000] 589 615 821 **64**022 79 115 49 [1000] 65 439 94 624 43 604 36 81 713 44 82 94 816 [500] 47 **65**030 70 112 434 570 634 88 925 59 **66**164 236 75 314 543 [3000] 72 84 628 53 67 889 92 930 **67**012 34 70 127 260 411 [500] 60 [500] 748 [500] **68**012 67 142 268 308 496 [1000] 872 96 869 [500] **69**266 350 617 767 58 859 935

70004 16 61 189 220 66 92 [500] 635 910 72 **71**031 89 183 214 312 450 511 65 607 737 45 58 979 [500] **72**208 636 60 744 49 52 93 806 21 49 89 933 **73**024 86 204 473 566 70 616 34 898 969 **74**001 97 889 946 **75**127 232 64 467 606 640 69 705 96 **76**009 16 142 78 469 94 [500] 683 97 673 [500] 945 **77**007 14 51 115 453 645 96 608 **78**085 [500] 137 67 447 556 799 **79**040 191 202 390 667 615 [500] 700 830

80086 314 826 60 496 608 613 31 785 67 891 938 [1000] **81**028 94 100 66 [500] 252 [3000] 310 409 509 [500] 666 56 92 722 810 13 67 69 62 938 **82**234 43 452 830 [3000] 70 622 47 [500] 737 822 46 71 89 97 [500] **83**031 42 [1000] 190 468 [500] 91 659 78 786 **84**036 [500] 118 489 517 49 661 752 36 831 **85**343 467 561 613 87 753 964 **86**016 26 384 754 87 60 857 [500] 966 73 86 **87**028 263 461 626 [1000] 986 **88**083 108 80 97 430 73 563 740 60 [500] **89**040 [illegible] 408 507 820 [illegible] **90**125 403 12 577 [illegible] 909 16 **91**124 [illegible] 44 66 [illegible] 604 90 92 923 **92**152 993 **93**066 155 204 81 [illegible]

508 771 965 **94**063 [500] 96 117 320 84 410 650 679 **95**010 75 382 400 23 [1000] 642 63 636 758 956 [1000] **96**040 110 276 320 89 97 567 76 [500] 97 663 73 564 926 **97**014 166 414 756 951 **98**112 77 210 29 364 443 [500] 71 [500] 623 76 823 964 **99**080 [1000] 128 222 366 [500] 496 706 77 813 975

100036 196 276 410 732 831 [3000] 955 **101**105 11 533 476 618 83 726 36 834 54 74 **102**028 101 482 505 17 662 756 959 **103**194 411 [3000] 16 [3000] 665 66 **104**062 369 467 520 66 723 25 [500] 842 79 **105**041 146 61 454 [500] 691 600 90 847 936 **106**045 346 463 560 81 626 76 922 36 [500] **107**330 [1000] 412 968 **108**253 511 [1000] 19 621 **109**046 120 279 301 6 30 400 668 714 801 62 83 912 67

110136 202 344 418 566 69 [500] 726 60 806 [1000] 61 930 **111**068 94 137 [500] 260 81 [500] 337 534 607 16 67 829 901 7 **112**049 [1000] 101 226 365 82 403 [3000] 678 746 58 [500] 862 [500] 996 [1000] **113**061 180 350 476 686 696 848 **114**069 822 46 49 58 581 760 [500] 804 06 972 [3000] 83 **115**044 253 77 [500] 84 407 563 619 31 745 91 805 948 **116**043 60 95 131 68 204 19 51 86 393 445 608 886 936 **117**136 392 662 66 80 982 **118**053 116 62 77 [500] 256 76 363 [1000] 652 806 25 79 **119**472 762 904

120127 326 415 71 536 72 603 92 [500] 788 818 32 38 66 92 966 71 **121**036 83 [1000] 137 318 388 584 600 847 [500] 65 988 **122**110 225 846 606 756 83 705 647 48 **123**164 55 244 [1000] 300 83 647 68 603 **124**279 90 322 818 920 83 **125**057 79 90 367 421 507 786 843 952 **126**136 223 353 464 [500] 842 702 85 850 918 98 **127**038 123 77 216 [3000] 820 738 [1000] **128**152 316 99 485 592 642 54 57 84 [3000] **129**263 467 592 [500] 764 846

130093 211 413 32 [3000] 39 655 800 88 **131**004 66 158 205 300 32 [1000] 510 [500] 26 42 635 **132**152 285 400 7 35 88 620 742 859 **133**016 329 455 85 613 719 **134**066 232 521 84 [1000] 610 23 776 827 926 **135**133 312 564 716 **136**077 240 77 372 [500] 464 594 786 98 881 [500] 968 **137**113 63 [3000] 345 341 542 814 943 43 99 **138**170 341 407 54 524 646 83 790 950 69 89 **139**247 66 96 375 463 565 819 46 963 68

140132 334 442 64 565 611 811 97 **141**029 93 160 54 [1000] 332 [1000] 49 87 461 578 [1000] 664 807 [500] 13 **142**177 407 566 683 867 948 **143**108 32 269 346 568 688 771 857 963 **144**008 103 89 407 12 27 528 814 977 98 **145**010 285 827 921 67 **146**120 307 567 871 [500] 738 94 899 946 **147**125 289 312 422 88 512 619 736 901 6 71 **148**106 44 236 351 462 630 56 971 [1000] **149**161 309 613 68 697 772 [500] 837

150094 541 63 515 74 93 707 67 71 74 **151**567 [1000] 711 **152**143 266 362 440 613 66 [500] 811 21 37 [500] 56 72 93 [3000] **153**059 66 69 104 77 275 304 60 426 533 56 676 819 36 931 **154**173 76 [1000] 575 [1000] 686 **155**165 310 469 693 743 89 854 **156**120 45 268 380 91 458 634 616 916 **157**256 431 62 500 33 [500] 603 42 883 934 **158**271 316 433 90 643 800 **159**027 [1000] 38 [1000] 69 458 616 800 943 [1000]

160036 124 [1000] 308 41 450 76 591 608 21 877 933 **161**151 200 319 531 40 46 851 **162**123 25 223 [500] 86 366 595 757 89 866 965 44 83 **163**039 171 269 34 363 407 616 87 696 [1000] 796 857 73 **164**008 19 64 112 520 694 [1000] 833 54 912 26 **165**010 [1000] 306 46 61 90 91 467 606 22 845 [1000] 84 [500] 953 93 [500] **166**108 88 323 615 54 646 48 70 916 **167**058 62 125 296 305 43 699 846 **168**181 237 [500] 81 386 90 487 768 836 43 **169**233 389 431 612 751 [3000] 88 837 916 58

170330 62 630 86 634 709 60 886 941 **171**126 341 84 416 [500] 10 666 682 778 898 908 **172**084 109 64 236 97 610 80 793 846 92 969 **173**031 64 176 206 96 363 98 504 606 642 745 884 981 89 [1000] **174**101 66 266 82 92 336 29 **175**028 171 298 [500] 489 93 577 635 866 77 957 **176**008 24 141 [500] 468 67 61 594 617 781 96 882 **177**080 110 96 450 554 [500] 611 [3000] 12 798 867 [500] 903 **178**127 216 63 426 [500] 668 [500] 851 925 **179**005 [500] 310 301 30 60 692 736 868

180169 68 305 461 701 887 823 **181**065 [3000] 74 154 98 309 66 96 505 59 661 736 906 42 **182**034 92 174 [3000] 330 759 69 **183**900 [500] 560 94 647 700 [1000] 52 64 72 **184**004 36 48 49 90 263 313 54 46 695 800 **185**018 46 261 580 670 722 60 966 **186**161 213 428 72 723 947 [3000] **187**097 41 120 [3000] 24 [500] 27 [500] 380 626 780 833 [5000] 74 92 937 **188**010 176 86 367 78 [1000] 80 [500] 84 517 729 85 868 901 [500] 27 **189**068 135 277 344 972

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 300000 M., 2 Gewinne zu 200000, 2 zu 100000, 2 zu 75000, 4 zu 50000, 2 zu 40000, 16 zu 30000, 14 zu 15000, 52 zu 10000, 96 zu 5000, 1476 zu 3000, 2074 zu 1000, 2[illegible] zu 500 M.

10. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. Mai 1912 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

188 236 70 444 566 76 649 65 270 813 68 942 [500] 83 **1**119 [500] 223 641 73 759 810 71 79 **2**025 203 410 632 90 803 945 **3**077 95 96 136 39 62 70 235 85 340 498 540 61 690 **4**074 432 758 86 870 991 **5**180 321 78 483 682 747 843 **6**015 96 [1000] 136 200 578 414 [3000] 47 86 641 [500] 52 66 667 782 84 [3000] 847 **7**085 179 213 [500] 46 621 748 [500] 97 504 18 36 41 **8**007 82 92 116 258 84 398 412 27 885 **9**173 [1000] 385 402 27 32 628 683 895 907 47 78

10024 76 119 242 56 64 434 666 [5000] 068 **11**001 206 60 79 596 651 90 799 804 [500] 70 **12**010 152 229 69 341 502 793 816 902 24 39 **13**071 205 21 436 46 670 741 806 968 **14**067 219 305 81 409 611 25 84 88 94 766 **15**007 8 131 42 89 428 729 **16**043 230 505 73 76 693 801 7 963 **17**060 276 84 361 461 545 88 865 929 62 **18**308 82 481 [1000] 691 92 724 [1000] 37 95 **19**224 50 [1000] 63 301 3 413 74 617 706 64 [500] 655 75 93 946

20207 597 873 90 **21**004 23 151 275 365 432 [3000] 48 76 656 772 **22**061 101 20 21 [500] 205 872 488 667 808 40 50 **23**050 272 819 47 404 64 606 36 643 86 924 **24**009 42 67 243 68 [500] 318 73 440 54 541 657 706 69 82 833 69 972 82 **25**282 319 63 486 [3000] 684 805 18 **26**311 47 74 471 731 862 **27**103 280 645 775 801 959 **28**142 280 622 703 961 **29**068 158 409 76 77 600 31 851 920 86 [1000]

30032 38 197 823 444 85 791 [3000] 842 **31**235 314 39 **32**077 181 97 [3000] 341 629 [500] 40 [500] 89 [500] 735 820 960 **33**019 35 55 146 68 209 321 89 [3000] 480 81 651 81 [500] **34**170 [500] 230 411 68 742 59 **35**156 89 [500] 213 [500] 302 457 686 624 69 717 985 **36**168 75 236 326 473 [500] 504 680 85 **37**134 51 286 323 604 96 [3000] 684 828 46 [500] 89 [500] **38**041 174 326 626 69 623 27 67 733 821 33 **39**017 270 336 443 61 629 71 77 80 609 32 [500] 711 15

40000 129 282 [3000] 76 320 433 828 55 **41**088 69 162 238 39 459 744 997 **42**152 276 453 64 508 65 607 700 [1000] 069 **43**060 103 5 69 298 310 18 46 [500] 626 89 679 713 [500] 43 **44**020 636 **45**076 168 306 [500] 616 [3000] 618 66 685 **46**071 [500] 156 63 221 82 385 576 670 **47**016 32 61 674 987 [3000] 90 **48**067 [500] 94 135 92 667 [1000] 603 66 733 35 670 043 **49**003 161 469 508 53 532 64 00 966

50101 26 391 486 609 70 720 45 05 925 69 **51**060 261 67 332 65 [500] 496 543 630 43 60 724 77 877 073 96 **52**144 67 [30000] 95 224 62 321 517 73 676 [500] 86 745 89 806 918 [1000] 66 98 **53**070 383 764 93 671 08 966 96 **54**010 29 144 277 [500] 384 90 453 76 547 66 759 861 978 **55**066 153 275 [500] 392 402 55 575 728 847 [3000] **56**009 13 36 310 32 842 [1000] 680 827 938 **57**241 63 300 20 723 869 71 616 **58**167 439 575 876 91 903 **59**108 29 96 266 61 360 537 60 632 764

60267 602 [1000] 56 43 92 766 867 979 **61**014 340 [5000] 52 406 24 973 81 **62**262 63 305 762 67 [500] 909 42 **63**230 65 516 [1000] 76 436 93 [500] 590 656 798 804 **64**202 320 44 [500] 435 66 [500] 80 545 70 06 617 31 **65**217 70 348 [3000] 84 841 033 96 [5000] 777 81 815 940 [30000] 90 [1000] 96 **66**094 242 358 69 410 655 845 991 **67**179 263 309 16 96 427 [1000] 486 617 37 77 741 96 904 **68**266 78 [500] 99 341 449 514 704 87 826 [1000] 949 **69**264 348 81 482 530 40 726 806

70052 97 266 87 412 [1000] 38 561 682 718 58 [1000] 890 989 **71**064 141 75 97 259 391 437 38 42 819 [3000] 42 927 **72**204 60 345 464 79 512 654 **73**014 60 244 442 83 507 77 79 733 856 903 **74**009 188 99 324 32 77 385 481 535 628 720 927 66 **75**006 47 64 343 456 516 35 66 82 727 806 34 67 **76**002 82 259 [500] 400 787 993 **77**064 387 68 422 23 723 25 87 630 **78**134 82 [3000] 223 41 413 581 730 [500] 800 961 66 **79**171 250 435 84 625 [3000] 38 [1000] 734 923

80222 47 84 363 744 84 911 **81**016 77 83 111 62 246 443 512 30 [3000] 47 [3000] 697 740 834 974 **82**067 [500] 73 581 926 [500] **83**147 [3000] 830 445 [500] 625 690 [500] 736 **84**223 334 461 648 62 81 [1000] 857 75 944 **85**045 56 276 332 416 47 883 99

904 48 86 115 203 [500] 848 81 [500] 88 98 **87**206 61 539 79 568 954 **88**030 231 72 336 652 **89**152 490 579 633 92 96 803 903 55

90176 291 318 [500] 617 72 98 [1000] 891 022 42 57 93 **91**040 61 103 76 711 880 **92**185 298 453 62 538 [1000] 45 983 **93**069 812 60 519 70 654 929 89 **94**009 48 220 33 496 630 95 860 973 **95**068 96 [500] 101 15 39 364 68 71 425 866 681 953 **96**289 407 83 623 81 [1000] 83 656 730 914 **97**135 270 76 89 92 442 507 64 84 616 [3000] 87 816 35 44 **98**151 70 85 92 225 419 36 95 526 82 618 824 65 **99**239 303 469 626 45 913 45

100205 65 373 440 [500] 73 [3000] 512 17 617 87 **101**027 145 [500] 436 529 52 633 762 831 909 82 **102**133 215 41 354 433 564 915 **103**041 91 93 439 574 642 [1000] 75 **104**060 63 113 332 497 682 786 68 623 35 45 **105**044 371 73 473 546 51 97 [500] 606 8 20 32 43 47 743 848 906 30 79 **106**078 142 877 712 836 967 **107**068 96 133 37 389 90 [1000] 478 633 725 30 56 804 **108**030 141 419 53 594 634 755 860 906 **109**116 37 361 565 861 90

110004 86 307 [500] 681 731 907 **111**065 190 203 46 700 **112**069 120 220 65 [1000] 470 697 784 847 966 91 **113**178 290 351 555 747 808 [500] 904 **114**207 635 764 **115**038 147 444 67 600 31 621 777 815 91 935 80 **116**098 [1000] 107 278 455 68 811 685 712 **117**134 [3000] 66 350 78 554 805 **118**252 82 330 416 514 31 53 689 93 [1000] 966 **119**005 151 62 375 518 41 62 643 92 95 745 820 912

120237 71 92 364 [500] 90 402 503 607 880 967 **121**065 194 238 62 128 47 99 628 63 716 68 639 **122**014 623 [500] 60 [3000] 63 716 84 942 **123**024 352 636 810 14 **124**045 [1000] 139 52 844 412 560 663 777 90 848 978 **125**028 98 [1000] 161 364 454 89 [500] 512 600 66 70 688 986 **126**033 39 76 801 497 932 40 91 96 907 [1000] 59 **127**301 472 546 56 635 62 81 982 **128**346 [1000] 436 678 948 **129**095 306 405 608 836 996

130089 209 73 410 585 687 768 822 72 913 54 [500] **131**021 176 506 98 **132**014 511 684 797 866 60 81 [1000] 906 **133**268 76 372 470 552 692 96 781 822 986 **134**032 [3000] 66 119 216 318 53 62 86 [500] 411 582 721 63 613 900 **135**038 [500] 698 [500] 716 76 801 3 94 **136**040 120 90 374 [3000] 460 691 669 77 88 777 901 99 **137**357 60 626 [500] 787 871 949 70 94 **138**285 607 86 754 874 **139**001 11 64 96 208 [1000] 61 [1000] 86 406 [3000] 63 [500] 584 784 [500] 885 [500] 921 [3000] 69

140064 537 706 [500] 851 [1000] 986 91 **141**021 109 [500] 253 340 47 404 540 647 716 952 **142**039 180 633 **143**036 135 [500] 66 211 22 639 49 656 [3000] 62 81 **144**318 73 669 713 839 71 916 75 **145**021 341 [500] 77 408 96 743 822 89 73 91 972 **146**147 261 635 834 90 **147**227 47 84 [500] 470 80 715 64 801 17 41 75 84 903 10 98 **148**041 168 87 278 333 92 656 **149**432 651 99 751 85 810 907

150071 223 63 [500] 303 402 76 696 [3000] 940 **151**041 140 50 216 516 15 68 771 [1000] 988 **152**639 791 967 **153**015 [500] 76 707 **154**076 197 343 85 443 738 93 963 98 **155**046 56 616 21 677 835 997 **156**141 356 676 603 4 41 91 727 99 [500] 988 [3000] **157**027 190 [500] 213 356 412 42 64 563 [1000] 761 **158**202 383 96 625 73 772 78 918 **159**017 147 83 219 423 41

160001 178 90 [3000] 273 409 814 28 [1000] 721 **161**357 409 778 85 [500] 845 909 **162**279 93 340 [1000] 443 67 [3000] 511 28 51 75 88 809 [500] **163**256 71 80 336 426 [1000] 689 [3000] 737 71 816 [1000] 915 [1000] 28 **164**368 607 11 18 62 977 **165**032 72 212 44 54 413 [1000] 646 66 629 51 **166**156 87 266 96 [500] 523 67 647 768 077 **167**037 228 86 473 84 645 65 915 17 **168**044 177 214 71 66 363 403 629 **169**068 137 [500] 211 91 302 676 88 802

170156 220 [500] 50 [10000] 380 498 548 633 89 903 **171**010 29 [3000] 235 440 629 838 958 [1000] **172**156 89 246 69 72 373 480 94 99 682 44 **173**038 99 130 227 35 62 306 446 507 [500] 18 746 967 **174**078 [3000] 110 622 957 76 **175**034 106 264 303 442 [500] 46 569 **176**011 30 132 313 627 756 841 62 63 **177**115 203 29 68 605 914 **178**132 [1000] 70 206 370 68 412 13 [500] 70 750 816 904 17 **179**225 49 70 [3000] 362 467 616 33 44 82 703 868 980

180056 135 436 548 818 972 **181**137 362 [500] 364 564 68 860 **182**068 186 [1000] 221 51 64 324 [1000] 36 41 435 46 78 532 [500] 74 [500] 888 **183**106 27 211 [500] 509 72 814 10 **184**185 206 304 60 415 608 634 49 **185**248 431 34 503 686 930 **186**162 255 331 96 661 761 **187**161 288 416 660 99 873 011 39 **188**223 324 28 33 66 447 82 94 915 70 **189**034 [500] 246 372 490 641 93 807 14 22 26

Jeden Tag im Monat eine andere Suppe

mit MAGGIs Suppen. Mehr als 35 Sorten wie Reis, Reis-Julienne, Rumford, Sago, Tapioka, Sternchen, Erbs mit Schinken, Nudeln, Königin-Suppe usw.

MAGGIs Suppen schmecken ganz vorzüglich. Verlangen Sie deshalb ausdrücklich MAGGIs Suppen mit der Schutzmarke ✦ Kreuzstern.

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!"

Leihhaus Moritzplatz 58a

Extra-Angebot „Vorwärts"-Leser 10 % Rabatt.

Ca. **800 Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Paletots**, größtenteils von Kavalieren wenig getragen, auf Seide . . . . . von 9 bis **18** M.

Damen-Kostüme, Kleider, Tuchmäntel, Seidenmäntel, früher Herstellungspreis bis 100 M. . . . . jetzt 15 bis **25** M.

Ferner vom Versatz zurückgekaufte **Betten, Uhren, Ketten, Ringe, Wäsche, Teppiche usw.** werden zu jedem annehmbaren Preise verkauft.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntag nur von 8—10 geöffnet. 1288R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Gebrauchte Nähmaschinen billig Bellmann, Gollnowstraße 26. 2058R*

Leihhaus „Schöneberg", gegenüber Bahnhof, Sedanstraße 1, Telephon Amt 6, 15687, bietet stets Gelegenheitskäufe in verpfändet gewesenen und neuen Anzügen, Sommer- und Winterpaletots, einzelnen Hosen, goldenen, silbernen Herren- und Damen-Remontoire-Uhren, Ketten 3,50 an, ferner goldene Ringe, Broschen, Ohrringe, Pianinos, Fahrräder, Freischwinger 10 Mark an. Richard Eichelmann. 200R

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Räumungspreise sind bis zu 50 Prozent herabgesetzt Rosenthalerstr. 54.

Neubau Oranienstr. 126 ist eröffnet.

Teppich-Thomas Rosenthalerstraße 54 u. Oranienstr. 126. 1414*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörffer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder. Alles spottbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet. Hohe Beleihung. *

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9. Flureingang. 2491R*

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Kinderwagen, Teilzahlung, Woche 1,—. Klappwagen, Riesenauswahl, spottbillig. Meisels, Warschauerstr. 80.

Balkonpflanzen billig. Seydel, Gärtnerei, Neukölln, Kanner Chaussee.

Knaben-Garderobe, billig, in bester Ausführung, enorme Auswahl bei Frau Bunge, Waldemarstraße 54, parterre. Anfertigung im Hause. *

Grundbegriffe der Politik von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Teppiche mit Farbenfehlern 3,25, 3.85, 4.50, 5.75, 6.85, 7.50, 9.25, 12.50.

Salonplüsch-Teppiche 13.50, 16.50, 19.50, 22.50, 27.50, 35—38 usw. Riesenfabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen. Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.25, 3.85, 4.50, 5.25, 5.65, 7.50, 8.50 usw.

Steppdecken 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.33, 12.85 usw.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4.25, 5.50, 6.75, 7.85, 9.35, 11.50 usw. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1421R*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Jackettanzüge, neue Rockanzüge, verfallene Beinkleider spottbillig. Betten, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 21,00. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19. 1546R*

Steppdecken! Prachtvolle Zanillseidene: 3,85, 5,50, 6,75 bis 15,00. Tüllbettdecken 2,50. Walls Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbusertor). Vorwärtslesern 10 Prozent Rabatt. *

Gaszuglampen, 7,00, Gasglühlochkocher 3,50, Wallnertheaterstr. 32.

Umgehend verkäuflich (Händler unerwünscht!): Moderne Wirtschaft. Elegante Plüschgarnitur, Umbau, Plüschsofa, Ankleideschrank, Englischbetten, Chaiselongue, Trumeau, Prachtwandbilder, Teppich, Gaskrone, mehreres. Königsbergerstraße 11, vorn I links, Fischer. (Anzutreffen 9—2.) 87/6

Geschäftsverkäufe.

Langjähriges Zigarrengeschäft krankheitswegen spottbillig zu verkaufen. Weißensee, Elsaßstraße 9. *

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen bar. Bequeme An- und Abzahlung. Riesenauswahl. Liefere auch nach Auswärts. Vorzeiger dieses erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch Vertreter. Sonntags von 8—10 geöffnet. R*

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 1413R*

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 182,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Schlafzimmer 185,—, Eiche 288,—, Satin, Birken, Mahagoni, große Gelegenheit. Möbelspeicher Neue Königstraße 5—6. 249/2*

Modernes Herrenzimmer, eiche, mit dreitüriger Bibliothek, mit Kristallfacetten, komplett 575,—. Fabrik Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn.

Nach Schluß der Saison finden Sie in meinen drei Spezialgeschäften für bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen reiche Auswahl in Musterzimmern jeder Art zu enorm herabgesetzten Preisen. Sehenswert für Brautleute und Pensionsinhaber. Herrenzimmer, Eiche, schwer, Chaiselongue, Lederstühle 231,—, Schlafzimmer 246,—, moderne Wohnzimmer, echt Nußbaum furniert 192,—, moderne Küchen, achtteilig 55,—, Bettstelle mit Patentboden 27,—, Kleiderschrank 24,—. Keine sogenannten Gelegenheitskäufe, nur streng reguläre Ware in erstklassiger Verarbeitung. Langjährige Garantie. Möbelhaus Ostrowski, Schöneberg, Hauptstraße 50, Moabit, Turmstraße 73, Große Frankfurterstraße 1, am Frankfurter Tor. 1508R

Möbeltausch. Aeltere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1456R*

Moebel-Boebel. Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,—, 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 953R*

Möbelangebot spottbillig, Möckernstraße 25, im Anhalter Bahn-Möbelspeicher, an der Möckernbrücke. Einzelne Schreibtische 28,—, Bücherschränke, Büfetts, Kredenzen, Spiegelschränke, Kleiderschränke schon 25,—, Bettstellen, Schreibstühle, Rohrstühle, Lederstühle, Klubsessel, Säulentrumeau 30,—. Waschtoilette mit Marmorplatte 28,—, Salontische, Nähtische, Ausziehtische 18,— an, Plüschgarnitur, Salongarnitur, Paneelsofa, Sofa 40,—, Sofaumbau, Flurgarderoben 17,50. Bilder mit Prachtrahmen, Standuhren, Freischwinger 12,—. Riesenauswahl wenig fehlerhafter Teppiche statt 12,— jetzt 8,50. Extragroße, farbenprächtige Salonteppiche 35,— bis zu den elegantesten. Chaiselongue mit Decke 22,50. Diwandecken, Steppdecken, Plüschtischdecken 5,—. Tüllbettdecken 2,—. Tüllgardinen, Restbestände unter Preis. Erbstüllstores mit Volant 3,50. Plüschportieren 7,50. Gaskronen 15,—. Oelbilder. Für Brautleute, Hotels, Pensionate ganz außergewöhnlich billige Schlafzimmer, prächtige Herren-, Speisezimmer, Salons moderne Küchen, ganze Wohnungseinrichtungen, nur durchweg neue, gediegene Waren, zum schleunigen Verkauf. Otto Lüdeke, Möbel-Warenspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25. Uebernahme ganzer Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften zum schnellen Verkauf und Auktion. 1505R

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1487R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Fossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Privatleuten verkauft schleunigst Nußbaumwirtschaft mit bildschönen Küchenmöbeln, Küchengeschirr, Gaskrone, Teppich 195,—, Säulentrumeau 33,—, Büfett, Schreibtisch. Neue Königstraße 66 I. 223/4*

Die in unseren Speicherräumen in Massen lagernden Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Kücheneinrichtungen gelangen in beiden Geschäften zum spottbilligen Verkauf. Keiner darf solche günstige Kaufgelegenheit versäumen. Kamerling, Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg und Brückenstraße 6 (Jannowitzbrücke), Laden. 1654S*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*.

Pianinos, neue, gebrauchte, große Auswahl, solide Arbeit, bestes Material. Kulante Teilzahlungen. Manthey u. Co., Potsdamerstraße 81.

Sprechmaschinen-Total-Ausverkauf zu Fabrikpreisen Rheinsbergerstraße 11. †18*

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Wehrmeisterstraße 2. 1006R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrradindustrie, Charlottenburg, Bismarckstraße 62. Billigste Bezugsquelle, Arbeiter-Radfahrer 10 Prozent Rabatt. 1520R

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1432R*

Teilzahlungen, eventuell ohne Anzahlung. Heyke, Danzigerstraße 95.

Brennaborrad, Herrenfahrrad, wie nagelneu, und Damenfahrrad spottbillig, guterhaltenes 25,00. Weberstraße 42, Quergebäude parterre.

Freilauffahrrad (nagelneu) mit Gummi 38,—, Garantieschein. Kraus, Andreasstraße 54. 87/5*

Damenfahrrad, billig. Kraus, Andreasstraße 54. 87/4*

Rennmaschine (Holzfelgen) Drahtreifen 50,—, auch Schlauchreifen. Kraus, Andreasstraße 54. 87/3*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, schönes, modernes, sofort 35,00. Große Frankfurterstraße 14, Hof Keller. 86/8*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Augustastraße 19.

Höchstzahlend für getragene Herrenanzüge, Damengarderobe, Federbetten. Fertig, Straßburgerstraße 17. Komme überall. 84/17*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kuska, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse. Zahn bis 1,25. Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier, alle Sorten Zinn, Kupfer, Blattgold, Goldwatten, Gummiabfälle, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. 1507R*

Platinspezialist. pro Gramm 5,75. Gold, Silber, Gebisse kauft Goldschmied Bruckardt, Malackstraße 22. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße [illegible], am Rosenthaler Tor. (Telephon.) 763R*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 223/3*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Gramm 5,75, Geldkontor Hollmannstraße 30. 64/2*

Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Platinaabfälle, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend. Edelschmelze Dresdenerstraße 132, nahe Oranienplatz.

Zahngebisse. Goldsachen, Doublé, Silberabfälle, Stanniol, Zinn, Quecksilber, Platina, höchstzahlend. Edelschmelzerei Friedrichstraße 139 (Weidendammbrücke). 86/19*

Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Doubléabfälle, Tressen, Gebisse, Kehrgold, Goldwatten, Goldgummis, Stanniolabfälle, Quecksilber, sämtliche gold-, silber- und platinhaltigen Rückstände kauft Broh, Goldschmelze, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6968. 86/18*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Verschiedenes.

Lewandowsky-Gesellschaft, Quitzowstraße 105. †6*

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kolodzky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Zigarren. Wollen Sie ein Zigarrengeschäft errichten und reell bedient werden, so wenden Sie sich in Ihrem eigenen Interesse an Georg Kokahr, Klosterstraße 63, Spezialgeschäft für Neueinrichtungen. 1513R*

Jede Uhr zu reparieren 1,25 (außer Bruch), kleinere Reparaturen billiger. Kariel, Uhrmacher und Juwelier, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße. 1026R*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Handwäscherei wäscht schonendst Laken, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung Sonnabends. Wilhelm Milke, Köpenick, Glienickerstraße 36.

Vermietungen.

Sommeraufenthalt. Freundliche Wohnungen zum Ferien- und Sommeraufenthalt im Thüringer Wald auf Tage, Wochen und längere Zeit weist nach Heinrich Wolf, Dietharz b. Tambach. 1522R*

Wohnungen.

Wegzugshalber, Juli, freundliche 2 Stuben und Küche billiger zu vermieten. Blücherstraße 19, Quergebäude III, Schramner. 1806S

Zimmer.

Freundlich möbliertes Zimmer für einen Herrn. Wiesenstraße 10 II links. 1495*

Möbliertes Zimmer, 18,00. Merbach, Petersburger Platz 1. †79

Möbliertes Zimmer, inkl. 15,—, vermietet Mantz, Aussicht Spreewaldpark, Grünauerstraße 1, III. †23

Kleines möbliertes Vorderzimmer Manteuffelstraße 19, bei Schmidt.

Schlafstellen.

Schlafstelle, bessere, 2 Herren, Winkel, Skalitzerstraße 143, Kottbusertor. 1803S*

Möblierte Schlafstelle für Herrn. Langer, Oranienstraße 31, Vorderhaus. 1742S

Möblierte Schlafstelle, Fräulein, vermietet, 10,—. Frau Hartung, Lausitzerstraße 3, vorn I, Ecke Wienerstraße. †23

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtige Astrachanstopfer werden verlangt. Anton u. Alfred Lehmann, Aktiengesellschaft, Berlin-Niederschöneweide. 1796S*

Klavierspieler für Sonnabend und Sonntag verlangt Restaurant Kimmel, Grätzstraße 28. †118

Lehrmädchen für Lager suchen Louis Lachmann u. Co., Kronenstraße 18. 182/16

Zeitungsfrauen sofort verlangt Schiffbauerdamm 4. 66/12*

Tüchtigen Stenograph und **Maschinenschreiber** sucht sofort **Ortskrankenkasse Lichtenberg.** 276/1 (Gehalt 150 M.)

Achtung, Wagenbauer!

In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik und sind alle Arbeitsangebote dieser Firmen strikte zurückzuweisen.

Gesperrt sind:
Erdmann u. Rossi, Linienstraße 130/140.
Rudolf Franke, Inselstr. 11 und Tourbièrestr. 14.
Lange u. Gutzeit, Frankfurter Allee 22/23.

In Frage kommen: Stellmacher, Schmiede, Schlosser, Lackierer und Sattler.

Zuzug ist streng fernzuhalten.
175/8* **Die Streikleitung.**

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Jalousiefabrik Samson & Strodthoff, Charlottenburg, Nehringstr. 19.
In Betracht kommen folgende Bauten: **Müller**, Nonnendamm-Allee, Meckowitzstr., Schulstr., **Fischer**, Wattstraße, Ecke Siemens- und Herzstraße.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Für Hartgummi-Arbeiter die Firma Matthaey, Schlesische Straße 32.
Erzgebirgische Holzindustrie in Brand, Filiale Dessauer Str. 36
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Freitagabend 7 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Auf der W-Bahn.

Eine der interessantesten Fahrten auf der Straßenbahn ist die mit der W-Bahn. Wie kaum eine andere Linie vermittelt sie anschaulich den Uebergang vom Berliner Milieu zu der ganz anders gearteten Signatur der westlichen Vororte. Sie ist zugleich eine der längsten Linien, denn man braucht vom Ringbahnhof Schönhauser Allee bis zum Händelplatz in Groß-Lichterfelde nicht weniger als anderthalb Stunden, wofür zwei Nickel Fahrgeld nicht zuviel sind. Die Tour beginnt in einem echten Arbeiterviertel des Berliner Nordens. Zwar sind die Straßenviertel in der nördlichen Schönhauser Vorstadt noch ziemlich jung, aber man merkt doch allenthalben den über einen Leisten geschlagenen Mietskasernenstil, mit dem nur die Unzahl der gerade jetzt im Frühlingsschmuck prangenden Balkons etwas versöhnt. Die Fahrt durch die langgestreckte, schönheitsarme Invalidenstraße erinnert heutzutage fast schon wieder an altberlinische Verhältnisse und erst auf Moabiter Gefilden kündet sich trotz des Namens Alt-Moabit der bauliche Aufschwung der neuen Zeit an. Hoffentlich ist der verunglückte figürliche Schmuck der neuen Gotzkowskybrücke mit liegenden Widdern keine üble Vorbedeutung für weitere Bocksprünge. Am Charlottenburger Knie riechts schon nach sogenannter Vornehmheit, auf deutsch Geldprotzentum. Vom Wilhelmsplatz ab sausen wir noch eine kurze Strecke durch Alt-Charlottenburg mit seinen winkeligen Straßen und windschiefen Häuserchen, aber dann fällt man aus einem Staunen ins andere und stellt Vergleiche mit Berliner Boden an. Fast ohne erkennbare Grenze schließt sich Wilmersdorf an Charlottenburg, Friedenau an Wilmersdorf, Steglitz an Friedenau, Lichterfelde an Steglitz, und überall spürt man die riesigen Fortschritte, die hier aus unbedeutenden Dörfern in wenigen Jahrzehnten mächtige Gemeinwesen gestaltet hat. Der zwingende Eindruck ist der, daß Berlin schnell und sicher überflügelt wird, überflügelt von Vorortverwaltungen, die es verstanden haben, Häuser und Straßen und Plätze nach den Regeln moderner Städtebaukunst zu formieren. Wir wollen gar nicht mal reden von der Häuserbautechnik, von der heutigen Fassadenkunst, die ebenso oft feinsten Geschmack verrät als in bizarren, sezessionistischen Gestaltungen abstößt. Was vor allem Bewunderung abnötigt, ist die Anlage der Straßen. Wilmersdorf und Friedenau sind darin vor den Toren Berlins geradezu vorbildlich. Zwischen beiden Gemeinden weitet sich zwar noch eine kleine Wüstenei beim Hohenzollerndamm und dem allbekannten Wilmersdorfer Seebade, das in naher Zeit in einen großen Stadtpark umgewandelt werden soll, doch sonst ist hier die Straßennüchternheit nach Berlins Muster verpönt. Die Kaiser-Allee in Friedenau verdient den Namen einer Prachtstraße ersten Ranges. Zu beiden Seiten doppelte Fußsteige, doppelte Rasenstreifen im herrlichsten Blumenflor, doppelte Baumreihen. Und auch die Elektrische fährt zwischen Rasenflächen wie über einen langen grünen Teppich. Dementsprechend sind auch die Plätze angelegt, die uns Berliner neidisch machen können. Ein so wundervoller, fein abgetönter gärtnerischer Schmuck ist selbst in den vornehmsten Straßen der Reichshauptstadt kaum zu finden, und man fragt sich verwundert, woran das wohl liegen mag, an dem Wollen oder an dem Können. Ja, dem schönheitssinnigen Beschauer drängt sich die Ueberzeugung auf, daß ein ganz bestimmter Unterschied hervortritt, der Unterschied zwischen Kunst und Künstelei. Sogar noch die kleinen, allerorten verstreuten Schmuckplätze zeigen in ihrer Aufmachung eine Größe des Stils, von der Berlin viel lernen kann. Und so versteht man auch den Massenauszug aus der Berliner Steinkiste, an dem keineswegs nur bessersituierte Kreise Gefallen finden.

Wenn in ausländischen Blättern von Leuten, die durch rosige Brillengläser sehen, Berlin als die schönste Stadt der Welt gefeiert wird, so ist damit das gemeint, was wir unter Groß-Berlin verstehen. Das eigentliche Berlin würde bei solchem Loblied reichlich zu kurz kommen, denn es hat an Verbauerei, Stilverhunzung und auch Verkehrsrückständigkeit in den letzten Jahrzehnten sein möglichstes geleistet. Ob der Schaden jemals wieder gut gemacht werden kann, ist mehr als fraglich. Dem Städtebauer, den sich der Zweckverband zugelegt hat, wird für Berlin wohl nur die Rolle des Reparaturkünstlers zufallen. Und das einheitliche Groß-Berlin, von dem unsere freisinnigen Kommunalstützen zu spät schwärmen, wird wohl noch lange weiter nichts als ein schöner Traum bleiben.

Polizei und Hausbesitzer.

Der Haus- und Grundbesitzerverein „Gesundbrunnen" will mehr Polizei haben. Zu diesem Zwecke hat er sich mit einer Eingabe an das Polizeipräsidium gewendet wegen Verstärkung der Schutzmannschaft und Errichtung eines neuen Polizeireviers auf dem Gesundbrunnen. Die Eingabe ist aber abgelehnt worden, einmal, weil auf dem Gesundbrunnen zwei Polizeireviere vorhanden sind. Von Interesse sind die engen Beziehungen zwischen den Hausbesitzern und der Polizei. Das geht aus einem Bericht hervor, den wir der letzten Nummer des „Grundeigentum" über eine Sitzung des Haus- und Grundbesitzervereins „Gesundbrunnen" finden. Dort heißt es wörtlich:

„Herr Justizrat Plonsker teilt mit, daß ein Polizeileutnant wegen der abschlägig beschiedenen Eingabe an das Polizeipräsidium zur Vermehrung der Schutzmannschaft und Einrichtung eines neuen Reviers ihn aufgesucht und ihm erklärt habe, daß seit dem 1. März für beide Bezirke 14 neue Schutzleute angestellt wären. Herr Justizrat Plonsker empfahl dem Leutnant, an der Ecke Prinzen-Allee einen ständigen Posten zu unterhalten. Er hält es für genügend, wenn beide Reviere vielleicht von 4 bis 9 Uhr abends diesen Posten ständig abwechselnd stellen würden. Der Herr Polizeileutnant hielt diesen Vorschlag für annehmbar und ersucht den Verein, dahingehend nochmals beim Polizeipräsidium vorstellig zu werden."

Was würde die Polizei wohl sagen, wenn Arbeiter einem Polizeileutnant empfehlen würden dies oder das zu tun! Er würde sich sicher solche „Empfehlungen" recht entschieden verbitten, ganz abgesehen davon, daß der Herr Polizeileutnant sich gar nicht in die Wohnung der Petenten begeben würde, um solche „Empfehlungen" entgegenzunehmen.

Städtische Bauten. Die Hochbaudeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung unter anderem mit den Entwürfen zu mehreren zum Teil größeren Neubauten. Die Deputation genehmigte den speziellen Entwurf zum Neubau der Gemeindedoppelschule in der Schönfließer Straße mit einem Kostenaufwand über 961 000 M., den speziellen Entwurf zum Neubau der 8. höheren Mädchenschule in der Greifswalder Straße 24/25 (Kostenanschlag 911 000 M.), den speziellen Entwurf zum Neubau einer Unterkunftshalle im Humboldthain (Kostenanschlag 25 700 M.) und den Kostenanschlag über 2500 M. für die Errichtung des Uhrgehäuses für eine Normaluhr nebst einer Sitzbank an dem großen Spielplatz im Friedrichshain. Die Deputation genehmigte ferner die Vorentwürfe für den Erweiterungsbau des Kinderasyls Kürassierstraße 23/24 (Kostenüberschlag 174 000 M.), für den Neubau eines Personalwohnhauses beim Krankenhaus Friedrichshain (Kostenüberschlag 541 000 M.) und für den Neubau der Turnhalle nebst Straßenreinigungsdepot in der Quitzowstraße 115a (Kostenüberschlag 75 000 M.).

Die Spielplätze haben jetzt einen Zuwachs erhalten, der weiter nichts gekostet hat als — einen vernünftigen Beschluß unserer Parkverwaltung. Der große Spielplatz im Plänterwald, über dessen das ganze Jahr hindurch dauernde Absperrung für die Besucher dieser Parkanlage wir geklagt hatten, ist plötzlich wenigstens für zwei Tage jeder Woche den Spiellustigen überlassen worden. Tafeln, die an beiden Enden des ausgedehnten und wohlgepflegten Platzes aufgestellt sind, verkünden jetzt den Spaziergängern: „Dieser Platz ist bis auf weiteres Sonntags und Mittwochs dem Publikum zum Spielen freigegeben." Zwei Tage in jeder Woche ist gewiß nicht viel, aber es ist immer schon ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, bei dem der Spielplatz nur für die kurze Zeit der Sommerferien den unter Aufsicht von Lehrern spielenden Schulkindern sich öffnete. Man sieht, daß unsere Parkverwaltung, deren Chef sich in der öffentlichen Debatte über die Spielplatzfrage so heillos blamiert hatte, doch noch einer besseren Einsicht zugänglich ist und aus jener Debatte etwas gelernt hat. Hoffen wir, daß sie so fortfahren und in den Parkanlagen unserer Stadt den Spiellustigen immer mehr Bewegungsfreiheit schaffen werde. Es bedarf hierzu weder großer Umgestaltungen, noch erheblicher Ausgaben. An Rasenflächen fehlt es nicht, wohl aber hat es bisher an dem Mut gefehlt, sie den Spielenden zu opfern. Je mehr von den reichlich vorhandenen Rasenflächen man für Spiele hergibt, desto weniger wird der betretene Rasen darunter leiden. Bei allzu ängstlicher Sorge um möglichste Erhaltung der das Auge erfreuenden Rasenflächen leiden die den Spielern freigegebenen Flächen hauptsächlich deshalb so sehr, weil eine zu große Zahl Personen auf beschränktem Raum sich tummeln soll und dann natürlich jeden Grashalm niedertritt und vernichtet. Für den großen Spielplatz im Plänterwald, auf dem viele Hunderte von Spielern sich tummeln können, ist eine nennenswerte Zerstörung des Rasens kaum zu befürchten. Der Vollständigkeit wegen wollen wir übrigens bei dieser Gelegenheit feststellen, daß auch der im vorderen Teil des Plänterwaldes gelegene kleine Spielplatz, dessen überlange Absperrung von uns gerügt worden war, kürzlich freigegeben worden ist. Abgesperrt bleiben bis auf weiteres nur noch die Teile, deren Rasen erneuert worden ist und noch geschont werden soll. Dieser Platz darf, wie in den Vorjahren, während der Sommermonate täglich benutzt werden.

Ein neues Fernsprechamt wird im Orts-Fernsprechnetz Charlottenburg am 2. Juni in Betrieb genommen werden. Es erhält die Bezeichnung „Wilhelm". Das neue Amt ist für den westlichen Teil von Charlottenburg bestimmt und befindet sich Berliner Straße 62—64. Die alte Vermittelungsanstalt in der Goethestraße erhält die Bezeichnung „Steinplatz". Der neuen Vermittelungsanstalt wird ein Teil der Fernsprechanschlüsse der bisherigen Vermittelungsanstalt, meist unter Aenderung der Anschlußnummern zugeteilt. Bei dem Amte Wilhelm gelangt der Dienstleitungsbetrieb zur Einführung.

In der Sitzung der Deputation für die städtische Irrenpflege vom 21. d. M. kamen — als 14. und letzter Punkt der Tagesordnung — die Anträge des Arbeiterausschusses der Anstalt Wuhlgarten zur „Beratung". Der Herr Mag.-Assessor trug die lange Reihe der Wünsche des Personals — es waren über ein Dutzend Einzelanträge — im Geschwindtempo vor, die bereits zwei Stunden „sitzenden" Mitglieder der Deputation lehnten es ab, auch nur die beigegebene, zum Teil sehr ausführliche Begründung der Anträge kennen zu lernen; ein Antrag, den Gegenstand bis zur nächsten Sitzung zu vertagen, um den Mitgliedern durch Zirkulieren des Schriftstückes wenigstens Gelegenheit zu geben, diese Begründung der Anträge zu erfahren, fiel glatt durch — nach Verlauf von weniger als 10 Minuten, in welcher der Herr Direktor der Anstalt Wuhlgarten seinen Standpunkt zu den einzelnen Punkten geäußert hatte, war die ganze Sache erledigt —, unter dem Widerspruch eines einzigen Mitgliedes, das diese parteiische Behandlung des Arbeiterausschusses und seiner Wünsche als einfach unwürdig festnagelte.

Große Aufregung hat unter den Patienten der Heilstätte Beelitz ein neuer Erlaß des Vorstandes der Landesversicherung Berlin hervorgerufen. Der Erlaß bezieht sich auf den Besuch der Pfleglinge und hat folgenden Wortlaut:

Bekanntmachung.

Aus Anlaß verschiedener unliebsamer Vorkommnisse der letzten Zeit treten von jetzt ab für die Besuche der Pfleglinge an den Besuchstagen folgende Beschränkungen ein:

In den Männerabteilungen wird außer den Ehefrauen und Müttern der Patienten nur männlicher Besuch, in den Frauenabteilungen außer den Ehemännern und Vätern der Patientinnen nur weiblicher Besuch zugelassen. Kinder unter 14 Jahren haben ohne Rücksicht auf das Geschlecht in beiden Abteilungen Zutritt.

Zur Durchführung dieser Maßnahme wird durch die Pförtner und den diensthabenden Beamten Kontrolle ausgeübt.

Entgegen vorstehender Anordnung im Terrain der Heilstätten betroffene Besucher werden aus der Anstalt entfernt werden.

Berlin, den 14. Mai 1912.

Landesversicherungsanstalt Berlin.
Der Vorstand.
Dr. Freund. Dr. Sträter.

Wie wir hören, soll ein bestimmter Fall Anlaß zu der Maßnahme des Vorstandes gegeben haben, nach dem ein männlicher Pflegling mit einer weiblichen Person in der Anstalt geschlechtlich verkehrt haben soll.

Aber selbst wenn es sich um mehrere Fälle handeln sollte, so ist es vollkommen unverständlich, zu derartigen rigorosen Maßnahmen zu greifen, wie der Vorstand das tut, und alle Patienten unter Verfehlungen einiger leiden zu lassen. Nach der Vorstandsverordnung darf in Zukunft ein lediger Patient weder seine Braut noch seine Schwester oder wenn weiblich den Bräutigam noch den Bruder empfangen. Solche Härten bestehen nicht einmal in den Gefängnissen. Und Heilstätten sollen doch Erholungszwecken dienen und nicht Strafanstalten gleichen.

Wenn irgendwo Verfehlungen vorkommen, so dürfen Einzelfälle doch nicht zu solchen allgemeinen tief einschneidenden Anordnungen führen, wie im vorliegenden Falle. Der Aufenthalt in einer Heilstätte ist nur dann von Erfolg begleitet, wenn neben sachgemäßer Behandlung und Verpflegung auch ein gewisses Vertrauen zu den leitenden Faktoren einer Anstalt besteht. Gerade dieses gegenseitige Vertrauen trägt nicht zuletzt auch zum Wohlbefinden der Patienten bei. Das Gegenteil wird aber erreicht durch Verordnungen obiger Art, die nur Aufregung, Aerger und Erbitterung unter den Patienten hervorrufen und dadurch den Heilerfolg erheblich beeinträchtigen. Der Vorstand tut gut, die Verordnung so schnell wie möglich wieder aufzuheben.

Die beiden Einbrecher von Nauen, die ihre Verbrechen mit dem Tode büßten, der eine durch eine Kugel seines Spießgesellen, der andere durch seine eigene Hand, sind jetzt vom Erkennungsdienst der hiesigen Kriminalpolizei sicher festgestellt. Beide waren schon schwer vorbestraft, die Kriminalpolizei besaß daher von ihnen Photographien sowohl als auch Fingerabdrücke. Der eine, der Mörder des Amtsdieners Kleinschmidt, ist ein gewisser Fritz Pieper, der am 29. April 1879 zu Berlin geboren wurde, der andere ist ein am 26. September 1876 zu Prenzlau geborener Arbeiter Max Koch. Der Gefährlichere von beiden war Pieper, der hier in Berlin zuletzt in der Marienburger Straße für sich allein in einem kleinen Zimmerchen hauste, das er vom Wirt gemietet hatte. Er war schon sehr oft bestraft. Seine Spezialität waren Wohnungseinbrüche und zuletzt auch Drahtdiebstähle. Zuletzt erhielt er wegen dieser Verbrechen und wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt 2 Jahre 7 Monate Zuchthaus, nachdem er mit Koch zusammen in Adlershof abgefaßt worden war. Koch erhielt bei dieser Verhandlung zugleich wegen früherer Verbrechen 4 Jahre und 6 Monate Zuchthaus. Er stand vollständig unter dem Einfluß des Pieper, war aber ursprünglich weniger schlimm als dieser. Er wohnte bei seiner Mutter in der Kaiser-Friedrichstraße zu Neukölln. Die alte, redliche Frau gab sich wiederholt Mühe, ihren mißratenen Sohn zu bessern. Es gelang ihr aber nicht. Er blieb oft längere Zeit von Hause weg, ohne daß sie wußte was er trieb, und kam dann immer auf kurze Zeit wieder. Als Treffpunkt für die beiden diente die Behausung Piepers. Hier fand man gestern bei einer Durchsuchung an Beutestücken nur zwei Kisten Schokolade, deren Herkunft noch nicht feststeht, außerdem aber den Leibgurt eines Gendarmen. Wie wir schon mitteilten, besaß der Verbrecher auch einen Dienstrevolver eines Gendarmen. Diese Waffe und der Gurt gehörten zusammen. Wie an der Hand der Nummer des Revolvers ermittelt wurde, rühren beide von dem Fußgendarmen Schmidt her, der nach Militern im Kreise Tangermünde abkommandiert war. Schmidt wohnte dort bei dem Gastwirt Mewes. Bei diesem wurde in der Nacht zum 10. d. M. eingebrochen. Hierbei erbeuteten die Täter, ohne Zweifel Pieper und Koch, u. a. auch den Dienstrevolver mit Patronen und den Gurt des Gendarmen. Der Einbruch wurde damals gleich bemerkt. Man verfolgte auch die Täter noch, es gelang aber nicht, sie zu fassen. Daß man in der Behausung weiter keine Beute fand, ist nicht zu verwundern. Denn die beiden machten nach Art der gewerbsmäßigen Verbrecher alles sofort zu Geld, ohne es erst mit nach Hause zu nehmen.

Ein Erholungsheim des Zweckverbandes der Bäckermeister von Groß-Berlin ist in Falkenhagen-West gegründet worden. Das Heim soll bedürftigen und alleinstehenden alten Bäckermeistern — wohl nur Innungsmeistern — zum dauernden und vorübergehenden Aufenthalt dienen.

Auf einen mutmaßlichen Kindesmord läßt ein Fund schließen, den gestern abend gegen 10 Uhr Bewohner des Hauses Ludwig-Lehmannstr. 8 zu Lichtenberg machten. Sie fanden dort ein in Zeitungspapier eingewickeltes Paket, das die in weiße Leinwand eingewickelte Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Das Zeitungspapier besteht aus zwei Nummern des Lokalanzeigers vom 14. und 19. d. M. Die Finder der kleinen Leiche übergaben diese der Revierpolizei, die sie nach der Halle in Lichtenberg bringen ließ. Die Nachforschungen nach der Mutter waren bisher ohne Erfolg.

Der Selbstmordversuch eines dreizehnjährigen Mädchens erregte gestern abend einiges Aufsehen am Schiffbauerdamm. Dort sprang die Tochter Elsa des Arbeiters Hellwing aus der Saarbrücker Str. 16 in die Spree. Gleich darauf aber rief sie jämmerlich um Hilfe. Ein Schutzmann, der gerade in der Nähe war, ruderte gleich mit dem Rettungskahn hin und sah das Mädchen im Wasser herumplätschern. Es tauchte mehrmals unter, kam aber gleich wieder empor. Endlich gelang es dem Beamten, es zu fassen und mit dem Kahn an's Land zu bringen. Auf der Rettungswache der Charité bemühten sich die Aerzte eine Stunde lang um die Bewußtlose, bis sie sie wieder ins Leben zurückriefen, und nach der Station bringen konnten. Die Gerettete gab an, daß sie aus Furcht vor Strafe ins Wasser gegangen sei.

Zu dem Tode des Hausdieners Kahnarek, über den wir gestern berichteten, wird uns mitgeteilt, daß K. nicht aus Prahlerei in das Wasser gegangen sei, sondern schon am Tage erklärt habe, abends baden zu wollen. Er sei abgeredet worden, weil das Wasser noch zu kalt sei, er habe aber doch seinen Willen durchgesetzt. Bekannte von ihm hätten sich nach dem plötzlichen Verschwinden des K. sofort um seine Rettung bemüht, seien aber mit ihrer Bitte an einen in der Nähe der Eisenbahndrehbrücke tätigen Wächter, ihnen doch seinen Kahn zur Rettung zu leihen, abgewiesen worden. Der Rettungskahn war aber erst nach vielem Zeitverlust zu ermitteln und zu erreichen. Dann aber war es zu spät.

An die Arbeiterjugend Berlins!

Folgende Spielplätze stehen der Arbeiterjugend an den Wochentagen nach Arbeitsschluß zur Verfügung:

Humboldthain (Rasenspielplatz), Montags und Donnerstags von 7—9 Uhr.

Schillerpark (kleine Wiese links der Barfussstraße), Mittwochs von 7—9 Uhr.

Friedrichshain (Rasenspielplatz, Montags und Mittwochs von 7—9 Uhr.

Falk-Platz (Rasenspielplatz), Mittwochs von 7—9 Uhr.

Treptower Park (Rasenspielfläche VII). Mittwochs von 7 bis 9 Uhr.

Moabit (Bremer Straße Ecke Wiclefstraße), hintere Hälfte des Platzes, Mittwochs und Freitags von 7—9 Uhr.

Nichtspielenden kann im Interesse der Spielenden der Zutritt zu den Plätzen nicht gestattet werden. Es wird gebeten, den Anordnungen der Ordner und Spielleiter Folge zu leisten.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 26. Mai (1. Pfingstfeiertag), Ausflug nach Strausberg. Abfahrt des Zuges vom Schlesischen Bahnhof 8.33. Treffpunkt für Nachzügler von 1 Uhr mittags ab: „Restaurant Schlagmühle" (Inh.: Hübner), im Annatal bei Strausberg gelegen.

Verloren gegangen ist am Sonnabend, den 18. Mai d. J., auf dem Wege vom Potsdamer Bahnhof bis Bahnhof Südende, in der Zeit von 11 bis 11½ Uhr abends, eine braune Ledertasche, in der enthalten waren: Zwei Vertrauensmänner-Legitimationskarten für den Deutschen Transportarbeiterverband (grün und weiß), Wahlvereinsbuch und ein Mitgliedsbuch für die Arbeiter-Bildungsschule, sowie 4 Teilnehmerkarten für die Arbeiter-Bildungsschule, alles auf den Namen Paul Nothnagel lautend, ferner eine Sammelliste und 10 Agitationsmarken a 10 Pf.

Für den Finder hat der ganze Inhalt keinen Wert; es wird gebeten, die gefundenen Sachen dem Verlierer Paul Nothnagel, Steglitz, Potsdamer Str. 15, oder im Verbandsbureau der Transportarbeiter, Engelufer 15, 2 Treppen, abgeben zu wollen.

Quittung.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 58,75 M. Typograph, Huttenstr. 17—20, Ueberschuß vom Märzkranz. 62,— M. von den Kollegen und Kolleginnen der Firma F. Schuchardt, Kranzüberschuß. 11,— M. Raphael Braun, Zablonskistr. 36, von den Zigarettenarbeitern. 5,— M. von den Metallarbeitern der Firma Baschwitz. 10,70 M. aus der aufgelösten Sechserkasse des ehemaligen 351. I. Bezirk des IV. Kreises. 50,20 M. von den organ. Arbeitern der Gasanstalt IV, Danziger Straße, Ueberschuß der Märzkranzsammlung. 100,— M. von den Arbeitern der Firma Bergmann, Werke Rosenthal, Ueberschuß von den Märzgefallenen-Sammellisten. 5,— M. II. Kreis, Bezirk 115—20. 3,— M. VI. Kreis, Gen. Staehler. 10,— M. IV. Kreis, Abt. 79,30 M. vom Märzkranz der Genossen Thomas u. Keyling. 28,— M. von den Kollegen der Firma Panzer. 5,— M. von den Arbeitern der Cyklon-Maschinenfabrik, Borhagen-Rummelsburg. 50,— M. von den Kollegen d. A. E.-G., Turbinenfabrik, Huttenstraße, Märzkranzüberschuß. 3,90 M. von Powlowsky, Ueberschuß vom Maizeitungsverkauf. 100,— M. von den Arbeitern der Firma Bergmann, Berliner Werk, Ueberschuß einer Kranzspende für die Märzgefallenen. 39,95 M. M. R. 4,95 M. von Otto Krohne, Michaelkirchplatz 23. 7,70 M. von den Lackierern der Turbine durch Otto Kukki, Sparrstraße 9. 12,60 M. Märzkranzüberschuß von den Arbeitern der Firma Schering, Müllerstraße, gesammelt durch Klose.

K. Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1a.

Vorort-Nachrichten.

Die verflossenen Gemeindewahlen im Kreise Niederbarnim

haben uns wiederum eine Vermehrung von Mandaten gebracht. Und der Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als die Kämpfe um die Sitze in den Gemeindevertretungen immer heftiger geführt werden. In dem Bestreben, das weitere Eindringen der Sozialdemokratie in die Kommunen zu verhindern, finden sich nicht nur sämtliche bürgerliche Parteien zusammen zu gemeinsamem Kampfe, sondern es leisten auch oft die Behörden durch mannigfache gegen die Sozialdemokratie gerichtete Schikanen die erbetene Wahlhilfe. Nicht zuletzt wird unseren Genossen durch den in einer Anzahl Gemeinden geübten Forensenunfug der Sieg unmöglich gemacht. Nachstehend bringen wir die Uebersicht über die abgegebenen Stimmen sowie die Anzahl unserer Vertreter in den einzelnen Orten:

Gemeinde	Abteilung	Abgegeb. Stimmen für Sozialdem.	Abgegeb. Stimmen für Bürgerl.	Stichwahl Sozialdem.	Stichwahl Bürgerl.	Gewählt wurd. Sozialdem.	Gewählt wurd. Bürgerl.	Sozialdem. Vertreter bisher	Sozialdem. Vertreter jetzt
Basdorf	3	18	48	—	—	—	1	1	1
Bergfelde	3	21	17	—	—	1	—	1	2
Biesdorf	3	91	116	—	—	—	1	1	1
Birkenwerder [1])	3	96	154	89	142	—	1	1	1
Blankenfelde [2])	3	—	7	—	—	—	1	1	1
Buch [3])	3	40	82	—	—	—	1	—	—
Bruchmühle [4])	3	—	46	—	—	—	1	—	—
"	2	14	9	—	—	1	—	—	1
"	1	2	10	—	—	—	1	—	—
Eggersdorf	3	42	43	—	—	—	1	2	3
Erkner	3	180	275	—	—	—	2	—	—
Fredersdorf	3	46	51	—	—	—	1	—	—
Friedrichsthal	3	92	78	—	—	1	—	1	2
"	2	14	18	—	—	—	1	—	—
"	1	5	5	5	9	—	1	1	—
Franz.-Buchholz	3	99	68	—	—	1	—	2	3
Friedrichsfelde	3	518	261	—	—	1	—	2	3
Friedrichshagen Bez. 1	3	386	—	—	—	1	—	5	5
" Bez. 2	3	443	—	—	—	1	—		
" ganzer Ort	2	12	157	—	—	—	2	—	—
Germendorf	3	38	—	—	—	1	—	3	4
Glienicke	3	52	—	—	—	1	—	1	1
Heiligensee [3])	3	15	248	—	—	—	1	—	—
Heinersdorf	3	16	51	—	—	—	1	—	—
Herzfelde	3	59	181	—	—	—	1	—	1
Hermsdorf	3	281	223	—	—	1	—	3	3
Karlshorst	3	265	446	307	494	—	1	—	—
Karow [3])	3	5	27	—	—	—	1	—	—
Karlsdorf	3	116	113	110	134	1	1	—	1
Klosterfelde	3	117	33	—	—	2	—	1	3
"	2	21	24	24	23	1	—	—	1
Lichtenow	3	26	—	—	—	1	—	1	2
Mahlsdorf	3	213	96	—	—	1	—	4	5
"	2	37	94	—	—	—	2	—	—
Malz [3])	3	19	22	—	—	—	1	—	—
"	2	5	21	—	—	—	1	—	—
"	1	5	11	—	—	—	1	—	—
Mühlenbeck	3	82	39	—	—	1	—	1	1
H.-Reuendorf	3	85	98	99	97	1	—	—	1
Neuenhagen	3	96	105	108	67	1	1	2	3
Nieder-Schönhausen [3])	3	858	649	—	—	2	—	2	4
Ober-Schöneweide	3	1435	148	—	—	2	—	6	6
Pankow, Bez. 1 [4])	3	1132	719	—	—	2	—	5	7
" Bez. 2	3	1140	328	—	—	2	—		
Petershagen	3	60	31	—	—	2	—	3	5
"	2	22	18	—	—	1	—	—	—
Rahnsdorf [3])	3	30	209	—	—	—	1	—	—
Reinickendorf (Ost)	3	749	2	—	—	1	—	6	6
"	2	45	331	—	—	—	2		
Rummelsburg, Bez. 2	3	406	—	—	—	1	—	7	7
" Bez. 3	3	291	1	—	—	1	—	—	1
Sachsenhausen [3])	3	73	76	—	—	1	—	—	1
Schildow	3	21	24	—	—	—	1	2	2
Schmachtenhagen	3	19	19	17	19	1	—	1	1
Gr.-Schönebeck [4])	3	21	47	—	—	—	1	—	—
Kl.-Schönebeck	3	91	66	—	—	1	—	3	3
Schöneiche	3	20	36	—	—	—	1	—	—
Schönerlinde	3	48	45	—	—	1	—	2	2
H.-Schönhausen	3	325	55	—	—	2	—	3	5
Schönow	3	32	26	—	—	1	—	—	1
"	2	4	12	—	—	—	1	—	—
Schönwalde [3])	3	—	—	—	—	—	1	3	3
Stolpe	3	11	9	—	—	1	—	2	2
Stralau	3	197	12	—	—	1	—	2	2
Tegel, Bez. 1	3	516	360	—	—	2	—	3	4
" Bez. 2	3	637	193	—	—	2	—		
Waidmannslust	3	177	92	—	—	1	—	2	2
Wandlitz [3])	3	22	87	—	—	—	1	—	—
Weißensee	3	2122	—	—	—	3	—	8	8
"	2	58	809	—	—	—	2	—	—
Wilhelmsruh, Bez. 1	3	280	43	—	—	1	—	3	3
" Bez. 2	3	78	76	—	—	1	—		
Wittenau	3	406	72	—	—	2	—	4	4
Woltersdorf	3	38	62	74	92	—	1	1	1
Zepernick-Röntgenthal	3	96	64	—	—	1	—	3	3
Zühlsdorf	3	7	6	—	—	1	—	3	3
Summa		15192	7940	833	1077	57	41	109	128

[1]) 72 Forensen, trotz Entscheidung des Kreisausschusses wieder eine große Zahl von sog. Forensen zu Unrecht in der Liste aufgenommen. [2]) Wegen Mangel an „Angesessenen" nicht beteiligt. [3]) Zum erstenmal beteiligt. [4]) Stimmenthaltung, weil Bürgliche ungültige 25 Forensen abgaben. Erste Vorstandlung aufgehoben, weil unsere Genossen im Vorstand diese ungültigen Vollmachten zurückwiesen. [5]) Ein Mandat für ungültig erklärt, weil ein „Angesessener" nicht die absolute Mehrheit erlangt habe. [6]) Zwei Mandate des 1. Bezirks für „ungültig" erklärt, weil die bürgerlichen Wähler nicht Zeit und Raum genug zur Ausübung ihres Wahlrechts gehabt hätten. Die Neuwahl fand am 12., 13. u. 14. Mai statt. Die Gegner siegten nun mit 60 Stimmen Mehrheit. [7]) Die bürgerlichen Parteien erhielten etwa 170 sog. Forensenstimmen. [8]) Wegen Mangel von „Angesessenen" nicht beteiligt.

Wie aus obiger Tabelle ersichtlich, beteiligten wir uns in 56 Gemeinden an der Wahl und gewannen 19 neue Mandate, so daß wir jetzt 128 Gemeindevertreter im Kreise zählen. Dazu kommen noch 8 Stadtverordnete in Oranienburg und 16 in Lichtenberg. Die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter des Kreises beläuft sich auf 152 gegen 133 im Vorjahre.

Eine Würdigung des Ausfalls der Gemeindewahlen bringen wir in einer der nächsten Nummern des „Vorwärts".

Wilmersdorf.

Wie notwendig ein Krankenhaus für Wilmersdorf ist, läßt von neuem der Bericht der Gemeinsamen Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf für das am 1. April zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1911 erkennen. Es heißt in diesem Bericht: „Recht schwer wurde es der Verwaltung auch im Berichtsjahre gemacht, Kranke, und manchmal sogar recht schwer Kranke, in einem Krankenhause unterzubringen. Die in der Oeffentlichkeit wiederholt und nachdrücklichst gerügte Krankenhausnot besteht trotz aller gegenteiligen Versicherungen . . . nach wie vor. Ein weibliches Mitglied unserer Kasse, welches an Diphtherie erkrankt und bei einem Gastwirt in Stellung war, sollte nach einer ärztlichen Bescheinigung dringend an ein Krankenhaus überwiesen werden, da Lebensgefahr im Verzuge. Die Bemühungen eines unserer Beamten, die Kranke unterzubringen, waren ohne Erfolg, selbst in den in erster Linie angerufenen Kreiskrankenhäusern Groß-Lichterfelde und Britz. Man bedenke, welche Gefahr hierdurch für die Allgemeinheit entstehen kann. Eine Abhilfe auf diesem Gebiete kann nur durch Errichtung neuer Krankenhäuser geschaffen werden. Unsere Stadtgemeinde trägt sich schon seit Jahren ernstlich mit dem Gedanken der Errichtung eines eigenen Krankenhauses. So viel wie uns bekannt, dreht sich augenblicklich noch der Streit um die Frage, in welcher Stadtgegend oder welchem Bezirk das Krankenhaus Platz finden soll."

Auch in anderer Hinsicht ist der Bericht der Ortskrankenkasse beachtenswert. Wilmersdorf ist die Stadt der Neubauten; wohl in keinem Berliner Vororte spielen Terrainspekulanten und Bauschwindler eine größere Rolle als hier, und so wenig unser Vorort als Arbeiterstadt anzusprechen ist, so sind doch in der Arbeiterschaft selbst die Bauarbeiter von ausschlaggebender Bedeutung. Diesen Umständen ist es zuzuschreiben, daß die Betriebsunfälle den Etat der Ortskrankenkasse ganz außerordentlich belasten. Von den 804 Betriebsunfällen, die der Kasse gemeldet waren, entfielen allein auf den Bauberuf 489 oder 60,8 Proz. Von hundert Krankmeldungen im Bauberufe waren nahezu zwanzig auf Betriebsunfälle zurückzuführen, und der achte Teil aller Krankheitsfälle, die die Kasse in Anspruch nahmen, umfaßte Betriebsunfälle. Daß der schlechte Geschäftsgang im Bauwesen auf die Finanzen der Kasse zurückwirkte, ist begreiflich. Durch eine Abwanderung der Mitglieder aus den höheren Beitragsklassen in die unteren gingen die Einnahmen hinter die des Vorjahres um rund 35 000 M. zurück, trotzdem die jetzt 13 039 Mitglieder zählende Ortskrankenkasse im letzten Jahr um 7,2 Proz. an Mitgliederzahl zugenommen hat. Jedoch erstreckt sich die Zunahme zum wesentlichen auf das weibliche Geschlecht. Das Gesamtvermögen der Kasse beträgt 259 401 Mark; die persönlichen Verwaltungskosten sind von 6,49 Proz. im Jahre 1910 auf 6,36 Proz. im Jahre 1911 gesunken und stellten sich im ganzen auf 35 321 M. Die sachlichen Ausgaben sind hingegen infolge der Vergrößerung der Geschäftslokale von 15 913 M. auf 20 461 M. gestiegen.

Charlottenburg.

Ueber einen empörenden Vorgang in der kürzlich eröffneten Volksspeiseanstalt an der Grün-, Ecke Hebelstraße, wird uns von einem Leser folgendes berichtet: Dienstag nachmittags 5 Uhr kam ich in Gesellschaft meiner Familie an der Speiseanstalt vorüber. Ich war mir eben noch im Zweifel, ob ich mir die Einrichtung der Speiseanstalt, über die so Löbliches berichtet wurde, näher ansehen soll, als plötzlich drinnen ein Lärm entstand, bei welchem ich — da die Vorhänge nicht ganz geschlossen waren — noch sehe, wie erst ein, dann noch ein zweiter Hausdiener mit Gummischläuchen ausgerüstet in ganz unverantwortlicher Weise auf zwei Männer im Alter von anscheinend 50 Jahren, die eher den Eindruck von Arbeitslosen als besondere Rowdies machten, einschlugen, und diese Prozedur noch im Beisein des Wirtes auf der Straße wiederholten. Der eine der Männer bekam dann noch, da er sich mit der Behandlungsweise nicht zufrieden gab, von einem der beiden Hausdiener einen Stoß, daß er mit dem Kopf auf die Steinfliesen schlug und blutete. Auch der andere hatte von den Hieben mit dem Gummiknüppel über den Kopf und Hals sichtbare rote Streifen. Es ist selbstverständlich, wenn daraufhin der eine der beiden den Hausdienern zurief: „Ihr betragt Euch ja uns gegenüber nicht wie Menschen, sondern wie Tiere."

Wenn auch die beiden Mißhandelten etwas angetrunken schienen, so wäre es doch ein Leichtes gewesen, sie, wenn es absolut notwendig war, aus dem Lokal zu entfernen, ohne in so furchtbarer Weise auf sie einzuschlagen.

Soweit die Zuschrift. Uns scheint, daß diese Praxis, Besucher der Speisehalle, die sich nicht in einwandfreier Weise benehmen, mit Gummischläuchen zu traktieren, das Unternehmen in Verruf zu bringen geeignet ist. Das einfache Gebot der Humanität sollte es verhindern, daß gerade dort, wo die Aermsten der Armen und die durch das Elend Heruntergekommenen verkehren, solche Prügelszenen Platz greifen.

Elternverein für freie Erziehung. Dienstag, den 28. Mai (dritter Pfingstfeiertag), findet ein großer Familienausflug nach Finkenkrug statt. Treffpunkt: pünktlich 9½ Uhr vormittags vor dem Bahnhof Jungfernheide. Kinder der Mitglieder erhalten freie Fahrt. Für Nachzügler: Treffpunkt zur Kaffeepause im Restaurant „Lindenpark", Inhaber Brüning (vormals Hoffmeister). Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an den Ausflügen teilnehmen.

Der Vorstand.

Gosen.

Sonderbare Rechtsauffassungen. Wiederholt hatten wir Gelegenheit darauf hinzuweisen, welche manchmal mehr denn eigentümlichen Anschauungen die unteren Verwaltungsorgane von ihren dienstlichen Obliegenheiten haben. Selbstherrlich — aus eigenem Recht! — versuchen sie die bestehenden Gesetze und Vorschriften außer Wirksamkeit zu setzen; ihren Anordnungen nur ist Folge zu leisten. Besonderes leisten auf diesem Gebiete die Gemeindevorsteher in den Landgemeinden. Soweit die Bestimmungen der Landgemeindeordnung in Frage kommen, herrscht eine ständige Rechtsunsicherheit. Wohl ist es möglich gegen jeden Uebergriff entweder Beschwerde einzulegen oder den Weg der Klage zu beschreiten. Die positiven Ergebnisse sind in jedem Fall gering. Verstöße, die heute von den vorgesetzten Behörden gerügt werden, können sich morgen in anderer Form wiederholen. Und dennoch ließe sich hier leicht Abhilfe schaffen, wenn für die Besetzung von solchen Ämtern der Intellekt entscheidend wäre und weniger die patriotische Gesinnung. Das letztere ist ja immer das Ausschlaggebende. Wenn der intelligentere Teil der Gemeinde gegen einen unfähigen oder böswilligen Gemeindevorsteher opponiert oder sich beschwert, wird er vielfach erst recht von den landrätlichen Instanzen gestützt. Beide Eigenschaften werden dann noch als besondere Verdienste gebucht.

Erst im Februar dieses Jahres hatten wir Gelegenheit, das Pflichtbewußtsein und den Ordnungssinn des Gemeindevorstehers von Gosen einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Leider müssen wir uns heute nochmals damit befassen. Anlaß hierzu bietet uns das Willkürregiment, da, gegen die gesetzlichen Bestimmungen ausgeübt wird. Ohne daß die Verfassung in Scherben geschlagen wird, können nach dem allerdings auch nicht gültigen Rezept oppositionelle Mitglieder einer öffentlichen Körperschaft aus ihrem Amte entfernt werden.

Ohne daß die Wahlzeit des Gemeindevertreters abgelaufen sein muß oder sein Mandat für ungültig erklärt ist, wird einfach eine Neuwahl ausgeschrieben, um den lästigen Opponenten los zu werden. Die Ausschreibung mußte auf erfolgten Einspruch annulliert werden. Nachher werden alle Register gezogen, damit solche Elemente von der Gemeindevertretung ferngehalten werden. Für die Angesessenen gehen dann andere zuverlässige Ortsangesessene zur Wahl, was natürlich nicht zulässig ist. Die Stimmen werden trotzdem für gültig erklärt. Die Wahl wurde mit Erfolg angefochten. Die Gemeindevertretung wird überhaupt nicht befragt. Jedes gesetzlich festgelegte Recht muß erst erkämpft werden.

Dieser Nichtachtung der Gesetze durch die Behörden sollte der Minister und seine Organe ihre Aufmerksamkeit zuwenden. In kurzer Zeit bekäme er ein Material zusammen, um eine Verfassungsänderung im preußischen Landtage vielleicht mit Erfolg begründen zu können.

Strausberg.

Mit der ablehnenden Haltung des Magistrats, dem hiesigen Arbeiterturnverein Vorwärts die Turnhalle zur Verfügung zu stellen, beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung. Obwohl Magistrat und Stadtverordnete zu der Versammlung geladen waren, war außer unseren Vertretern niemand erschienen. Das Referat über „Das Turnen in Arbeiterturnvereinen" hielt Kreisvertreter Genz-Berlin, der besonders die behördliche Schikane geißelte, denen die Arbeiterturnvereine ausgesetzt seien. In der Diskussion, im Sinne des Referats, beteiligten sich unsere Stadtverordneten, die Genossen Leuenberg und Quast. Hierauf behandelte Genosse Leuenberg das Thema: Männerturnverein Vorwärts — Mitglied der Umsturzpartei. Der Stadtverordnete Oberlehrer Schiebel hatte, als das Gesuch des Turnvereins Vorwärts auf Ueberlassung der Schulturnhalle in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung stand, die dem Verein angehörenden Mitglieder als Mitglieder der Umsturzpartei bezeichnet. Der Referent rechnete mit diesem Herrn nach Gebühr ab und empfahl zugleich bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen nur Vertreter in das Ortsparlament zu wählen, die die allgemeinen Interessen der Einwohner zu wahren bereit sind; letzteres könne man nur von den Vertretern der Sozialdemokratie erwarten.

Pankow.

In der Gemeindevertretersitzung am Dienstag wurde unter anderem der Errichtung neuer Lehrstellen an den Gemeindeschulen zugestimmt. Es handelt sich um Anstellung von weiteren zwei Lehrern und zwei Lehrerinnen zum 1. Oktober dieses Jahres. — Weiter hatte sich die Vertretung wiederum — zum fünften Male seit etwa Jahresfrist — mit dem Ortsstatut, betreffend Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe, zu beschäftigen. In der letzten Sitzung wurde bekanntlich infolge Beanstandung des in der Sitzung vom 12. März in der Angelegenheit gefaßten Beschlusses der Gemeindevertretung erneut beraten und der an die Beanstandung geknüpfte Wunsch der Aufsichtsbehörde, die Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe in derselben Weise wie in Berlin und dem größten Teil seiner Vororte (Offenhaltung der Verkaufsstellen in den Sommermonaten nur von 8—10 Uhr morgens, in den Wintermonaten nur von 12—2 Uhr mittags) zu regeln, abgelehnt. Damit dürfen endgültig — vorausgesetzt, daß die Aufsichtsbehörde dem Ortsstatut trotz Nichtberücksichtigung ihres Wunsches nunmehr die Genehmigung erteilt — die Geschäfte in Pankow an gewöhnlichen Sonntagen entsprechend dem Beschluß vom 12. März d. J. im Sommer und Winter gleichmäßig von 8—10 Uhr morgens und 12—2 Uhr mittags geöffnet sein, allerdings mit Ausnahme der mit längerer Verkaufszeit bedachten Nahrungs- und Genußmittelbranche sowie des Blumenhandels. Bezüglich des letzteren wurde in der Sitzung noch einer Ergänzung des Ortsstatuts zugestimmt, die eine präzisere Fassung der entsprechenden Bestimmung vorsieht. — Die Vertretung genehmigte dann noch eine Reihe von Etatsüberschreitungen von insgesamt 100 000 M., denen allerdings entsprechende Mehreinnahmen gegenüberstehen. Die ungewöhnliche Höhe der Ueberschreitungen erklärt sich aus der Rückerstattung von Umsatz- und Wertzuwachssteuern in Höhe von etwa 53 000 M., sowie aus einer Mehrausgabe von etwa 10 000 M. für vor Inbetriebnahme des neuen Wasserwerkes von Berlin bezogenes Wasser.

Oranienburg.

Ein schweres Brandunglück hat sich vorgestern im hiesigen Armenhause zugetragen. Die Frau des Arbeiters Rehmer hatte große Wäsche und unterhielt deshalb im Küchenherde ein starkes Feuer. Unvorsichtigerweise stellte Frau R. auf den Herd die volle Petroleumkanne. Als die 13jährige Tochter Elise gegen 7 Uhr abends einen Topf vom Feuer nehmen wollte, in dem das Abendbrot erwärmt worden war, explodierte plötzlich unter furchtbarem Knall die Kanne und die brennende Flüssigkeit ergoß sich über das Mädchen, das im Nu einer lebenden Feuersäule glich. Die Bedauernswerte lief hilferufend ins Freie, wo es Hausbewohnern mit vieler Mühe gelang, durch Aufwerfen von Kleidungsstücken die Flammen zu ersticken. Die Verunglückte hatte aber bereits am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten und mußte nach dem Krankenhause übergeführt werden. Hier liegt das Mädchen in hoffnungslosem Zustande danieder.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Pfingstwanderfahrten: I. Chorin—Oderberg—Freienwalde. Treffpunkt Sonnabendabend 7 Uhr 15 Min.: Stettiner Fernbahnhof. Abfahrt 7 Uhr 46 Min. — II. Rehfelde—Märkische Schweiz—Freienwalde. Treffpunkt Sonnabendabend präzise 8 Uhr: Schlesischer Bahnhof, Eingang Breslauerstraße. Abfahrt 8 Uhr 26 Min. — III. Pfingstsonntag: Eintägige Wanderfahrt nach Potsdam—Pfaueninsel—Caputh. Fahrgeld 1 M. Treffpunkt 6 Uhr: an den Ringbahnhöfen.

Alle Teilnehmer müssen Liederbuch, genügend Proviant und passende Getränke mitbringen.

Der Sportplatz Pflüger-, Ecke Rüttlistraße, steht den Jugendlichen Mittwochs und Freitags von 7 Uhr an zur Verfügung.

Eingegangene Druckschriften.

Die Alten. Von S. Stwertz. 3,50 M., geb. 4,50 M. — **Die Bürger.** Von L. L. Nordström. 3 M., geb. 4 M. A. Bonnier, Leipzig.

Gerechtigkeit. Warum muß das Jesuitengesetz fallen? **50 Pf.** Germania, Akt.-Ges., Berlin C. 2.

Marktbericht von Berlin am 21. Mai 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—3,20. 60 Stück Eier 3,20—5,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,20. Schleie 1,40—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 1,80—40,00.

Witterungsübersicht vom 22. Mai 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	756	N	2	Regen	12	Haparanda	758	NO	2	heiter	10
Hamburg	757	N	3	bedeckt	11	Petersburg	757	OSO	1	Regen	10
Berlin	755	N	3	bedeckt	14	Scilly	753	NW	3	halb bd.	11
Frankf. a. M.	754	NW	2	Regen	14	Aberdeen	759	NW	2	heiter	7
München	755	W	2	Regen	13	Paris	755	SW	2	wolkenl.	15
Wien	755	Still		Nebel	14						

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. Mai 1912.

Ziemlich kühl, zeitweise aufklarend, vorherrschend wolkig mit Regenfällen und mäßigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.